98-15

Impressum

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Hrsg.: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.

16. Jahrgang (1993) Heft 35

Redaktion: Ute Annecke, Heidrun Ehrhardt, Asgedet Ghirmazion, Carola Möller, Gisela Notz, Brunhilde Sauer-Burghard, Christa Wichterich, Anja Wollny
Redaktionelle Mitarbeit: Marlies Fröse

Mitarbeiterinnen dieses Heftes: Gaby Beckmann, Melanie Beyer, Barbara Bolder, Brigitte Erdweg, Frauen gegen Antisemitismus, Marlies Fröse, Ulrike Hänsch, Jessica Jacoby, Dörthe Jung, Renate Kreile, Lena Laps, Anne Lütkes, Karin Meinl (kam), Carola Möller, Luise. F. Pusch, Brunhilde Sauer-Burghard, Christina Schenk, Christiane Schindler, Brigitte Sellach, Rita Seppelfricke, Henny Taraschewski, Arzu Toker, Barbara Walker, Christa Wichterich

Die „beiträge" erscheinen ca. dreimal im Jahr. Preis des Einzelheftes ab Heft 27 DM 19,–, Doppelheft DM 34,–, Abonnement (jeweils 3 Nummern) DM 48,–, Förderabonnement ab DM 60,–, Mitfrauenabonnement DM 45,– zuzügl. Anteil Porto- und Verpackungskosten (für die Hefte 8–25/26 gelten die alten Preise, rückwirkende Abonnements bis einschließlich Heft 25/26 drei Nummern für 38,– DM). Einzelhefte sind durch jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag zu beziehen. Abonnements ausschließlich beim Verlag. Abbestellungen spätestens drei Monate vor Ende des Kalenderjahres möglich. Der Verlag erzielt keinen Gewinn. Mitarbeit erfolgt grundsätzlich ohne Honorar. Copyright by the authors. Nachdruck nur mit besonderer Erlaubnis des Verlages und unter Quellenangabe gestattet. Sämtliche Verwertungsrechte an Übersetzungen liegen beim Verlag. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Verlags- und Redaktionsadresse: Niederichstr. 6, 50668 Köln, Tel.: 0221/13 84 90; FAX: 0221/139 01 94; Konto: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V., Konto-Nr.: 7 192 032 Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98) und Konto-Nr. 56530-500 Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50)

Vertrieb von Einzelheften und Abonnements: Verlag des Vereins Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V.
Vertrieb für den Buchhandel: Frauenliteraturvertrieb GBR, Erich-Ollenhauer-Str. 231, 65199 Wiesbaden, Tel.: 0611/41 07 80; FAX: 0611/41 06 19

INHALT

Editorial 5

Feminis-muß

Ulrike Hänsch
Frauenprojekte im Zustand kollektiver Ermüdung
und erfolgsorientierter Anpassung 9

Carola Möller, Marlies Fröse
Der Staat reicht die Scheidung ein 17

Barbara Bolder, Anne Lütkes, Carola Möller, Rita Seppelfricke
Frauenhaus Köln:
Politische Arbeit oder Dienstleistung für den Sozialstaat 25

Brigitte Sellach
Die Zukunft der Frauenprojektepolitik 31

Luise F. Pusch
Wenn aus Schwestern Mütter werden:
Die Frauenbewegung im reiferen Alter 43

Dörthe Jung
Abschied zu neuen Ufern – Frauenpolitik in der Krise 47

Jessica Jacoby
Die Metamorphosen der Fledermäuse
Eine tragische Komödie im antikisierenden Stil 55

Frauen gegen Antisemitismus
Der Nationalsozialismus als Extremform des Patriarchats
Zur Leugnung der Täterschaft von Frauen und zur
Tabuisierung des Antisemitismus
in der Auseinandersetzung mit dem NS 77

Barbara Walker
Ohne Titel:
Redebeitrag zum Thema „Alltäglicher Rassismus" 91

Melanie Beyer
Freundinnen der multikulturellen Gesellschaft 97

Brunhilde Sauer-Burghard
„Frauenrechtlerinnen sind Instrumente des Satans"
Protestantische Fundamentalisten gegen Feministinnen 105

Arzu Toker
Eurozentristisches Feindbild oder Kritik am Islam? 115

Renate Kreile
EMMA und die „deutschen Frauen":
„an's Vaterland, an's teure, schließt euch an ..." 123

Christina Schenk, Christiane Schindler
Frauenbewegung in Ostdeutschland –
eine kleine Einführung 131

Christa Wichterich
Von Rosen zu kleinen Brötchen
Zur Förderungspolitik von Frauenprojekten
in der Entwicklungshilfe 147

Lena Laps
Dissonanzen: Lesben Geschlecht Sexualität –
Welche Freiheit? 157

Vorankündigung Heft 36 166

Autorinnen 167

Editorial

Es ist die „Zeit der Fragen", nicht der vorschnellen Antworten. Wir hoffen, daß die Artikel, die in der Redaktion intensive Kontroversen auslösten, dazu beitragen, eine lebendige, produktive und vor allem kollektiv-öffentliche Auseinandersetzung voranzutreiben.
Haben sich feministische Theorie und Praxis als ein Relikt der Interessenvertretung von Mittelschichtsfrauen unter der Schirmherrschaft wohlfahrtsstaatlicher Marktwirtschaften überlebt? Die Antwort auf diese zugespitzt formulierte Behauptung scheint „ja" zu lauten. Denn auch in der (selbst)kritischen Bestandsaufnahme in diesem Heft spiegeln sich Einschätzungen wider wie: feministische Politik zeichne sich angesichts der weltpolitischen Veränderungen in den letzten Jahren durch Ignoranz und Nichtreagieren aus, verharre im Provinziellen und beschränke sich in vorauseilender Anpassungsbereitschaft ans Machbare auf die Etablierung und Sicherung von Gleichstellungsstellen und halb-privaten Frauenräumen (Projekten).

Das feministische Politikverständnis wurde in Teilen der autonomen Frauenbewegung mehr und mehr vom Privaten abgeleitet – in kurzschlüssigem Verständnis, daß das Private mit dem Politischen zusammenfalle, was u. a. zur feministischen Abstinenz gegenüber jeglichen etablierten Politikstrukturen und -institutionen führte. In der Umkehr scheint jetzt für manche Frauen die Übernahme eines Politikverständnisses, das Lobbyismus und Filz für selbstverständlich hält, im Trend zu liegen, versuchen sie, die Spielregeln des real existierenden Parlamentarismus im Namen des Feminismus auf die gleiche Weise wie die Baulobby zu üben. Zwischen dem Fernziel Systemveränderung einerseits und dem zynischen Mitagieren im System andererseits scheint es (noch) keinen Weg zu geben.
Noch nicht abzuschätzen ist der Einfluß, den die neuentstandene ostdeutsche Frauenbewegung haben wird. Bemerkenswert ist die größere Selbstverständlichkeit, mit der die Frauen, die sehr andere Lebenserfahrungen gemacht und einen anderen Umgang mit staatlichen Institutionen hinter sich haben, sich organisieren und Institutionenpolitik betreiben.

Viele Feministinnen standen und stehen der westlichen Formaldemokratie indifferent bzw. ablehnend gegenüber. Die autonome Frauenbewegung sah die bürgerliche Demokratie als politisches Mäntelchen des Kapitalismus an und erkannte, daß die garantierten Menschen- und Bürgerrechte für Frauen weitgehend nur auf dem Papier stehen. Außerdem sind die Einflußmöglichkeiten der(s) einzelnen in einer Formaldemokratie trotz eines allgemeinen und freien, aktiven und passiven Wahlrechts, des Prinzips der Gewaltenteilung, der Pressefreiheit, der einklagbaren Grundrechte, der Überprüfbarkeit staatlicher Macht, arbeitsrechtlicher Mitbestimmung etc. eher gering, zumal die uns Regierenden vor allem weiße Mittel- und Oberschichtsmänner sind. Die Allianz der Männer aller Parteien funktioniert bis heute, trotz der zunehmenden Wahl von Frauen in die Parlamente. Zudem wird immer deutlicher, daß in den eigentlichen modernen Zentren der patriarchalen Herrschaft, wie z.B. Bundesverfassungsgericht, Militär, High-Tech-Wissenschaft, Top-Management der Großindustrie, die Männer weitgehend unter sich sind. Dies spricht nicht für die bürgerliche Demokratie. Wenn aber autonome Frauen deshalb keinen besonderen Wert auf den Erhalt der Formaldemokratie legen, verkennen sie, daß diese die Minimalbedingungen für den Handlungsspielraum einer autonomen feministische Opposition bereitstellt. Diktaturen jedweder Provenienz zwingen Feministinnen in Bündnisse auch mit denjenigen, die zwar gegen das System handeln, aber kein Interesse an Frauenrechten haben. Dies ist

einer der Gründe dafür, warum in Diktaturen die Opposition von Frauen als frauenspezifische verschwindet und einem „allgemeinen" linken (Männer)Befreiungskampf untergeordnet wird. Diese Zwangsbündnisse unter illegalen Bedingungen zerschlagen nicht nur die autonome Frauenbewegung, sondern liefern die einzelne Kämpferin auch persönlich ihren Mitkämpfern aus (sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen, Zurückdrängung der Frauen in ihre sog. traditionelle Rolle nach der „Revolution"). Daher müssen Feministinnen der aktuellen Unterminierung und Aushöhlung der Demokratie durch die gemäßigte und extreme Rechte tatkräftig entgegentreten. Konkret heißt das auch, hier und jetzt nicht auf demokratische Rechte zu verzichten, sondern sie wahrzunehmen und für den antipatriarchalen und antirassistischen Kampf soweit wie möglich zu nutzen.
Die Frage bleibt, wie Feministinnen sich innerhalb des Systems verhalten können, ohne die Perspektive der Systemveränderung aus den Augen zu verlieren. Es ist dringend geboten, über die Inhalte und Formen „echter" Demokratie eine Diskussion aus feministischer Sicht zu führen. Eine positive (basis)demokratische Utopie wäre zu entwickeln sowie beispielsweise auch das Verhältnis von Staat und Demokratie zu hinterfragen.

In dem Maße, in dem die Frauenbewegung zu einer Projektebewegung geworden ist, wurde feministische Politik zur Geldbeschaffungspolitik degradiert. Frauenräume sind meist an bestimmten (Mittelschichts- bzw. Arbeitsplatz-)Interessen orientiert, Frauen suchen sie mehrheitlich als Klientinnen oder Konsumentinnen auf. Mit der Entwicklung dieser Situation ging eine Entpolitisierung der Projekte und eine Entsolidarisierung zwischen ihnen einher.
Die Frauenbewegung ist und hat kein(e) öffentlicher(en) Ort(e) mehr. Kaum irgendwo können sich Frauen als politische Subjekte in Frauenräumen zusammenfinden, Meinung bilden, ihre Interessen abstimmen und diskutieren. Eine Vermittlung von feministischer Theorie und Praxis, ein Essential feministischer Politik, findet nicht mehr statt.
Die westliche feministische Theoriebildung hat sich in die dünne Luft des universitären philosophierenden Diskurses verflüchtigt. Es werden die jeweiligen wissenschaftlichen Vorgärten gepflegt und ausgebaut. Die verkündeten Erkenntnisse sind oft banale, sprachlich aufgeblasene Alltagserfahrungen. Da diese Wissenschaftlerinnen die feministisch-politische Praxis meiden, können sie den Absturz ihrer „Theorie" nur durch eine „Herrschaft der Diskurse" – u.E. eine adäquate Bezeichnung des derzeitigen Standes der postmodernen bzw. neofeministischen theoretischen Auseinandersetzung – hinauszögern. Die Praxisabstinenz auf der einen Seite führt zur Theorieabstinenz auf der anderen Seite. Ein so entleertes feministisches Alltagsbewußtsein ist der Zurichtung durch Medienmassage ausgeliefert.
Welche politischen Konsequenzen ergeben sich aus einer derartigen Einschätzung? Folgt daraus, diese Art Frauenräume aufzugeben, die Projekte sterben zu lassen, was angesichts der staatlichen „Sparpolitik" ohnehin nahegelegt wird? Oder ist dieser Prozeß auf andere Weise politisch wirksam umzukehren? Sollen wir wieder Frauenzentren erkämpfen, um erneut Orte zu schaffen, zu denen jede Frau Zutritt hat, wo sich Theorie und Praxis wieder gegenseitig beeinflussen? Könnten z.B. Frauenkulturhäuser (vielleicht die aktuellere Form der Zentren) etwas anderes sein als offenere Projekte, die einer Veranstaltungs- und damit entpolitisierten Konsumkultur Vorschub leisten?

Die Benennung von Unterschieden vor allem im Zusammenhang der Rassismus/Antisemitismusdebatte erleben viele Feministinnen als schmerzhaften Verlust des gemeinsamen Nenners oder befürchten diesen Verlust doch zumindest.

Die westliche feministische Bewegung bezog ihr Selbstverständnis aus der vorausgesetzten gemeinsamen Identität „Frau", die als universell phantasiert wurde (Sexismus als die zentrale Analysekategorie gesellschaftlicher Strukturen). Was sich zunächst als adäquate Reaktion auf die gesellschaftlichen Spaltungen und Interessenshierarchien zur Bündelung politischer Gegenmacht/-durchsetzungsfähigkeit begreifen ließ, erwies sich im Kontext der obengenannten Debatte als Ausgrenzungspolitik gegenüber Frauen, die die (unausgesprochene) Norm weiß, jung, Mittelschicht nicht erfüllten. Dennoch kommt es politischem Selbstmord gleich, mit der Kritik an den Ausgrenzungsstrukturen bürgerlicher Identitätspolitik potentiellen Gemeinsamkeiten als Basis für politisches Handeln nur einen untergeordneten Wert beizumessen. Um dem Wiedererstarken rechter bis rechtsradikaler Identitätspolitiken sowie der Zersplitterung der eigenen Opposition wirksamen Widerstand entgegensetzen zu können, ist ein Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten, ohne Unterschiede zu leugnen und auszugrenzen, notwendig. Differenzpolitik, die in die politische Vereinzelung mündet, kommt nach wie vor dem Jonglieren der Mächtigen mit dem Teile-und-Herrsche-Prinzip entgegen. Zusammenschlüsse vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Erfahrungshorizonts müssen nicht notwendig Ausgrenzung bedeuten. Vielmehr kann sich über eigene Ausgrenzungserfahrungen eine Identifizierung – nicht Identität – mit Ausgrenzungserfahrungen anderer herstellen und damit auch Solidarität. Jedenfalls, wenn frau der Gefahr, im Opfersein und der damit verbundenen Begrenztheit stehen zu bleiben, entschieden begegnet. So entwickelt sich beispielsweise in der Selbsthilfebewegung gegen sexuelle Gewalt gerade aus der gemeinsamen Gewalterfahrung ein Verständnis von Solidarität auf der Basis von partieller Identifizierung mit anderen.
Obgleich es in Ansätzen in der feministischen Bewegung spannende, selbstkritische Auseinandersetzungen mit Rassismus und Antisemitismus, Zurkenntnisnahme und Verarbeitung internationaler Bezüge und Theorieansätze, ein Interesse an der Analyse des Zusammenhangs von Rassismus und Sexismus gibt, muß insgesamt gesagt werden: Rassismus wird in der westdeutschen weißen Frauenbewegung immer noch zu oberflächlich diskutiert, Antisemitismus, zumindest öffentlich, überhaupt nicht.

Der westliche Feminismus wird scheitern, wenn er in seiner Selbstbezogenheit verharrt und seinen Universalismusanspruch mit der Setzung der „archetypischen Frau" aufrechterhält, wenn ihm also Kategorien zur Realitätswahrnehmung fehlen. Orientierungslosigkeit, Ermüdungserscheinungen, fehlender kollektiver Widerstand gegen das gesellschaftliche Roll-back und die staatlichen Kürzungsmaßnahmen sind Vorboten eines solchen Scheiterns.
Aber die Geschichte lehrt uns, daß Mißtrauen immer dann angebracht ist, wenn Teile von dominanten Bewegungen oder die, die sich als solche verstehen, in Krisen geraten, z.B. auch dadurch, daß ihr Dominanzanspruch in Frage gestellt wird. Ihr Niedergang oder Selbstauflösungsprozeß wird von ihnen nicht selten gleichgesetzt mit dem „Tod der Bewegung überhaupt". In Analogie dazu heißt dies eben gerade nicht, daß der Abschied von dem dominanten feministischen Modell der westlichen weißen Frauenbewegung dem Obsoletwerden jeglicher internationaler feministischen Bewegungen gleichkommt.

Es macht Mut – und auch dies wird in den Artikeln in Ansätzen deutlich -, daß westliche Feministinnen zunehmend bereit sind, sich mit der Gefahr des Scheiterns ihres Feminismusmodells schonungslos auseinanderzusetzen, und anfangen zu erkennen, daß das Überleben feministischer Bewegungen weltweit einhergeht mit ihren Weiterentwicklungsfähigkeiten. Das bedeutet: sich für „andere" zu öffnen, neue Fragen aufzuwerfen, mit Denktabus und vermeintlichen Gewißheiten zu brechen. Dabei besteht allerdings leicht die Gefahr, dem „Neuen an sich", dem Modischen, aufzusitzen und

so in die Falle zu tappen, die eigene Geschichte zu vernichten (auch die analytische!). Ohnehin ist das Verhältnis der Frauenbewegung zur eigenen Geschichte von deren stetiger Vernichtung gekennzeichnet: Jede Generation macht einen Prozeß durch, der (zumindest in der Selbstwahrnehmung) am „Punkt Null" beginnt und dessen Endpunkt die Etablierung einzelner (vieler) Frauen im gesellschaftlichen Mainstream und die Ausgrenzung „anderer" Frauen bildet. Die Frauenbewegung verhindert dadurch die Traditionsweitergabe und verschuldet somit ihr Scheitern und zuletzt ihr Verschwinden auch aus dem öffentlichen Bewußtsein zumindest teilweise selbst, wie die Entwicklung im Nationalsozialismus gezeigt hat. Durch mangelnde direkte Weitergabe von Geschichte und Erfahrung entsteht dann leicht eine unkritische Betrachtungsweise der „Schwestern von gestern", sind diese erst einmal „wiederentdeckt".

Es kann nicht darum gehen, westliche feministische Theorie und Praxis in einer Art Anpassungsprozeß durch die Übernahme und Addition von Facetten und Versatzstücken aus postmodernen Diskursen, der Rassismusdiskussion und Internationalismusdebatten zu reformieren. Dies wäre nicht nur eine Demonstration neokolonialistischer Grundhaltung, sondern geht am Kern der Herausforderung vorbei. Vielmehr geht es um das Zusammendenken der vielfältigen Unterdrückungsformen, aus dem eine tragfähige internationale feministische Bündnispolitik erwachsen kann mit dem Ziel der Aufhebung von Unterdrückung und Ausbeutung.

Wenn es keine Frauenbewegungen gäbe, müßten sie „erfunden" werden. Die Lethargie vieler westdeutscher Feministinnen gegenüber der Zurückdrängung des Feminismus erscheint unter einem internationalen Blickwinkel zunehmend als eine luxuriöse Haltung. Dies meint nicht eine Neuauflage moralisierender Durchhalteparolen, sondern berührt die feministische individuelle und kollektive politische Integrität. Wenn westliche Feministinnen sich selbst, ihre Theorien und gelebten Praxen ernstnehmen, müssen sie sich einordnen in Zusammenhänge internationaler Frauenbewegungen, ihre Gedanken und Erfahrungen einbringen und sich damit auch der „Konkurrenz" anderer feministischer Theorie- und Praxisentwürfe aussetzen. Es ist ihre Aufgabe, ihren noch vergleichsweise guten Zugang zu Ressourcen in diesem Sinne zu nutzen. Westliche Feministinnen werden sich wieder auf den Weg machen müssen. Gesellschaftsperspektiven und Utopien als Groborientierung sind notwendig zu entwickeln, die Erarbeitung einer als Prozeß verstandenen Perspektive, die die heutigen Bedingungen weder ausblendet noch den herrschenden Status quo affirmativ voraussetzt.

Ulrike Hänsch

Frauenprojekte im Zustand kollektiver Ermüdung und erfolgsorientierter Anpassung

Es war umwerfend und begeisternd

„Es war umwerfend, begeisternd und eine Entdeckung" – so erinnert sich eine ehemals aktive frauenbewegte Frau an die Entstehung der ersten Frauengruppen und Frauenzentren in den siebziger Jahren.[1] Hierin drückt sich ein hellwaches engagiertes Lebensgefühl der frauenbewegten Aufbruchszeit aus, auf das wir heute manchmal etwas wehmütig zurückblicken. So formulieren Brigitte Geiger und Hanna Hacker über die Anfangszeit der österreichischen Frauenbewegung: „Feminismus zu leben und von ihm ergriffen zu sein bedeutete, den Alltag zu revolutionieren, auf Subjektivität zu setzen, jederzeit und überall Widerstand zu leisten und den im Kollektiv gewonnenen Mut in die eigene Alltagspraxis zu integrieren." (Geiger/Hacker 1989, S. 213) Ähnlich charakterisiert Sigrid Metz-Göckel die westdeutsche Frauenbewegung der siebziger Jahre: „ ‚Auf's Kämpfen eingestellt', legten Schriften und Aktionen ein überraschendes Widerstands- und Aggressionspotential von Frauen frei, ein selbstbewußtes, Regeln überschreitendes Bestehen auf der Lust und List, eine Frau zu sein". (Metz-Göckel 1989, S. 213)

Widerstand, Ergriffenheit, Mut und Lust bezeichnen jedoch nicht gerade das feministische Lebensgefühl der letzten Jahre. Frauen beklagen Bewegungslosigkeit in der Bewegung, Kraftlosigkeit, Orientierungslosigkeit, fehlenden Widerstandswillen („Es wird alles hingenommen"), Teilnahmslosigkeit und Bequemlichkeit, Belange der Frauenbewegung treten in den Hintergrund vor persönlichen oder beruflichen Interessen. (vgl. auch Holland-Cunz 1990, S. 71 f.) Fragen wie „Ist die Frauenbewegung am Ende" oder „Gibt es sie überhaupt noch?" stellen jetzt nicht mehr allein schadenfreudige Männer, die der Frauenbewegung ja seit 20 Jahren turnusmäßig das baldige Ende prophezeien. Diese Fragen kommen von den Frauen selbst und nicht nur von denen, die der Sache ohnehin schon immer kritisch gegenüberstanden, sondern von den feministisch engagierten selbst, und von denen, die in den letzten Jahren Distanz zur Bewegung eingenommen haben. Die Frauenbewegung hat für die meisten das Herausfordernde, das Unbedingte, den Reiz und die Verlockung verloren. Es ist offensichtlich den meisten Frauen nicht gelungen, die Begeisterung der Aufbruchsphase, die Faszination, die von den neuen Entdeckungen des Frauen-gemeinsam-sind-stark ausgingen, zu erhalten und in einen Alltag zu integrieren, der nicht mehr andauernde emotionale und intellektuelle Höhenflüge und Neuigkeiten aufweist.

Das Bild der Frauenbewegung in den letzten Jahren war zunehmend geprägt von den Aktivitäten einzelner professioneller oder halbprofessioneller Projekte, die sich auf unterschiedliche Arbeitsgebiete spezialisiert haben. Unzufriedenheit in diesem Bereich richtet sich gegen ökonomische Mangelzustände, die im Grundsatz unverändert die Arbeit der Projekte kennzeichnen und höchstens partiell verbessert werden, dies zudem mit rapide abnehmender Tendenz. „Endlose Finanzierungskrämpfe und -kämpfe um die Sicherung der notwendigen Infrastruktur" prägen den Arbeitsalltag. (vgl. Geiger/Hacker 1989, S. 136, sowie Brückner/Holler 1990, S. 125) Jahrelange Existenzunsicherheit in den Projekten wie bei den einzelnen Frauen hinterlassen Spuren, die wahrzunehmen und zu reflektieren wir uns häufig kaum die Zeit nehmen.

Die dauernde Erfahrung des Mangels und des ständig erneut notwendigen Kampfes um die Existenzsicherung setzt einen Prozeß der Gewöhnung an den Mangelzustand in Gang. Die Kämpfe sind zermürbend und ermüdend, und es bleibt für die einzelnen

immer weniger Kraft, sich auch noch über die Kampf- und Mangelsituation als solche aufzuregen. Aber was geschieht mit unserer Würde, unserem Stolz und unserem Mut, wenn wir diese Mangelsituation als Normalzustand akzeptieren?
Gesellschaftlich verordnete Geringschätzung von Frauenarbeit trägt sich fort auch in die Frauenprojekte, ermüdet und demotiviert die einzelnen und setzt sich um in kollektive Kraftlosigkeit und politische Lähmung. Im folgenden möchte ich aufzeigen, wie insbesondere im Kampf um Finanzierung und gesellschaftliche Anerkennung von Frauenprojekten Anpassungsprozesse an Werte einer patriarchalen Leistungsgesellschaft stattfinden, die schließlich die verändernde Kraft der Frauenprojekte lähmen, das Widerstandspotential der Frauenbewegung blockieren ...

Professionalisierung und Isolierung

Die Frauenbewegung hat, begonnen mit der Entstehung der ersten spezialisierten Frauenprojekte, zunehmend die zu Beginn ausschließlich ehrenamtliche politische Arbeit in professionelle bezahlte Arbeit umgewandelt. Susanne Hauser formulierte 1990: „Die autonomen Frauenprojekte haben sich, teilweise nach zehn- und fünfzehnjähriger Tätigkeit, konsolidiert. (...) In dem Prozeß der Konsolidierung ist das Vorläufige, das in dem Wort Projekt steckt, ein wenig antiquiert worden, Professionalisierung bestimmt das Bild." (Hauser 1990, S. 75)
Dieser vorsichtige Optimismus, was die materielle Basis der Projekte anbelangt, ist 1993 nach ABM-Beschränkungen und massiven Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich der öffentlichen Haushalte kaum mehr aufrechtzuerhalten. Von Konsolidierung kann in den Frauenprojekten nur noch sehr begrenzt die Rede sein, in der aktuellen Situation erleben die Projekte Mittelstreichungen selbst in Bereichen, die schon seit Jahren problemlos gefördert wurden.
Die Möglichkeit, nicht nur in der Freizeit, sondern in der zur eigenen Existenzabsicherung notwendigen Arbeitszeit den frauenbewegten Interessen nachgehen zu können, feministische Vorstellungen und Ziele konkret umsetzen zu können und in reinen Frauenzusammenhängen zu arbeiten, übt nach wie vor große Anziehung auf viele Frauen aus. Frauenprojekte sollen für die mitarbeitenden Frauen einerseits „anders" sein (vgl. Brückner/Holler 1991, S .122), andererseits sind sie jedoch gerade im Zuge der Professionalisierung und des damit verbundenen Bedarfs an Fördermitteln einem hohen Anpassungsdruck unterworfen.
Aufgrund ihrer Erfahrungen mit Berliner Frauenprojekten beschreibt Susanne Hauser, daß in der intensiven Auseinandersetzung mit öffentlichen Geldgebern „eine gewisse Annäherung stattfindet, die bis zur Identifikation, zur Übernahme von Bewertungen, Maßstäben und Kategorien reichen kann." (Hauser 1990, S. 78)
Dies hat Folgen auch für die Qualität der Zusammenarbeit der Frauen, wirkt sich in ihren sozialen Beziehungen untereinander aus. Die Professionalisierung in den Projekten ist gekennzeichnet durch verstärkte Sachorientierung und Effizienz; erforderlich ist Kompetenz in Sprache und Umgangsformen staatlicher und kommunaler Verwaltungen. Im Zuge der Professionalisierung haben sich Normen etabliert, die fordern, daß das Private auch möglichst im Privaten verhandelt werden soll. Das zu erstellende Produkt, die bereitzustellende Dienstleistung rücken in den Mittelpunkt des Interesses. „Funktionieren und effiziente Organisation sind die vorrangigen Notwendigkeiten und gehen mit einer Trennung von Person und Politik einher. Wo Selbsterfahrung und persönliche Veränderung nicht mehr kollektive Bezugspunkte sind, ist der Austausch mit der Mitkämpferin über ihren Alltag, ihre Wünsche und Vorstellungen nicht mehr notwendigerweise Teil der gemeinsamen Praxis." (Geiger/Hacker 1989, S. 218)

Die versachlichten Arbeitsbeziehungen sind insofern auch konstruktives Resultat der Erfahrung von ehemals endlosen gruppendynamischen Langzeitsitzungen, die lediglich Kraft und Handlungsfähigkeit raubten. Um diesen Fehler zu vermeiden und unter dem sich mit der Professionalität einstellenden Druck, sichtbare Arbeitsergebnisse produzieren zu müssen, konzentriert frau sich heute ganz auf diese sichtbaren Ergebnisse, vermeidet jede überflüssige Diskussion und erreicht mit dieser Strategie auch beachtliche Produktivität. Daß hier jedoch nicht reibungslos die gefühlsbelastete „Schwesterlichkeit" von einer sachlichen „Kollegialität" abgelöst wurde, zeigen die Konkurrenzgefechte der Frauen innerhalb der nüchternen Tagungsordnung oder die wortlosen Rückzüge einzelner ins Private, in andere Projekte oder herkömmliche Betriebe. Die Arbeitsbeziehungen sind häufig nur vordergründig versachlicht, darunter geht es bewegter zu. (vgl. u.a. Altenkirch 1989)
Mißgunst, Neid, Konkurrenzgefühle wirken oft unerkannt unter der Oberfläche mit, erschweren und blockieren die Arbeit und werden zu unerfreulichen Begleiterscheinungen. Viele Frauen in den Projekten leiden unter einem chronischen Defizit an Anerkennung und Ermutigung für ihre Arbeit; Anerkennung wird verweigert, nicht nur von „außen", sondern auch von den eigenen Projektkolleginnen und von den Projekten untereinander.[2)] Für die Wünsche, Ängste und Bedürfnisse der Einzelnen ist wenig Platz. So sind die scheinbar versachlichten Arbeitsbeziehungen auch ein Ausdruck für die Schwierigkeit, Produktivität und die komplizierten Bedürfnisse der einzelnen Personen zu integrieren. Diese „feministische Produktivität", die sich auf die Sache reduzieren will, scheint unfähig oder unwillig, sich auf anderes einzulassen, was der (eigenen) Produkterstellung nicht unmittelbar dienlich ist.
Sigrid Metz-Göckel stellt für die Anfangszeit der neuen Frauenbewegung fest: „(...) der Gruppenzusammenhang bildet die Basis für die Selbstveränderungs- und Solidarisierungsprozesse, denn ein ‚Frauenbewußtsein' ist ja nicht einfach da, sondern entwickelt sich erst im Prozeß der sozialen Auseinandersetzung und über krisenhafte persönliche Erfahrungen, die ausgetauscht und reflektiert werden." (Metz-Göckel 1989, S. 52) Die Geschichte der neuen Frauenbewegung zeigt, daß sich das individuelle und kollektive Veränderungspotential von Frauen entfaltet und wechselseitig bedingt durch eine Verbindung von Selbstveränderung, Solidarität mit anderen Frauen und kollektivem politischem Protest. Hier besteht zum einen die Gefahr, daß Frauen sich begrenzen auf Selbstveränderung, schließlich in Selbstzentrierung und Selbstbespiegelung steckenbleiben.(vgl. Thürmer-Rohr 1990, S. 13 f.) Zum andern zeigt sich auch an den Folgen der Abtrennung des Persönlichen vom feministischen Tagesgeschäft die Bedeutung intensiver Beziehungen unter Frauen für das kollektive gesellschaftsverändernde Engagements: Ohne Inspiration und Solidarität in persönlichen Beziehungen, ohne kollektiven Austausch, Bestätigung und Rückhalt fehlt auch der Funke zum politischen Widerstand und Protest.

Die Überlastungsstrategie

Isolation, mangelnder Kontakt und Austausch werden zwar von Projektfrauen häufig beklagt, jedoch gleichzeitig bedauernd hingenommen. Zeitnot und Überlastung gelten hierfür im allgemeinen als Erklärung und Entschuldigung.Wenn Heidrun Erhardt beschreibt, wie Menschen sich bestmöglich durch strikte Zeitplanung in den Griff zu bekommen versuchen, indem sie „die Zeit für den Weg zwischen zwei Terminen entweder mit einem dritten Termin füllen oder gegen Null schrumpfen lassen", so sind das Phänomene, die Feministinnen nicht nur staunend von außen beobachten, sondern durchaus intensiv aus eigener Anschauung nachempfinden können. Manchmal beschleicht mich sogar der Eindruck, daß die feministischen Kolleginnen aus Projek-

ten und Wissenschaft hier ein ganz besonderes Talent entwickeln. Es scheint beinahe kaum eine andere Sache zu geben, die uns über alle Unterschiede hinweg so verbindet, das Gefühl von permanenter Überlastung und Zeitnot.(vgl.Ehrhardt 1991, S. 11 f.)
Nun gibt es zum einen in den Projekten strukturelle Bedingungen, die diesem Gefühl der Dauerüberlastung Vorschub leisten. Insbesondere erzeugt die andauernde Unsicherheit der materiellen Existenzbedingungen der Projekte eine permanente Anspannung bei den dort involvierten Frauen.(vgl. auch oben)
Eine Vermutung, die sich mir durch Beobachtungen und Gespräche mit Kolleginnen aufdrängt, ist, daß darüber hinaus jedoch auch eine (unbewußte) Strategie von Frauen in Projekten existiert, sich Arbeitssituationen zu konstruieren, die geprägt sind von Überlastung, Zeitnot und Gehetztsein, was üblicherweise einen Eindruck von Produktivität und Unentbehrlichkeit vermittelt. Das heißt also, Frauen arbeiten in vielen Projekten offenbar unter Bedingungen, die sie veranlassen, sich über diesen beschwerlichen Weg von Hektik und Überforderung Relevanz zu verleihen und Anerkennung zu verschaffen.
Die Wahrnehmung, daß gesellschaftliche Anerkennung weitgehend verweigert wird, wird mit der Überlastungsstrategie vermieden, ebenso das damit einhergehende Gefühl von Mangel und Unsicherheit. Wenn diese Gefühle von Mangel, Unsicherheit und Bedeutungslosigkeit trotzdem zeitweise durchbrechen, werden sie als individuelle Probleme gedeutet, mit all den Belastungen und Beschuldigungen, die sich allein auf die scheinbaren Defizite der eigenen Person beziehen. Der gesellschaftliche Zusammenhang wird ausgeblendet, Vorwürfe richten sich im Grunde gegen die eigene Person und gegen die Projektkolleginnen. (vgl. Holland-Cunz 1990, S. 72) Das theoretisch vorhandene Wissen um die Abwertung von Frauen und ihrer Arbeit bleibt verbindungslos stehen neben dem Leiden an den eigenen Arbeitsverhältnissen und findet keinen kollektiven Ausdruck. Es erhebt sich kein kollektiver politischer Widerstand, kaum Protest gegen Machtverhältnisse, in denen Mangelzustände für Frauen strukturell vorgesehen sind. Die Strategie „teile und herrsche" zeigt auch hier ihre Wirkung: Die Frauen zerstreiten und ermüden sich selbst und gegenseitig, derweil männliche Herrschaft an den Macht- und Verteilungstöpfen wenig zu befürchten hat.

Raus aus der Schmuddelecke

Das frauenbewegte Problem der Überlastung und Zeitnot geht einher mit einer Verschiebung feministischer Werte in eine zunehmend kapitalistisch verträgliche Richtung von Leistung und Erfolg. Eine Unzahl von Karriereratgebern speziell für Frauen, Seminaren und Workshops, in denen Frauen Erfolg und Selbstdarstellung lernen sollen, überschwemmen den Buch- und Veranstaltungsmarkt. Die Düsseldorfer Frauenmesse „top 93"(eine „top 91" gab es auch schon) – eine mehrtägige Großveranstaltung mit Managerkursen, Selbstdarstellungen von Frauenprojekten und Werbeausstellung „frauenfreundlicher" Wirtschaftsunternehmen, Gewerkschaften und Ministerien – bringt diese geistige Haltung in bestechender Schlichtheit auf den Punkt: „Wer heute als Frau im Beruf mehr erreichen will, muß einfach top sein und es bleiben." (Werbebroschüre für die top 93)
Hier gehen eine feministische Kritik an weiblicher Bescheidenheit, Forderungen nach gleichberechtigter Partizipation von Frauen an politischer und wirtschaftlicher Macht eine ungemütliche Allianz ein mit der unkritischen Übernahme kapitalistischer Werte und der Sicht des „Siegers". Christina Thürmer-Rohr verdeutlicht in ihrem Aufsatz „Befreiung im Singular. Zur Kritik am weiblichen Egozentrismus", daß die Frauen – nun endlich den Männern formal gleichgestellt – die bürgerliche Freiheit „Jeder ist seines Glückes Schmied" jetzt für sich selbst nachholen wollen. „Ich gehe also davon

aus, daß sich – historisch verspätet – ein spezifisches bürgerliches Ich der Frau bemerkbar macht, das seine eigenen Interessen endlich verfolgen will.(...) Glück kann sich jeder holen, und wer es nicht hat, hat eben nicht genug dafür getan." (Thürmer-Rohr 1990, S. 15)
Ausdruck dieser Erfolgsorientierung ist m.E. die in der Frauenforschung und in der Projektebewegung vorfindliche Tendenz zur Vergrößerung, Verteuerung. Für den Bereich der Frauenforschung kritisiert und formuliert Cornelia Giebeler: „Innerhalb der sich etablierenden Frauenforschung gibt es einen großen Teil von feministischer Forschung, in dem es in erster Linie um Stellen, Geld und Akzeptanz innerhalb der bestehenden Herrschaftsinstitutionen geht. (...) Wenn feministische Forschung so handelt, entspricht sie einer evolutionären Entwicklungslogik, die dem Fortschritt und der quantitativen Ausdehnung der neuen feministischen Institution einen großen Stellenwert gibt." (Giebeler 1992, S. 207)
Ähnliches ist auch bei den Frauenprojekten zu beobachten; eine Ausdehnung in Richtung „mehr, größer und bedeutender" (vgl. Giebeler, a.a.O.) bleibt bei den autonomen Projekten aber noch häufiger im Reich der Phantasie, Möglichkeiten zur Realisierung ergeben sich selten. Daß weiterhin Projekte in viel zu kleinen Räumen, mit völlig unzureichender finanzieller Ausstattung arbeiten müssen und daß Verbesserungen zu fordern sind, ist unbestritten. Beides existiert nebeneinander: Die verordnete Bescheidenheit und der manchmal etwas konfuse Hang zur Grandiosität, wenn das Mehr und die Größe als Werte an sich ausschlaggebende Bedeutung bekommen, losgelöst von politischen Inhalten. Und beides – phantasierte Größe und verordnete Kargheit – scheint sich zu bedingen: Die Größe erhält vermutlich ihre überhöhte Bewertung, weil die Frauen permanent gezwungen sind, mit einem Minimum zu haushalten. Zudem verwundert es nicht, daß auch die Tendenz zu „größer und aufwendiger" ein Mittel für Projekte ist, Bedeutung und Anerkennung in einer Gesellschaft zu erlangen, in der die quantitative Ausdehnung, das wirtschaftliche Wachstum maßgebliches Kriterium für Erfolg oder Mißerfolg ist.
Vergrößerung wächst dann nicht unbedingt aus dem Boden der tatsächlichen Bedürfnisse der im Projekt versammelten Frauen und der realen Arbeitsverhältnisse, sondern Vergrößerung gerät dann zu einer Kopfgeburt, die es später schwer hat, von den „Projektmüttern" angenommen zu werden. Oder die Vergrößerung bleibt eine fixe Idee und die andauernde Beschäftigung mit diesen Phantasien nährt die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden im Projekt und verhindert Veränderungen in der konkreten Arbeit. Der Blick geht dann in die phantastischen Höhen und nicht auf die unzufrieden machenden Niederungen der konkreten Arbeit, die im Vergleich mit den Phantasien zunehmend an Glanz verliert. Dies bedeutet: Unbequeme Fragen, ungeklärte Konflikte, die die Unzufriedenheit im Projekt verursachen, bleiben unbearbeitet, reale Veränderungen der Inhalte oder der Arbeitsstruktur werden nicht initiiert.

Da sich die Phantasie nach Mehr und Größer durch öffentliche Förderung kaum realisieren läßt, wird in den letzten Jahren zunehmend diskutiert, wie sich Projekte von öffentlicher Finanzierung unabhängig machen können, und es entsteht aus unterschiedlichen Richtungen die Forderung, Frauenprojekte sollen sich endlich „dem Markt stellen". Nun geht es mir nicht darum, erwerbswirtschaftliche Projekte zu kritisieren, als vielmehr Konnotationen im feministischen Diskurs herauszuhören, die bemerkenswert sind. Die traditionelle Bindung von Frauenprojekten an soziale Themen mit politischer Implikation (vgl. Brückner/Holler 1990, S. 120), das auch soziale Engagement von Frauenhäusern, Notrufprojekten, Beratungsstellen etc., in den siebziger Jahren begründet, kommt selbst bewegungsintern in den Neunzigern in einen etwas angestaubten caritativen Ruf. Es ist jedoch weniger ein Mangel an politischer Haltung, der hier kritisiert wird; es ist eher die Hinwendung zu einer wenig prestige-

versprechenden Klientel, die zumindest insgeheim als wenig zeitgemäß beurteilt wird. Auch Teile der Frauenbewegung wollen offensichtlich aus der sozialen Schmuddelecke heraus, ohne zu merken, welche Maßstäbe und Ideale damit übernommen werden und welcher Preis dafür bezahlt werden muß. Dabei könnten wir doch bereits aus eigener Anschauung erkennen, wo die meisten unserer Projekte und Inhalte landen, wenn die Selbstregulierungskräfte des Marktes ungehemmt schalten und walten. Rose Killinger und Antke Engel konkretisieren die Folgen sehr anschaulich: „Aber welche auf öffentliche Finanzierung verzichtet, tut gut daran, statt feministischer Therapie lieber Psychodrama für Managerinnen anzubieten, das Tanztheater durch ein international reproduzierbares Musical zu ersetzen und statt des Frauenselbstverteidigungsvereins ein Fitnesstudio zu unterhalten." (Killinger/Engel 1992, S. 3)

Feministische Diätprogramme

An den Beispielen Leistungs- und Erfolgsorientierung, Überlastung und Zeitnot wurde (hoffentlich) deutlich, daß die Frauenbewegung von Werten beeinflußt wurde, sie Werte verinnerlicht hat und sich von ihnen tyrannisieren läßt, die den Frauen wenig hilfreich sind. Die Frauenbewegung hat z.T. Maßstäbe des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen mainstreams übernommen, ohne dies besonders bemerkt zu haben. Vor diesem Hintergrund scheint es mir nur folgerichtig, daß die zu Beginn beschriebene Mattigkeit übers feministische Land gekommen ist. Im Grunde ist es beruhigend, daß uns von dieser Kost zumindest übel geworden ist. Ein Grappa, ein sporadisch genossener Schuß Radikalfeminismus, mag angenehme und kurzfristige Erleichterung verschaffen, langfristig bedarf es einer Kostumstellung. Das Problem scheint mir allerdings zur Zeit, daß wir nicht genau wissen, was für uns bekömmlich und anregend ist. Es mag, je nach der spezifischen Zusammensetzung der in den letzten Jahren genossenen und verdorbenen Kost, unterschiedliche Schwerpunkte in der heilenden Diätkost geben. So würde ich den nach professioneller Harmlosigkeit strebenden Frauenprojekten den von Christel Neusüß angesichts der Hoffnungslosigkeit nach Tschernobyl formulierten Satz „Jeden Tag eine böse Tat" als ergänzendes handlungsleitendes Motto vorschlagen. (Neusüß, 1988)
Den beruflichen Feministinnen in Projekten und Institutionen möchte ich versuchsweise als Gegenmittel gegen Überlastung und Leistungsdruck die Forderung von Gabriela Simon (Max Weber zitierend) empfehlen: „*Faulheit und Schlendrian* als die ärgsten Widersacher gegen den Geist des Kapitalismus." (Simon 1992) In Zeiten, in denen die soziale Luft dünner wird und die Ellbogen deutlicher, wird ein Recht auf Faulheit indiskutabel, trotzdem ist gerade das wichtig: Abstand, Ruhe, Zeit, um den Blick aufs Grundsätzliche und Wesentliche nicht zu verlieren.

Auch Feministinnen in Frauenprojekten sind offenbar jenem Geist des Kapitalismus aufgesessen, der Leistung und Erfolg als Lebensinhalt und handlungsleitende Maxime verkauft. Frauen haben sich angestrengt, um dazuzugehören, aber jetzt werden sie doch wieder nach ‚draußen' befördert. In Zeiten wie diesen wird unmißverständlich der Irrtum aufgeklärt, es gäbe für Frauenprojekte über den Weg der Anpassung und Professionalisierung maßgebliche Blumentöpfe zu gewinnen.[31] Diese Strategie verschaffte im besten Fall einigen Projekten die Mittel zum Überleben (was notwendig ist und nicht gering zu schätzen). Jedoch als politische Strategie der Frauenbewegung erweist sich dieser Weg als untauglich. Notwendig scheint mir, das Bedürfnis nach materieller Absicherung und gesellschaftlicher Anerkennung einerseits und die Fähigkeit zu Patriarchatskritik und feministischem Eigensinn andererseits als nicht lösbaren Widerspruch zu realisieren und dieses Verständnis in die Projektpraxis zu integrieren.

Anmerkungen

Für Lektüre und Kritik der vorherigen Fassung dieses Textes danke ich Ulla Hendrix, Andrea Stolte und der beiträge-Redaktion.

1) *Frauen lernen und forschen gemeinsam e.V./Gleichstellungsstelle für Frauenfragen der Stadt Wuppertal (Hrsg.): „Es war umwerfend, begeisternd und eine Entdeckung" – Entstehung von Frauenprojekten und -initiativen in Wuppertal, 1991.*

2) *Daß in den Arbeitsbeziehungen von Frauen auch patriarchale Beziehungsregeln wirksam sind, macht Ute Annecke deutlich. Aus einer emotionalen Unterversorgung heraus begegnen sich Frauen einerseits mit dem Wunsch, bedingungslos Anteilnahme und Fürsorge von der anderen zu bekommen, agieren aber andererseits unter dem patriarchalen Gebot, weibliches Leiden abzuwerten und gegeneinander auszuspielen. (vgl. Annecke 1990, S.64 f.)*

3) *Diese „blumige" Formulierung ist ausgeliehen bei Gisela Notz, Podiumsdiskussion der Offenen Frauenhochschule, Wuppertal Juni 1993: „Jenseits der Mauer – Frauen nach der deutschen Wiedervereinigung".*

Literatur

ALTENKIRCH, Brigitte: Die Moral des Nicht-Verletzens in Arbeitsbeziehungen von Frauen, in: Studienschwerpunkt Frauenforschung (Hrsg.): Mittäterschaft und Entdeckungslust, Berlin 1989

ANNECKE, Ute: Das Echo patriarchaler Ergänzungsmoral zwischen Frauen, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, 28, Köln 1990

BENHAVIO, Stella: Türkische Staatsbürgerin jüdischer Herkunft in Deutschland, in: Hügel, Lange, Ayim u.a. (Hrsg.): Entfernte Verbindungen – Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung, Berlin 1993

BRÜCKNER, Margrit/ HOLLER, Simone: Frauenprojekte und soziale Arbeit, Eine empirische Studie, Frankfurt a.M. 1990

BRÜCKNER, Margrit: Reflexionen über das ‚Andere' der Frauenprojekte: Frankfurter Studie über Frauenprojekte und soziale Arbeit, in: Institut Frau und Gesellschaft, Frauenforschung Heft 1+2/91, Bielefeld 1991

EHRHARDT, Heidrun: Wirklichkeit? in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 30/31, Köln 1991

GERHARD, Ute: Westdeutsche Frauenbewegung: Zwischen Autonomie und dem Recht auf Gleichheit, in: Feministische Studien 2/92

GEIGER, Brigitte/HACKER Hanna: Donauwalzer Damenwahl. Frauenbewegte Zusammenhänge in Österreich, Wien 1989

GIEBELER, Cornelia: Zwischen Protest und Disziplin. Die feministische Paradoxie, Bielefeld 1992

HOLLAND-CUNZ, Barbara: Konturen einer politischen Ethik der Konfliktbearbeitung, in: beiträge 28, a.a.O.

HAUSER, Susanne: Autonomie und Geld! Was bedeutet öffentliches Geld für Frauenprojekte?, in: Dokumentation zur Offenen Frauenhochschule 1990, Wuppertal 1990

HONDRICH, Karl Otto: Selbstreferentialität statt Selbstreflexion. Bemerkungen zum 26. Deutschen Soziologentag, in: Soziale Welt 1/93

KILLINGER, Rose/ENGEL, Antke: Wer zieht die Fäden?, in: Hamburger Frauenzeitung, März/Juni 1992

METZ-GÖCKEL, Sigrid: Die zwei (un)geliebten Schwestern. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Frauenforschung im Diskurs der neuen sozialen Bewegungen, in: Ursula Beer (Hrsg.): Klasse Geschlecht, Bielefeld 1989

DIES.: Frauen bilden Netzwerke. Über (alternative) Macht und Stärken von Frauen, in: Projekt Offene Frauenhochschule (Hrsg.): Frauen untereinander, Wuppertal 1989a

NEUSÜSS, Christel: Jeden Tag eine böse Tat, in: taz, 7.4.1988

SIMON, Gabriela: Mehr Genuß! Mehr Faulheit! Mehr Schlendrian! in: Die Zeit, Nr. 42, 9.10.92

DIES.: Wenn Deutschland ein Entwicklungsland wäre, in: Die Zeit, Nr. 22, 28.5.93

SICHTERMANN, Marie: Die Suche nach dem Glück in Frauenprojekten. Eine Analyse der Kommunikation und Organisation in Frauenprojekten, in kofra 56, München 1992

THÜRMER-ROHR, Christina: Haßverbot für Frauen – Friedfertigkeit als therapeutische Aktion, in: ‚mit allen sinnen leben' – dokumentation der 1. berliner lesbenwoche, 26.10.-2.11.85, Berlin 1986

DIES.: Befreiung im Singular. Zur Kritik am weiblichen Egozentrismus, in: beiträge 28, a.a.O.

DIES.: Wir sind nicht Reisende ohne Gepäck – Fragen der letzten zwei Jahre an die weiße westliche Frauenbewegung, in: Hügel/Lange/Ayim u.a. (Hrsg.), a.a.O.

Luise F. Pusch

Wenn aus Schwestern Mütter werden: Die Frauenbewegung im reiferen Alter

In der neusten Ausgabe der „IFPA"[1] schreibt Barbelies Wiegmann: „ ...das Ausstreuen von Gerüchten, wie z.B. ‚die Frauenbewegung ist tot', ist keine neue Taktik. Geschichte läßt sich niemals zurückdrehen. Die feministische Frauenbewegung ist längst eine Bewegung in den Köpfen und Herzen unzähliger Frauen hierzulande, innerhalb von Institutionen und draußen im Alltag. Dies gilt, auch wenn zuweilen junge Frauen leichtfertig Feminismus als passé erklären, weil sie ihre Rechte und Freiheiten, die ihre Mütter und Großmütter erkämpften, schon als selbstverständlich betrachten."
Barbelies Wiegmann, von Anfang an aktiv in der neuen Frauenbewegung, kennt ihre Pappenheimer. Das Für-tot-Erklären gehört zum Standardrepertoire frauenfeindlicher Propaganda. Wenn die Frauenbewegung nicht gerade tot ist, dann ist sie mindestens übertrieben, irregeleitet, lächerlich, sinnlos, verkniffen, schwach auf der Brust und überflüssig. Aber „tot tot" hören wir in letzter Zeit am häufigsten. „Tot" wird immer beliebter, seit Alice Schwarzer die Fünfzig überschritt.
Wir Feministinnen haben ja nie ein anderes Ziel gehabt, als überflüssig zu werden – nur leider ist es noch nicht soweit, deshalb können wir uns noch nicht zur Ruhe setzen, selbst wenn wir sie redlich verdient haben.
Denn wir sind in die Jahre gekommen. Das ist strategisch zwar ein Vorteil, denn viele von uns haben an Macht und Einfluß gewonnen und ganz besonders an Erfahrung. Aber optisch und imagemäßig ist das Älterwerden natürlich ein entscheidender Fehler. Im Zeitalter des Jugend- und Schönheitswahns werden wir Pionierinnen aus den flotten siebziger Jahren nunmehr als „scheintot", „Grufties", „Femi-Omas" und wie die freundlichen Bezeichnungen alle lauten, eingeordnet.

Früher wurde unser Grundsätzlicher Fehler der Weiblichkeit immerhin noch ausgeglichen durch Jugend und Dynamik. Jetzt sind wir in den Wechseljahren und werden gewechselt und entsorgt, wie jede x-beliebige Gattin oder Geliebte oder Fernsehansagerin in der Männerpause. Jetzt trifft uns – und damit die Frauenbewegung insgesamt – nicht mehr nur die übliche Frauenfeindlichkeit, sondern es kommt auch noch die Altersfeindlichkeit der modernen Gesellschaft hinzu. Wir sind alte Schachteln, Matronen. Nicht mehr tragbar in den Medien, mithin für dieselben so gut wie tot, denn beim Anblick einer Oma, gar einer Femi-Oma, schaltet der Zuschauer gleich ab oder um.
Die wesentlichen Wörter in Barbeliesens Kommentar sind *Mütter* und *Großmütter*. Wer will schon etwas, was Mütter, und gar erst Großmütter, erkämpft haben! Das ist ja alt und abgestanden. Nur alt – noch nicht ehrwürdig oder von Nostalgie verklärt. Die Nostalgie greift immer so 30 bis 50 Jahre zurück, sie hat sich soeben der vierziger und fünfziger Jahre bemächtigt, die bis vor kurzem nur als oll und scheußlich galten, etwa so wie wir Altfeministinnen heute. Jetzt sind Nierentische und Schnulzen aus den fünfziger und Kleider aus den vierziger Jahren wieder in. Filme aus den vierziger Jahren bekommen in TV-Zeitschriften immer Höchstwertungen, egal wie lahm oder schlecht sie sind, achten Sie mal drauf. Sie haben eben diese edle oder rührende Patina der vierziger Jahre. 20 Jahre im Gange wie die „neue" Frauenbewegung – das ist noch zu frisch, aber auch wieder nicht mehr frisch genug.
Dann haben wir da noch den Generationenkonflikt. Normalerweise gilt die Jugend als progressiv und kämpferisch und das Alter als konservativ. Sind aber die Mütter und Großmütter kämpferisch geblieben, weil es halt so viel zu bekämpfen gibt – ja was

sollen die Töchter denn machen, um sich davon abzuheben? Fast bleibt ihnen doch nichts anderes übrig, als konservativ die Femi-Omas für überholt zu erklären.
Früher fühlte ich mich bei feministischen Veranstaltungen als Gleiche unter Gleichen. Wir waren alle Schwestern und würden es den Patriarchen schon zeigen – „sisterhood is powerful!"
Seit geraumer Zeit nun werde ich von manchen dieser vermeintlichen Schwestern treuherzig als „Mutter" tituliert. 1986 – ich war 42 Jahre alt – sagte eine Frau aus dem Publikum nach einer Podiumsdiskussion zu mir, ich sähe aus wie eine Mutter mit fünf Kindern, ich hätte so was Mütterliches. Eine andere junge Frau kam kürzlich nach einer Lesung und strahlte mich an: Sie wäre stolz auf mich und betrachte mich als ihre „feministische Mutter". Sie murmelte was von „affidamento" und schloß mit der Hymne: „Ihr Gründerinnen seid ganz tolle Mütter für uns Jüngere!"
Nichts gegen Mütter, aber als kinderlose Lesbe fühlte ich mich bei dem Vergleich mit einer Mutter von fünf Kindern schon seltsam. Sah ich vielleicht wie eine Matrone aus? Ja, das mußte es sein. Das Patriarchat hat es seit einer Weile nicht mehr mit einer kindlichen Schar von Sisters zu tun, sondern mit einem gereiften und gestählten Matronat, einem Krampfadergeschwader sozusagen mit hochexplosiven Hitzewallungen.

Ich fasse zusammen:

* Die Frauenbewegung wird also mal wieder für tot erklärt. Das wurde sie schon immer, darüber brauchen wir uns nicht zu wundern oder gar aufzuregen. Wie sagt doch unser Kanzler immer so schön: „Die Karawane zieht weiter." Auch wenn die Kritik von jungen Frauen kommt, braucht uns das nicht zu wundern. Auguste Schmidt, eine der Gründungsmütter der ersten oder „alten" Frauenbewegung, stellte schon vor 100 Jahren klar, daß das Problem der Frauen vor allem im Nichterkennen der eigenen Situation liege.

* Die Frauenbewegung feierte kürzlich ihr 20- oder 25jähriges Bestehen. Das bedeutet, die Feministinnen der ersten Stunde, soweit sie noch mitmachen, sind in die Jahre gekommen, viele haben die Fünfzig überschritten. Eine neue Generation von Frauen ist herangewachsen, für die wir „Gründungsmütter" sind. Sie mögen uns deswegen verehren, ablehnen oder als altmodisch tolerieren oder ignorieren – zu der anfangs von Feministinnen postulierten allumfassenden Schwesterlichkeit ist jedenfalls eine neue Beziehung zwischen „Müttern" und „Töchtern" hinzugekommen – mit allen Problemen und Chancen dieser Beziehung – ob wir das wollen oder nicht.

* Wir Feministinnen der ersten Generation haben erkannt, daß die Abschaffung des Patriarchats länger dauert, als wir in unserem jugendlichen Überschwang dachten. 20 bis 25 Jahre sind wir schon am Kämpfen – daß wir unser Ziel noch zu Lebzeiten erreichen, ist unwahrscheinlich. Ich persönlich ziehe daraus die Konsequenz, einen Teil meiner Zeit meinem schönen Privatleben zu widmen, denn frau will ja im Leben nicht nur kämpfen, sie will auch schöner leben, und zwar subito, möglichst noch zu Lebzeiten. Da für mich zu einem guten Leben auch der Kampf für die Sache der Frauen gehört, setze ich mich natürlich weiter vehement ein, aber etwa ein Drittel meiner Zeit bin ich ganz privat und unkämpferisch verträumt und schreibe u.a. an dem großen Lesbenroman, auf den das deutsche Volk schon so lange wartet.

* Die jungen Frauen, die jetzt um die Dreißig sind, können mit derselben Hoffnung antreten, wie wir sie damals hatten: „Vielleicht erleben wir es noch, daß es Gerechtigkeit für Frauen gibt." Die Hoffnung ist realistisch, weil sie noch ca. 50 Jahre vor sich haben. Denn wie wir wissen, dauert und dauert es, bis sich mal was bewegt. Das Patriarchat ist schließlich nicht faul.

Wie Naomi Wolf, Susan Faludi und andere junge Feministinnen in den USA schreiben, brauchen wir jetzt dringend eine zweite „neue" Frauenbewegung, denn die Probleme, mit denen es die jüngere Frauengeneration zu tun hat, stellen alles in den Schatten, was *wir* durchmachen mußten. Das Patriarchat ist durch die feministische Bedrohung in seinen Methoden zugleich raffinierter und brutaler geworden. Um nur ein Stichwort zu nennen: Auch meine Generation leidet, wie alle Frauengenerationen zuvor, unter einem negativen Selbstbild, besonders was unseren Körper betrifft. Aber wir starben und sterben nicht reihenweise an Magersucht: Nach Angaben der „American Anorexia and Bulimia Association" sterben jährlich 150.000 US-Amerikanerinnen an Magersucht. Das sind mehr Todesopfer in jedem Jahr allein in den USA als die Seuche AIDS von ihrem Beginn bis Ende 1988 in 177 Ländern gefordert hat.[2] „Diäthalten ist das wichtigste Sedativum in der Geschichte der Frau; eine auf ruhige Art wahnsinnige Bevölkerungsgruppe ist gut lenkbar", erkannte Naomi Wolf.[3]

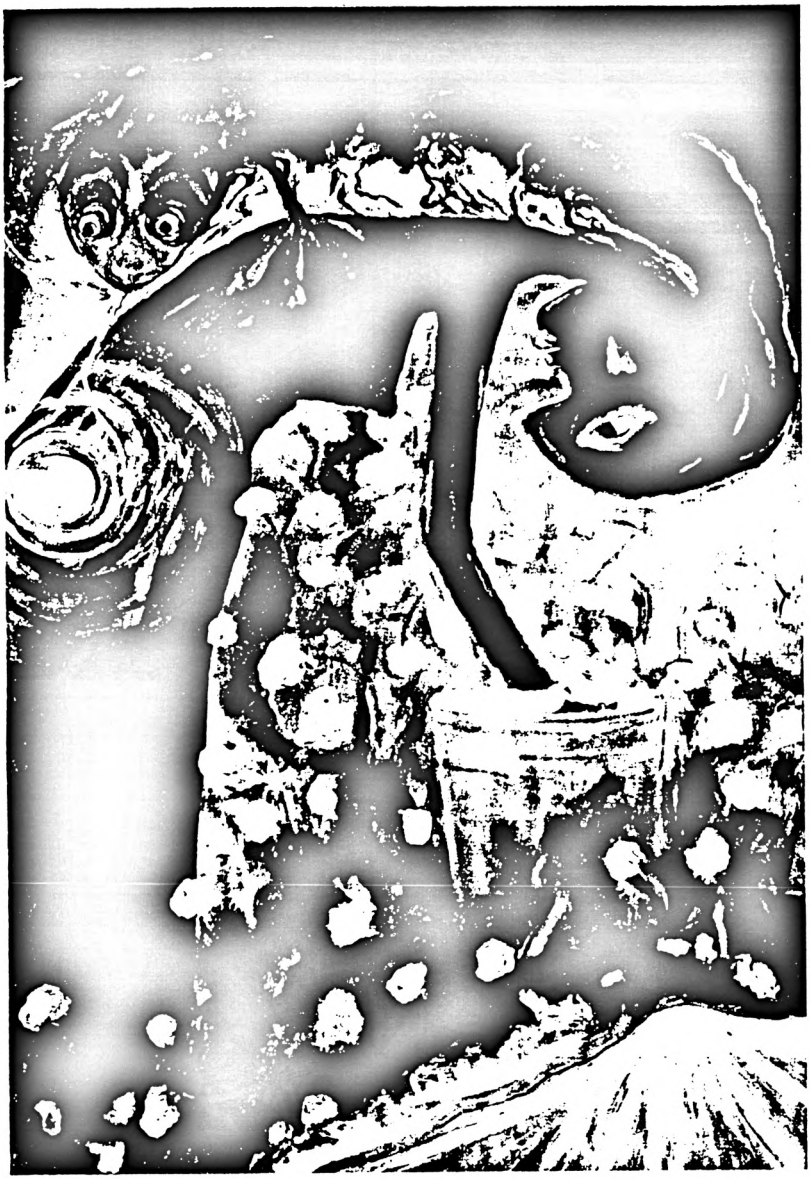
Die gute alte „neue Frauenbewegung" mag ihre Hitzewallungen haben, aber sie ist nicht hormoniesüchtig – und tot schon gar nicht!
In den USA verkündet mann, die siebziger Jahre seien das Jahrzehnt der Frauenbewegung gewesen, die achtziger Jahre das Jahrzehnt der Yuppies (oder der Alternativen? der Ökos? Reagans? Gorbis? – ich weiß es nicht mehr genau), und die neunziger wären das Jahrzehnt der Lesben und Schwulen. Mir soll es recht sein.
Als die angelsächsische Welt sich im viktorianischen Zeitalter befand, hatten wir hier das wilhelminische Zeitalter. Die jeweils als universell ausgerufenen Epochen, „Zeitalter des ...", „Dekaden der ..." und „Jahrzehnte des ..." sind also nicht global gültig, sondern bloß lokale Erscheinungen. Oder auch geschlechtsspezifische.
Und daher befinde ich mich im Zeitalter der Frauenbewegung. Und zwar permanent.

Anmerkungen

1) *Nachrichten der Initiative Frauen-Presse-Agentur Nr. 127, Bonn 8/1993), S. 1.*

2) *Siehe Wolf, Naomi: The Beauty Myth: How Images of Beauty are used against Women (dt.: Der Mythos der Schönheit, Reinbek 1991), New York 1991, S. 182.*

3) *Ebd., S. 187.*



46 *Karin Meinel (kam)*: „Frauendämmerung", 1991, Acryl auf Papier, 102 x 76 cm

Dörthe Jung

Abschied zu neuen Ufern – Frauenpolitik in der Krise

Betrachtungen zur aktuellen Lage des Feminismus werden selbstverständlich die globalen Veränderungen in der Welt berücksichtigen müssen. Selbstverständlich? Während angesichts von weltweiten Fluchtbewegungen, von nationalistischen und rassistischen Tendenzen, des Zusammenbrechens des realen Sozialismus und seiner Utopie und damit auch des Endes der Konstruktion zweier Machtblöcke, die jahrzehntelang Freund und Feind klar voneinander zu scheiden schienen; während wir uns in Deutschland in dem mühsamen Prozeß der Vereinigung befinden und Teile von West- und Südeuropa ein zumindest ökonomisches Bündnis schließen – während all diese Turbulenzen sich weitreichend auf die innere Struktur dieser Gesellschaft, ihrer sozialen Systeme, Normen und Moral, ihrer politischen Kultur und der sie tragenden Ideologien auswirken, erscheint schweigend ein System wie ein Fels in der Brandung unberührt geblieben zu sein: der westliche Feminismus.
Das heißt nicht, daß es keine Reaktion von Frauen auf diese gesellschaftliche Entwicklungsdynamik gibt. Aber die sich im Mainstream der Frauenpolitik äußernde Position, daß nun im Zuge von Rezession und politischer Destabilisierung wieder einmal die Fraueninteressen auf der Strecke bleiben, halte ich für keine angemessene und ausreichende politische Antwort. „Backlash"-Argumente als dominante Reaktion von Frauen auf die Weltlage sind vertraut: So entwerfen sie sich immer wieder nur als Opfer von gesellschaftlicher Entwicklung. Und sie sind redundant zugleich: Daß im herrschenden Machtsystem Ausgrenzungsstrategien Frauen gegenüber strukturell angelegt sind, war und ist schließlich Anlaß einer politischen Praxis von Frauen. Und daß die Erfolge auch von Frauenpolitik in eine historische Entwicklungsdynamik eingebunden sind, die Mißerfolg und Scheitern möglich macht, lehrt uns schon ein ganz unprofessioneller Blick auf die Geschichte jeder Befreiungsbewegung, nicht nur auf die der alten Frauenbewegung.
Weshalb dann diese Unlust von Feministinnen, von professionellen Frauenpolitikerinnen sich in die gesellschaftspolitischen Turbulenzen aktiv einzumischen, Stellung zu beziehen und Positionen zu entwickeln, die neuen Fragen als Herausforderung zur Veränderung erstarrter Strukturen im eigenen frauenpolitischen Feld zu nutzen, über veränderte politische Wege neu nachzudenken?

Das Bild vom Fels in der Brandung kann für Beruhigung stehen, für Stabilität, allen vorübergehenden Unwettern zu trotzen, auf neue Moden nicht hereinzufallen. Es weckt aber auch Assoziationen von Unbeweglichkeit, Starrheit und Unwillen, den eigenen Standort neu zu überdenken, auf seine Grenzen hin zu befragen. In diesem Konnotationsfeld bewege ich mich im folgenden, wenn ich die politische Ratlosigkeit und das öffentliche Schweigen eines großen Teils der Frauenbewegung angesichts der bundesrepublikanischen, der europäischen und weltweiten Umbrüche als Symptome für die Begrenzungen der eigenen Politik werten will.

Sozialismus – Feminismus

Von feministischer Seite gab es keine vergleichbaren Debatten, wie sie im linksorientierten Spektrum durch den Zusammenbruch des Sozialismus ausgelöst worden sind. Prasselten hier mit der ganzen Wucht einer scheußlichen Identitätskrise die öffentlichen Versuche auf uns nieder, das politische Denken der eigenen Vergangenheit selbst-

anklagend zu geißeln oder aber die ehemals utopisch angedachten Gesellschaftsmodelle schnellstens dem Rahmen der veränderten historischen Situation anzupassen, so gab es auf der Frauenseite ob dieses welthistorischen Ereignisses ein nahezu unbekümmertes Schweigen. Oder es äußerte sich eine nachträgliche Genugtuung, mit der feministischen Kritik am Marxismus sich schon in den siebziger Jahren von dieser Ideologie losgesagt zu haben. Gegenüber der spreizenden Selbstgefälligkeit und einem teilweise unerträglichen Opportunismus, mit denen vor allem die Herren aus der alten Linken sich nun auf die Verheißungen der jetzt als überlegen bewerteten freien Marktwirtschaft einschwören, muten die Reaktionen der Frauen wenn auch nicht intellektuell erfrischender so doch aber zumindest historisch ehrlicher an.
Und doch: Woher zum Beispiel kommt diese politische Begeisterung, die flächendeckende öffentliche Kinderbetreuung und 90%ige weibliche Erwerbsquote als *die* „Errungenschaften" zu preisen, die der Sozialismus den Frauen einbrachte? Eine Begeisterung, die sich offensichtlich unabhängig von Fragen nach der Art der Pädagogik, des totalitären staatlichen Zugriffs auf Kindererziehung, der ökonomischen Verwertung weiblicher Arbeitskraft und der gesellschaftlichen Einbindung der Frauen in das Herrschaftssystem äußert.
Nachdem in der ersten Zeit der deutschen Vereinigung westliche Feministinnen sehr schnell die Bestätigung der alten feministischen Kritik am Sozialismus mit seiner Dominanz von Männlichkeit und Ökonomie im realen Leben der Frauen aus der ehemaligen DDR diagnostizierten, setzte sich im Laufe der Zeit ein spezifisches Muster von Abspaltung durch: Einige der sogenannten sozialistischen Errungenschaften hieß es unbedingt in den frauenpolitischen Forderungskatalog des vereinten Deutschlands mit hinüberzuretten – ganz nach der Devise, die guten Seiten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen. Undiskutiert blieb und bleibt bis heute, daß auch diese Teile des „sozialistischen Emanzipationsmodells" auf der Basis eines totalitären Systems realisiert wurden. Eine solche unpolitische Haltung macht m.E. auf Schieflagen nach mindestens zwei Seiten hin aufmerksam. Zum einen schimmert die unverdrossene Sympathie mit dem sozialistischen Utopiemodell prächtig durch („die Idee ist weiterhin gut, es waren ‚nur' die Menschen, die Bedingungen ...") und eine ungeheure menschliche und politische Ignoranz gegenüber der Praxis totalitärer Systeme. Zum anderen ist eine solche Haltung auch Ausdruck einer Konstruktion von Patriarchat, die für den westeuropäischen Feminismus typisch ist: Das Patriarchat erhält hier die Qualität eines alleinigen Erklärungsmusters, ist die Basis für alle anderen Formen ökonomischer und politischer Herrschaft und überspannt als solche alle gesellschaftlichen Systeme gleichermaßen. Die differenten gesellschaftlichen Bedingungen erscheinen so in der Tendenz nur als unterschiedliche „Spielarten" ein und desselben Grundübels. Daraus hat sich zumindest im westlichen Feminismus eine seltsame Abstinenz – sowohl nach der Seite der Kritik wie nach der von Perspektivenentwicklung – gegenüber den existierenden Gesellschaftssystemen ergeben, und es haben sich Formen von politischem Desinteresse und Ignoranz gegenüber realen gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen herausgebildet, die bewirkt haben, daß bei fast allen gesellschaftlichen Umbrüchen der letzten drei Jahre von seiten der Frauenpolitik wenig politisches Einmischen stattgefunden hat.

Aber um noch mal zu der Faszination sogenannter frauenpolitischer Errungenschaften im Sozialismus zurückzukehren: Es ist nicht nur die Abwehr, über Qualitätsmaßstäbe hier nicht reden zu wollen und sich die Frage zu stellen, wie zum Beispiel Totalitarismus und weibliche Emanzipation überhaupt zusammenpassen sollten, es ist auch der Unwille, in einen politischen Dialog miteinander zu treten und die jeweiligen Fremderfahrungen nicht im überlegenen Habitus des „well-known" zu ersticken, was skeptisch macht und mich aufhorchen läßt, wenn Sozialismus und Feminismus angeb-

lich schon lange im eigenen Denken und Handeln nichts mehr miteinander zu tun haben.
Aber selbst wenn es so wäre, daß der Feminismus in den westeuropäischen Ländern sich wirklich auf der Basis eines durchgearbeiteten Abschieds vom Marxismus und seiner gesellschaftlichen Praxis weiterentwickelt hat, berührt uns der Zusammenbruch dann nicht vielleicht doch an einer empfindlichen Stelle, an den Illusionen unseres Wunsches, das Projekt Frauenbewegung habe allemal die „Option", als gerechte Siegerin aus der Menschheitsgeschichte hervorzugehen?

An dieser Stelle interessiert mich – gerade im Hinblick auf die weiteren Entwicklungschancen des Feminismus als eine kritische politische Praxis und Theorie von Frauen – ,wie das Scheitern der sozialistischen Gesellschaftsutopie uns deprimierend vor Augen führt, daß im Dienste einer gerechten Sache und im Glauben, im Besitz der historisch „überlegenen" Wahrheit zu sein, sich eine gesellschaftliche Praxis paradoxerweise in ihr Gegenteil verwandeln kann. Deutlich wird daran zunächst, wie zwingend notwendig eine kritische Selbstreflexion der politischen Praxis ist – als permanenter, die Praxis begleitender Prozeß. Das läßt sich gerade aktuell angesichts der globalen gesellschaftlichen Veränderungen auch für die Frauenpolitik nicht dringlich genug fordern. Aber es drängen sich mir noch mehr „Lehren" aus dem Scheitern auf und aus meiner Überzeugung, daß Sozialismus und Feminismus noch über viele Verbindungsfäden „vereint" sind, die es besser zu klären gilt, um im aktuellen gesellschaftlichen Konfliktgemenge *aus feministischer Sicht Fragen und Lösungen* formulieren zu können. Denn auch um das Projekt der Frauenbewegung ranken sich unaufgedeckt und hartnäckig Illusionen, die kollektiv geteilt werden und die das Subjekt Frau bzw. den Kampf um ihre Befreiung, in den Rang einer historisch überlegenen Wahrheit erheben. So wie der Sozialismus von der Vorstellung lebte, der Mensch sei im Prinzip gut, wäre er nur von der Knechtschaft des Kapitals befreit, so ist im westlichen Feminismus die Frau immer noch das bessere Geschlecht, dessen Befreiung die Gesellschaft im ganzen zu zivilisieren verspricht (Walser 1990). Die Hartnäckigkeit etwa, mit der die seit Jahren geäußerte Kritik von Frauen aus anderen Kulturen abgewehrt wird, daß westliche Feministinnen ja selbst Bestandteil der dominanten Kultur sind, von ihr selbstverständlich profitieren und sich deren Mechanismen auch bedienen, ist ein Ausdruck dafür (Rommelspacher 1993).
Es erscheint mir notwendig, das Ende des sozialistischen Systems als einen historischen Zeitpunkt wahrzunehmen, an dem solche untergründigen Annahmen von Befreiungsbewegungen erkennbar und in ihrer Zweifelhaftigkeit zurückgewiesen werden. Letztlich handelt es sich ja bei solchen Vorstellungen, die dem Ambivalenzkonflikt von „Gut" und „Böse" ausweichen wollen und mit denen eben auch immer politische Systeme und Bewegungen unterfüttert sind, um Idealisierungen. Hier gibt es immer, im privaten wie im politischen Entwicklungsprozeß, einen Zeitpunkt, an dem das Festhalten an idealisierten Vorstellungen die eigene (politische) Kraft und Weiterentwicklung blockiert. Vieles spricht dafür, daß generell am Ende dieses Jahrhunderts die Globalisierung, die Idee eines weltumspannenden Befreiungsprojektes, obsolet geworden ist. Daß der Feminismus in den westlichen Industrieländern und den USA auch mit solchen Globalisierungsvorstellungen arbeitet, während eigentlich immer nur Frauen einer sozialen Gruppe, an einem begrenzten gesellschaftlichen Ort, zu einem historisch bestimmten Zeitpunkt sprechen, hat die Kritik am Eurozentrismus der westlichen Frauenbewegung ernüchternd aufgezeigt. Auch hier wird deutlich, wie über Jahrzehnte hinweg eine Verabsolutierung des Subjekts der Befreiung stattgefunden hat, die der Figur des Proletariers im Sozialismus vergleichbar ist. Der Feminismus aber hat weder die Option auf eine weltumspannende Erfahrungskonvergenz unterdrückter Frauen noch auf eine Gerechtigkeitsstrategie, die selber keine Aus-

schlußpraktiken und Privilegierungen kennt, so daß um die gerechte Gesellschaft als eine Art Gütegarantie immanent ist – wäre erst das Patriarchat besiegt. Es ist wohl nicht zufällig, daß eine marokkanische Feministin, Fatima Mernissi, die Idee von *dem* Feminismus zurückweist zugunsten der Vorstellung unterschiedlicher *Feminismen*.
Für uns Frauen aus den alten Bundesländern bedeutet solch ein mehrfacher Perspektivenwechsel nicht zuletzt auch eine Kränkung. Die verschiedensten Abwehrformen, die in den politischen Begegnungen mit Frauen aus den neuen Bundesländern und/oder mit Immigrantinnen auftreten, sind Symptome dafür. Mir scheint jedoch, daß die mit dem Ende des Sozialismus verbundenen ideologischen Eruptionen eine befreiende Dimension offenlegen: Die totalisierenden Seiten und Aspekte feministischer Theorie und Praxis erkennen zu können, sollte Platz freischaufeln für eine konkrete Politik des Einmischens: Die Entwicklungen in der aktuellen Politik, die Strategien herrschender Verteilungskämpfe, die Entwicklung von Konservativismus und rassistischer Gewalt können wir nicht mehr nur als Ausdruck patriarchaler Strukturen und männlichen Machtstrebens kritisieren, sondern wir müssen uns als Frauen offensiver, kritisch und gestalterisch an den Prozessen beteiligen, die *ein Gegengewicht* zu der sich dominant abzeichnenden Entwicklung darstellen bzw. dieses herzustellen versuchen. Die sich an unterschiedlichen Orten der Frauenpolitik breitmachende Ohnmacht und Lähmung verdanken sich, so vermute ich, nicht zuletzt einem Beharren darauf, in der bedrohlichen aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung unsere Analysen über patriarchale Strukturen intellektuell bestätigt zu sehen und in einer Art politisch passivem Erleiden immerhin noch die an das Subjekt Frau geknüpften Hoffnungsvisionen unbeschädigt zu belassen. Nur: während dessen liegen ja nicht nur die Debatten über das Ende des Sozialismus und über vermeintlich neue Gesellschaftskonstruktionen in den Händen der Männer – auch die realen gesellschaftlichen Veränderungen sind mit so vielen das frauenpolitische Anliegen abwehrenden Praxisformen verbunden, so daß die Spielräume für Einspruch, Kritik und Gestaltung von seiten der Frauen nun wahrlich immer enger zu werden drohen.

Demokratie – Feminismus

Ein großer Teil der Ermüdungserscheinungen und Resignationsanfälligkeit waren als Krisensymptome des Feminismus schon vor der Vereinigung, dem Wegfall des eisernen Vorhangs, dem Manifestwerden eines tot geglaubten Rechtsradikalismus und nationalistischer Tendenzen vorhanden. In den achtziger Jahren konzentrierte sich die politische Kraft der Frauenbewegung in der alten Bundesrepublik auf Institutionalisierungsprozesse: Die autonomen Frauenprojekte machten so etwas wie einen internen Konsolidierungsprozeß durch, der eng mit dem Erhalt staatlicher Subventionierung verbunden war, und in den etablierten Institutionen von Politik und Gesellschaft wurde eine Förderpolitik für Frauen in größerem Ausmaß durchgesetzt. Es ging in diesem Jahrzehnt nicht nur – im Vergleich zu den siebziger Jahren – um das generelle Einklagen von Partizipationsansprüchen und Sichtbarmachen weiblicher Erfahrungen, sondern um die reale Beteiligung an den Zuwächsen von Geld, Macht und Status. Wenn Frauen Zeiten ökonomischer Stabilität und relativer politischer Reformwilligkeit als günstige Stunde zur Durchsetzung ihrer Forderungen und Interessen nutzen, so ist das kluges politisches Handeln – auch wenn eine solche Sicht der Dinge sich erst im nachhinein erschließt. Daß mit veränderten gesellschaftlichen Bedingungen die in diesen Zeiten entwickelten Konzepte möglicherweise weniger tragfähig sind, veränderte frauenpolitische Interventionen erforderlich werden, erscheint mir mehr als plausibel – wenn z.B. – wie dies ja aktuell der Fall ist – in der Gesellschaft insgesamt das Gewaltpotential zunimmt und bislang latent gehaltene rassistische Einstellungen

offenkundig und sogar gesellschaftlich tolerabel werden. Veränderungen von politischen Praxisformen scheinen auch im Hinblick auf die Strukturen der feministischen Praxis angesagt, denn mit der Partizipationspolitik der achtziger Jahre ging nicht zuletzt eine Hierarchisierung von Frauen aus unterschiedlichen Ethnien und sozialen Milieus einher.

Die größere Beteiligung an der Verteilung des Kuchens brachte, wie wir heute sehen können, wenig strukturelle Verschiebung im Geschlechterverhältnis. Das ökonomische Wachstum erlaubte ein Mehr für Frauen, ohne daß Männer etwas verloren haben. Aber immerhin, wir schürten die Hoffnung auf einen steten Zuwachs an dem gesellschaftlichen Reichtum. Dadurch hielten sich die Konflikte in Grenzen. Das jedoch wird sich radikal ändern. Auf diese veränderte Situation wird sich die Politik der Frauen in den nächsten Jahren einstellen müssen. Sie muß sich nach den Zeiten einer gezähmten und eher braven Förderpolitik verstärkt als eine *Politik des Konflikts* entwerfen. Dabei kann es sich nicht um eine Oppositionspolitik handeln – vergleichbar mit der in den siebziger Jahren, die durch Verweigerung und Versuche, eine außerinstitutionelle Gegenkultur aufzubauen, charakterisiert war.
Die Frauenpolitik der achtziger Jahre war sehr stark auf Partizipation an Macht und Geld orientiert. Das gilt für die Politik des Frauenprojekts bis hin zu der eines Frauenministeriums. Aber mit einer fatalen Konsequenz: Das gesellschaftliche Geschlechterverhältnis wurde nicht mehr *politisiert*. Überspitzt gesagt, geriet die Partizipation am Kuchen zum Ersatz von Politik. Wir erkämpften uns die Gleichstellungsstellen, das Frauendezernat oder -ministerium, hatten mehr Frauen nach und nach in wichtigen Positionen, die wiederum dafür sorgen sollten, daß mehr Frauen an die Haushaltstöpfe der Kommunen und Länder oder des Bundes herankommen, und erhofften uns, daß Frauenpolitik so an Einfluß gewinne. Diese Politikstrategie erscheint mir nicht nur wegen der ökonomischen Krise an ihre Grenze gelangt zu sein. Selbst unabhängig davon müssen wir feststellen, daß das ursprünglich erwartete Politikum: Prioritätenverschiebungen zugunsten einer gerechteren Verteilung von gesellschaftlichen Lebenschancen und -risiken zwischen den Geschlechtern weniger denn je in Sicht ist. Es scheint, daß wir genau da, wo wir mit den von uns eingeschlagenen politischen Wegen gerade nicht hin wollten, gelandet sind – wenn wir zum Beispiel eigenständige Frauenressorts im Institutionellen gefordert und de facto *Sonder*politikbereiche für Frauen erkämpft haben, die ohne nennenswerten Einfluß auf die Entwicklung anderer Politikbereiche sind.
Das macht Diskussionen über veränderte Politikstrategien nötig: Ich meine, daß wir Frauenpolitik verstärkt als Bündnispolitik entwerfen müssen. Frauenpolitik als eine Bündnispolitik zu realisieren hieße für mich, nicht mehr nur zu fordern, daß diese oder jene Partei/Institution frauenpolitische Forderungen nun endlich übernehme, sondern es wären gezielte politische Kooperationsbündnisse, in denen wir als eigenständige politische Subjekte auftreten und die wir wieder verlassen können, wenn sich in ihnen nicht das frauenpolitische Anliegen realisieren läßt. Auf diese Weise müßte Frauenpolitik sich verstärkt als Geschlechterpolitik in die „allgemeine" Politik *streitbar* einmischen.
Die aktuelle gesellschaftliche Dynamik zwingt uns nahezu zu einer Neukonzeption, einem Umdenken in unseren bisher praktizierten Politikmodellen. Denn eine Art Probe aufs Exempel steht an, ob Frauenbewegung und Frauenpolitik, die sich in Phasen von ökonomischer Prosperität und eines politischen Reformklimas entwickelt haben, auch Antworten entwickeln werden, wenn die offizielle Politik vorrangig rechte Lösungen anbietet.
Auf einer konzeptionellen Ebene heißt das: Vermehrt und in einer breiten – nicht nur Frauen-Öffentlichkeit, eine Diskussion um das Verhältnis von Demokratie und Femi-

nismus zu führen. Die Debatten um die sogenannte „civil society" oder die des „Kommunitarismus" werden fast ausschließlich wie gehabt als scheinbar geschlechtsneutrale geführt, während sie originär frauenpolitische Fragen betreffen. Wie zum Beispiel hier Fragen nach gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen gestellt werden, in denen Solidarität sich zu einem tragenden gesellschaftlichen Prinzip entwickeln kann in der für die Moderne typischen und schwierigen Balance von Autonomie und sozialer Verantwortung: Ein Spannungsverhältnis, das aktuell in einer hierarchischen und wenig demokratischen Form zu Lasten eines Geschlechts gelöst wird. Aber das Verhältnis von Demokratie und Feminismus ist nicht zuletzt wegen der oben angeführten ungeklärten sozialistischen Utopievorstellungen im Feminismus extrem ambivalent. Das drückt sich auch in den entsprechend vorhandenen theoretischen Überlegungen der bundesrepublikanischen Frauenforschung aus, die ausgesprochen dünn sind (Birgit Meyer 1991).

Wenn ich weiter vorne von der seltsamen Abstinenz des westdeutschen Feminismus realen gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber gesprochen habe, dann bin ich vor allem darüber beunruhigt, wie wenig wir uns öffentlich zu den rechtsradikalen und rassistischen Entwicklungstendenzen äußern und verhalten. Ist das nur sprachloses Erschrecken, Zeichen politischer Ohnmacht oder nicht doch das Gefühl, als Frauen nichts damit zu tun zu haben (Rechtsradikalismus als eine Erscheinungsform des Sexismus)? Jedenfalls in einer solchen gesellschaftlichen Situation nur mit Argumenten von Roll-back-Symptomen, die die Fraueninteressen zurückdrängen, zu reagieren, reicht nun wahrlich nicht aus. Auch die alte Frauenbewegung hat sich gegenüber der Entwicklung zum Nationalsozialismus schweigend verhalten. Ich meine, daß wir uns in unserer aktuellen Politik nicht weiter nur auf Förderpolitik für Frauen beschränken können. Daß diese selber in vielerlei Hinsicht bisher erfolglos war, sollte nicht nur beklagt werden, sondern uns nachdenklich machen und eher ermutigen, über neue und veränderte politische Wege zu diskutieren.
Wir sollten uns in die allerorts geführten Diskussionen über die offene, zivile und humane Gesellschaft offensiv „einklinken", deren Geschlechtsneutralität aufbrechen und die konservativen Lösungen, die nicht selten in diesen Diskursen fürs „Geschlechterverhältnis avisiert werden, öffentlich kritisieren. Nicht von der Position der ewig ausgeschlossenen Frauen aus sprechen, sondern da präsent sein, wo Menschen und Institutionen nationalistischen, antizivilisatorischen, rassistischen und sexistischen Tendenzen keinen/wenig Raum zulassen. In diesem Sinn müssen wir neue Bündnisse eingehen und in unserer konkreten Politik viel mehr als bislang verdeutlichen, wie Demokratie und Egalisierung der Geschlechter aufeinander bezogen sind: Daß niemand sich ernsthaft für eine multikulturelle Gesellschaft einsetzen und gleichzeitig Ausschlußpraktiken Frauen gegenüber ignorant sein kann, daß keine Partei in Programmen sich für Lösungen im Sinne einer zivilen Gesellschaft aussprechen kann, ohne die Geschlechterdemokratie als einen zentralen Bestandteil dieser Politik zu begreifen. Hier von einem Paradigmawechsel in der Frauenpolitik zu sprechen ist wohl zu weit gegriffen. Es ist mehr eine politische Haltungsänderung, die ich meine. Der Form und dem Inhalt nach. Dazu gehört nach der einen Richtung hin, die bislang in der neuen Frauenbewegung unreflektierte Tatsache, daß Entwicklung und Realisierung des politischen Anliegens von Frauen an die Bedingungen demokratischer Entwicklungen gebunden sind, zum bewußteren Anlaß von feministischer Politikgestaltung zu machen. Dazu gehört auch, demokratische Öffentlichkeit außerhalb von Parteien und Parlamenten wieder verstärkt zu gestalten; das in seiner Wechselwirkung wenig produktive Verhältnis von autonomer und institutioneller Frauenpolitik zu beleben. Auch in dieser Richtung kann es sein, daß sich neue, veränderte Bündnisse ergeben. Es ist durchaus vorstellbar, daß die Frauenprojekte zum Beispiel hier nicht

unbedingt eine herausragende Rolle spielen. Denn auch sie werden vermehrt um Bestandserhaltung kämpfen und da, wo dies mißlingt, vermute ich, daß eher nach individuellen Lösungen gesucht wird – haben sich doch die Projekte in den letzten Jahren vor allem zu Orten entwickelt, in denen Frauen sich gute und qualifizierte Arbeitsplätze aufgebaut haben, die es zu verteidigen gilt.
Nach der anderen Seite hin meine ich eine gestiegene Streitbarkeit auf der Basis gewachsener politischer Souveränität von Frauen, ein gezieltes Durchkreuzen weiblicher Komplizenschaft, die häufig genug so manchen möglichen politischen Erfolg vereitelt, weil die Frauen immer noch meinen, am ehesten dann zu gewinnen, wenn sie im Windschatten männlicher Herrschaft stehen.

Das Wort vom Paradigmawechsel wird in der aktuellen Diskussion vermehrt da verwendet, wo frauenpolitische Forderungen an männliche Beteiligung in der privaten Arbeit, in der Übernahme sozialer Verantwortung, an partnerschaftliche Gestaltung von Geschlechterbeziehungen formuliert werden. Feministische Politik bewußt an die Bedingungen einer zivilen Gesellschaft zu knüpfen heißt selbstverständlich, die notwendige Übernahme von Verantwortung der Männer in den Blick zu nehmen. Aber das meint nicht die politische Haltung, die in der Diskussion um partnerschaftliche Geschlechterbeziehungen eingenommen wird. Hier ist sowohl die Ohnmacht der Frauen zu spüren wie ihre unveränderte Hoffnung, die Männer mögen die Aktivitäten in die Hand nehmen. Ich spreche von einer politischen Haltung, die um die strukturellen Machtdifferenzen weiß und um dieser wegen Konflikte eingehen kann. Ich spreche von einer gewachsenen politischen Handlungskompetenz der Frauen, von einer Politik, die weniger nach einheitlichen politischen Entwürfen sucht und sich an solchen festklammert, sondern die Strukturen der eigenen Praxis weiter demokratisiert, sich mit dort vorhandenen Ausschlußpraktiken und Privilegierungen auseinandersetzt *und* sich im Gesellschaftlichen vermehrt an politischen Lösungskonzepten beteiligt, so daß die frauenpolitisch/feministischen Perspektiven von sozialer Gerechtigkeit nicht auf Quotierungs- und Förderwünsche beschränkt bleiben.

Nach einer über zwanzigjährigen frauenpolitischen Praxis haben wir Frauen allemal unsere politische Unschuld verloren – wenn wir jemals eine solche besessen haben.
Die gesellschaftlichen Umbrüche im eigenen Land und in globaler Dimension sollten wir für eine Erweiterung der frauenpolitischen Praxis nutzen. Daß die Optionen enger werden, heißt gerade nicht, gar keine mehr zu benennen. Wir wollen/wollten ja schließlich nicht nur „mehr". Eine tendenziell ins rechte Lager abdriftende Gesellschaft beschneidet ökonomische Zuwächse, aber vor allem die Entwicklung demokratischer Lebensformen. Sie hierarchisiert und spaltet die Gesellschaft. Das geht immer zu Lasten der Frauen, aber eben auch zu Lasten anderer gesellschaftlicher Gruppen. Deshalb macht eine solche gesellschaftspolitische Entwicklung Bündnisse erforderlich. Die Gleichung: Wer für eine Einwanderungspolitik ist, kann Auschlußpraktiken Frauen gegenüber nicht tolerieren, gilt umgekehrt ja ebenso.
Resignation oder Rückzug sind keine *politischen* Antworten.

Literatur

MEYER, Birgit: Über das schwierige, aber notwendige Verhältnis von Feminismus und Demokratie. Vortrag auf dem Politologentag in Hannover 1991

ROMMELSPACHER, Birgit: Im Widerspruch zwischen Diskriminierung und Dominanz. Unveröffentlichter Vortrag, gehalten auf der Volksuni Berlin 1993

WALSER, Karin: Frauen im Nationalsozialismus. Eine Herausforderung für feministische Theoriebildung, in: Lerke Gravenhorst, Carmen Tatschmurat (Hrsg.), Töchter-Fragen. NS-Frauen-Geschichte, Freiburg 1990

Barbara Walker: Frau, 1983, Radierung

Christina Schenk, Christiane Schindler

Frauenbewegung in Ostdeutschland – eine kleine Einführung

Wir haben diesen etwas ironisch-provokanten Titel bewußt gewählt – als Reflex auf vielfältige Formen gewollter und ungewollter Ignoranz oder Unkenntnis westdeutscher Frauen in bezug auf die Inhalte und Formen frauenbewegten Engagements sowohl in der DDR als auch jetzt in Ostdeutschland. Dabei geht es uns hier nicht darum, einen vollständigen Überblick über alle Facetten der ostdeutschen Frauenbewegung zu geben. Wir beschränken uns im folgenden darauf, Spezifika der Frauenbewegung Ost mit Blick auf den Unabhängigen Frauenverband (UFV) darzustellen, dem wir beide angehören.
Dieser Artikel soll einen Einblick vermitteln, neugierig machen, das Verstehen befördern und – hoffentlich – auch Lust auf gemeinsame politische Aktivitäten entstehen lassen.

Frauen und Bewegung in der DDR

Um den Umgang mit der jetzigen Situation, das Selbstverständnis und die politischen Ansätze von Frauen in Ostdeutschland zu begreifen, ist es notwendig, deren historische Quelle, also die Lebenslage von Frauen in der DDR und deren politische Grundlegung genauer zu betrachten. Die von einigen frauenbewegten Frauen in Westdeutschland leichthin behauptete Gleichheit oder Ähnlichkeit zwischen dem Patriarchat in der DDR und dem in der alten BRD geht gründlich und grundsätzlich an der Realität vorbei und ist eher ein sicheres Indiz dafür, daß diese gerade nicht oder nur durch das Filter der eigenen festgefügten Beurteilungs- und Bewertungsmuster wahrgenommen und folglich nicht erkannt worden ist.
Im Unterschied zur BRD war die Realisierung der Gleichberechtigung von Frau und Mann seit Beginn der Existenz der DDR erklärtes Ziel staatlicher Politik. Zahlreiche Dokumente der SED sowie Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen belegen das. Es fing in der DDR schon anders an als in der BRD: 1949 fand der Satz „Mann und Frau sind gleichberechtigt" Aufnahme in die Verfassung der DDR – ohne daß Frauen darum hätten kämpfen müssen. 1950 ist ein Gesetz verabschiedet worden, das Frauen den Zugang zu Qualifikation und Berufstätigkeit – ausdrücklich nicht nur in den traditionellen Frauenberufen – eröffnete und ihnen den Weg in Leitungspositionen ebnete. Im Familienrecht wurden das Alleinbestimmungsrecht des Mannes und die Ungleichbehandlung von ehelichen und unehelichen Kindern und deren Müttern abgeschafft (in der BRD sind vergleichbare Regelungen erst in den 70er Jahren getroffen worden). Frauenförderpläne, Frauenstudien und Frauensonderstudien wurden eingerichtet, und durch die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen sind schrittweise wichtige Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Elternschaft geschaffen worden.
Die Einbeziehung von Frauen in die Berufswelt geschah nicht nur aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus, sondern sie war die Konsequenz aus einem grundsätzlichen weltanschaulichen Ansatz unter Rückgriff auf Marx, Engels, Lenin, Bebel und vor allem auch Clara Zetkin. Die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und eine ökonomisch selbständige Existenz von Frauen vermittels eigener und qualifizierter Berufstätigkeit galten als hinreichende Voraussetzungen für die „weibliche Emanzipation" und damit für die Herstellung sozialer Gleichheit zwischen Män-

nern und Frauen. Die Frauenpolitik der SED blieb folgerichtig von diesem ökonomistisch verkürzten Blick her auf die Probleme der Berufstätigkeit und der Qualifikation von Frauen sowie ihrer sozialen Lage als berufstätige Mütter begrenzt.

Ergebnis dieser Politik war, daß sich die Situation von Frauen in der DDR zum Teil recht deutlich von der beispielsweise in der Alt-BRD unterschied.[1] Es haben sich hinsichtlich der Stellung der Frau in der Gesellschaft und auch hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses in der DDR wesentliche positive Entwicklungen vollzogen. Politisch sind elementare Voraussetzungen und erste Schritte für eine tatsächliche Emanzipation von Frauen organisiert worden. Die Veränderungen in den Bedingungen weiblicher Existenz setzten zugleich Zwänge für das Verhalten von Männern. Insgesamt hat das in allen Lebensbereichen, sowohl in der Arbeitswelt als auch im alltäglichen Leben, zu einem geänderten Verhältnis der Geschlechter zueinander geführt – dies ist inzwischen vor dem Hintergrund heutiger Entwicklungen besonders deutlich geworden.
Der ausschließliche Bezug der staatlichen Politik auf Frauen ließ jedoch die patriarchale Verfaßtheit der DDR-Gesellschaft in ihrer Grundstruktur unangetastet. Diese war zu keinem Zeitpunkt Gegenstand öffentlicher Diskussion oder gar der Politik. Es war eine Emanzipation ohne explizite Kritik des Patriarchats als Herrschafts- und Machtverhältnis. Eine demokratische Öffentlichkeit, in der dies hätte thematisiert werden können, gab es unter den Bedingungen des totalitären Herrschaftsanspruches der SED nicht. Politik wurde paternalistisch, d.h. von „oben" her und ohne Möglichkeit der Selbstverständigung und Mitbestimmung umgesetzt.
Die patriarchale Struktur der DDR-Gesellschaft war – zumindest von innen her – für die überwiegende Mehrheit nicht ohne weiteres erkennbar und daher auch nicht Bestandteil des öffentlichen Bewußtseins. Die Zuordnung zu bestimmten Tätigkeiten bzw. Verantwortungsbereichen, die soziale Differenzierung und das Machtgefälle qua Geschlecht waren nicht so ausgeprägt – wie etwa in der Alt-BRD -, daß sie im Berufsleben oder im familialen Bereich unmittelbar und direkt erfahrbar gewesen wären. Offensichtlich herabwürdigende Darstellungen von Frauen im öffentlichen Raum, wie etwa in der westdeutschen Regenbogenpresse oder in der Werbung, gab es nicht – es existierte ein ungeschriebenes Verbot offen sexistischer Äußerungen. Sicher haben auch die seit Anfang der 70er Jahre von der SED verbreitete Propaganda von der Gleichberechtigung als gegebene Realität und entsprechende Vermittlungen über die verschiedenen Bildungs- und Schulungswege dazu beigetragen, daß die Unterschiedlichkeit der Entwicklungs- und Selbstverwirklichungschancen von Frauen und Männern nur von wenigen wahrgenommen worden sind. Sozialdaten, die das geschönte Bild hätten relativieren können, waren der Allgemeinheit nicht zugänglich. Soweit Ungleichheiten wahrgenommen wurden, wurden sie in ihrer Ursache und in ihrer Lösung individualisiert.

Dennoch gehörten zur Oppositionsbewegung, die sich gegen Ende der 70er Jahre unter dem Dach der evangelischen Kirche herauszubilden begann, auch Frauen- und Lesbengruppen. Die evangelische Kirche bot den einzigen nicht-privaten Raum, in dem gesellschaftskritisches Denken offen und unzensiert möglich war und Gesprächszusammenhänge aufgebaut werden konnten, die auch politisch aktionsfähig waren.
Der Ausgangspunkt des Engagements lag für die Frauen- und Lesbengruppen – im Gegensatz zur Alt-BRD – nicht in der individuellen Gewalterfahrung von Frauen, sondern in der enttäuschenden Feststellung, daß der kritische Blick auf die gesellschaftliche Realität in der DDR in der Öffentlichkeit keinen Platz hatte und daß Forderungen nach Demokratisierung der Gesellschaft und nach einer grundlegenden Reform des politischen Systems nicht im öffentlichen Raum konzeptionell erarbeitet und

formuliert werden konnten bzw. durften. Kernpunkte der Kritik waren die patriarchale Konstruktion von Politik und Gesellschaft in der DDR, die Arbeitsteilung in der Berufsarbeit und in der familialen Reproduktionsarbeit, die geschlechtstypische Sozialisation und das damit verbundene Rollenverständnis sowie die daraus resultierenden Verhaltensweisen und Wertvorstellungen.
Obwohl insbesondere in den 80er Jahren eine Vielzahl von Frauen- und Lesbengruppen entstand, konnte sich unter den Bedingungen eines Mangels an Demokratie daraus nur ansatzweise eine Frauenbewegung entwickeln:

* die Bildung legaler informeller Zusammenschlüsse außerhalb des von der SED vorgegebenen Rahmens war nicht möglich,
* die Öffentlichkeit konnte nicht oder kaum erreicht werden; der Zugang zu den Medien war versperrt, eigene durften nicht bzw. nur mit dem Vermerk „nur für den innerkirchlichen Gebrauch" unter fast konspirativen Bedingungen produziert und über ein Netz von privaten Kontaktadressen verteilt werden,
* die technischen Voraussetzungen (Telefon, Druck- oder Kopiertechnik) für den Aufbau eines kommunizierenden Netzwerkes fehlten, und
* da die DDR ein atheistischer Staat war – nur etwa 20% der Bevölkerung verstand sich als protestantisch, 3% als katholisch (Winkler 1993) –, stellte die Tatsache, daß die Arbeit der Gruppen in kirchlichen Räumen stattfand, eine Hemmschwelle dar, die einerseits den Zulauf begrenzte und andererseits auch den Kontakt nach außen erschwerte. Dies trifft vor allem auf jene zu, die sich mit der DDR im Grundsätzlichen identifizierten. Zu diesen gehörten in besonderem Maße Frauen (Schlegel 1993).

Die Aktivitäten dieser Gruppen sind ungeachtet der relativ geringen Zahl von Beteiligten sowohl von der gastgebenden Kirche, vom Staatssicherheitsdienst und in gewissem Umfang auch von der übrigen Gesellschaft politisch wahrgenommen worden. Auf einigen Feldern hat das zu positiven Veränderungen geführt – insbesondere hinsichtlich der Situation von Lesben und Schwulen (Schenk 1992, S. 189-194).

Wende und Anschluß

Im Herbst 1989 kam es – selbst für Kennerinnen der DDR und ihrer Frauen-Szene überraschend – zu einem eruptionsartigen Aufbruch von Frauen. Innerhalb weniger Wochen fanden sich, völlig unabhängig voneinander, in mehreren Städten und auch Dörfern engagierte Frauen zusammen. Es waren Frauen aus den oppositionellen Zusammenhängen unter dem Dach der Kirche, aus privaten Diskussionskreisen von Frauen, die im universitären bzw. wissenschaftlichen Bereich arbeiteten, SED-Frauen und auch Frauen, die sich bisher nicht politisch betätigt hatten, aber jetzt das Bedürfnis entwickelten, sich für die Belange von Frauen einzusetzen.
Der auslösende Faktor war in erster Linie wohl die Tatsache, daß in den in der Wendezeit gegründeten bzw. an die Öffentlichkeit getretenen zahlreichen Bürgerbewegungen über alle möglichen Aspekte der jetzt anstehenden Gesellschaftsreform diskutiert wurde, nicht jedoch über die sog. Frauenfrage. Frauenpolitisches oder gar Feministisches war kaum zu vernehmen, und wenn, dann vornehmlich unter der Rubrik „Soziales". Es war zu befürchten, daß die Frage des Geschlechterverhältnisses auch in der Wende weiter als Nebensache angesehen und damit ungestellt bleiben würde.
An mehreren Orten entstanden schließlich – zunächst ohne voneinander zu wissen – Initiativen zur Gründung einer eigenständigen Frauenvereinigung, die die Geschlech-

terfrage endlich auf die politische Tagesordnung des gesellschaftlichen Wandels in der DDR setzen sollte. In tage- und nächtelanger Arbeit wurden Grundsatzpapiere erarbeitet, mit denen erstmals die Öffentlichkeit mit einer realistischen Beschreibung der Situation von Frauen in der DDR konfrontiert wurde. Es sind daraus politische Forderungen abgeleitet worden, deren Ziel letztendlich die Realisierung eines nichthierarchischen Verhältnisses von Frauen und Männern in der Gesellschaft war – durch gleichen Zugang zu den Ressourcen, Entscheidungsmöglichkeiten etc. Es war eine sehr euphorische Zeit, in der viele der frauenbewegten Frauen meinten, daß diese Wende eine Revolution ist bzw. werden könnte und jetzt die reale Möglichkeit besteht, feministische Aspekte in die nunmehr bevorstehende Neugestaltung der DDR-Gesellschaft einzubringen.
Anfang Dezember '89 konstituierte sich in einer bewegenden Versammlung von über 1200 Frauen in Berlin der Unabhängige Frauenverband (UFV), der innerhalb kurzer Zeit einen beachtlichen Stellenwert in der politischen Landschaft der DDR erlangte – z.B. hatte der UFV Sitz und Stimme an den Runden Tischen aller Ebenen, er entsandte eine Ministerin in die Modrow-Regierung etc.
Der UFV war die erste Organisation in der DDR, die sich öffentlich zum Feminismus bekannt hat und dabei in Kauf nahm, von nicht wenigen von vornherein ins Abseits gestellt zu werden. Im Programm hieß es: „Wir wollen das Wort Feminismus von Vorurteilen freimachen. Feminismus steht für die Interessenwahrnehmung und -vertretung von Frauen. Feministische Sicht betrachtet gesellschaftliche Verhältnisse unter dem Aspekt der Stellung des weiblichen Geschlechts. Feministische Politik zielt darauf, Geschlechterverhältnisse als Rang- und Machtverhältnisse aufzuheben" (Programm des UFV, Februar 1990). Feminismus sollte die Grundlage sein für unsere Vorstellungen von einer künftigen humanen, demokratischen, ökologisch verträglichen und sozial gerechten Gesellschaft (Statut des UFV, Februar 1990) und damit Patriarchatskritik und alternatives Gesellschaftskonzept zugleich.
Dieses Selbstverständnis darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die in der DDR erzwungene Abkopplung vom internationalen Diskurs zur Geschlechterfrage nicht ohne Folgen für den Erkenntnisstand und das Niveau der Auseinandersetzung mit der Lebenswirklichkeit von Frauen und Männern geblieben ist und folglich auch nicht für die Konsequenz, mit der frauenpolitische Zielstellungen formuliert wurden. Dennoch hat die DDR-Frauenbewegung eigenständige Ansätze entwickelt und realisiert – vor allem hinsichtlich der Organisationsform und der Arbeitsweise des Frauenzusammenschlusses sowie in bezug auf die institutionalisierte Politik auf der kommunalen, Landes- und Bundesebene. Die beiden zentralen Zielstellungen der UFV-Frauen waren:

* die Gleichstellung von Frau und Mann im Sinne der Gleichheit der Chancen von Frauen und Männern, eigene Lebensentwürfe zu entwickeln und umzusetzen, was aus unserer Sicht die Infragestellung herkömmlicher, also patriarchaler Werte und Normen sowie die Entwicklung neuer zwingend einschloß (der in Westdeutschland häufig benutzte Begriff der Gleichberechtigung schien uns auf das Einfordern gleicher Rechte begrenzt zu sein und wurde deshalb nicht verwendet), und

* die gesellschaftliche Akzeptanz der Gleichwertigkeit aller Lebensformen, die niemandes Selbstbestimmungsrecht verletzen.

Diese Ziele wollten wir auf drei Wegen angehen: mit der Schaffung einer Frauen-Gegen-Kultur (Einrichtung einer Vielzahl von verschiedenartigen Frauenprojekten), die es in der DDR nicht geben durfte, mit der Schaffung eines Strukturelements in den Verwaltungen, das die kritische und auch kontrollierende Begleitung der Politik auf der jeweiligen Ebene ermöglicht (Gleichstellungsstellen), und auch mit parlamentarischer Arbeit.

Die erste Konsequenz dieses Ansatzes war, daß der UFV Plätze an den zwischen Dezember '89 und Mai '90 eingerichteten Runden Tischen der DDR einforderte und diese nutzte, um aus dem Blickwinkel von Frauen, zumindest solchen mit emanzipatorischem Anspruch, Politik zu machen. Dies gelang mit einigem Erfolg.

Die Selbstverständlichkeit des Hineingehens in die Strukturen, in denen Macht verhandelt wird und in denen die Entscheidungsprozesse stattfinden, hat ihren tieferen Grund in der Erfahrung, daß die Verhältnisse in der DDR in erster Linie das Resultat der Politik von „oben" waren. Daß dies in der BRD so nicht der Fall ist und die Frage der Arbeit in den staatlichen Strukturen sich hier anders stellt, wurde erst viel später deutlich.[2)]
Unser Ziel war eine andere, eine reformierte DDR, nicht die Vereinigung mit der BRD, die Ende 1989 bzw. Anfang 1990 immer häufiger auf den Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderswo gefordert wurde. Der für viele doch überraschende Sieg der „Allianz für Deutschland", bestehend aus CDU, DA und DSU[3)], bei der Wahl zur Volkskammer der DDR im März 1990 veränderte die Situation drastisch. Jetzt war der Anschluß an die BRD zur unausweichlichen und nicht mehr beeinflußbaren Perspektive geworden. Sämtliche Vorstellungen von der Gestaltbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse in einer alternativen DDR unter feministischen Schwerpunktsetzungen waren nunmehr obsolet. Ein grundsätzlicher Wechsel im politischen Selbstverständnis der UFV-Frauen war notwendig – sie sahen sich quasi von einem Tag auf den anderen wieder in der Oppositionsrolle. Gänzlich andere politische Forderungen als im Herbst '89 galt es jetzt zu formulieren. Plötzlich standen all die Determinanten weiblichen Lebens, auf denen wir aufbauen wollten, zur Disposition. Es war klar, daß der Beitritt nichts anderes bedeutet als die rücksichtslose Übertragung bundesdeutscher Verhältnisse auf das Gebiet der ehemaligen DDR (vgl. z.B. SOFI, 1990).
Im ersten Staatsvertrag hieß es zum Thema „Frauen" schlicht: „Die Interessen von Frauen und Behinderten sind zu berücksichtigen." Der zweite Staatsvertrag (der sog. Einigungsvertrag) enthielt etwas mehr Text, in diesem nahm jedoch die Frage der „verfassungskonformen Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten" den größten Raum ein.
Mit solcherart Vorgaben für den in Ostdeutschland bevorstehenden Anpassungsprozeß an westdeutsche Verhältnisse hatten wir uns nun auseinanderzusetzen. Widerstand war jetzt angesagt. Unter diesen Umständen bekam der Blick „nach drüben" eine völlig neue Bedeutung.

Ost und West

Der Fall der Mauer machte von einem Tag auf den anderen eine Vielzahl von Begegnungen zwischen frauenbewegten Frauen aus Ost und West möglich. Dabei waren die Interessen der Frauen bei ihren Zusammentreffen durchaus unterschiedlich.
Auf seiten der Westfrauen war es unserer Wahrnehmung nach zum einen vor allem Neugier. Neugier, die Frauen aus dem anderen Teil Deutschlands kennenzulernen, von deren Lebenswirklichkeit frau/Feministin im Westen nur eine außerordentlich vage Vorstellung hatte. Viele hatten bis dato den Osten, die DDR aus ihrer Wahrnehmung ausgeklammert. „An der deutsch-deutschen Grenze hörte für uns die Welt auf. Dahinter begann der realexistierende Sozialismus, der ‚Ostblock', eine scheinbar völlig gleichgeschaltete uninteressante Welt – auf der Landkarte in unserem Kopf einfach eine riesige, wenig bekannte Fläche, rechts von ‚unserem' Europa" (Graner/Jäger 1992). Andere hatten nicht mehr über den anderen deutschen Staat wissen wollen, um ihre Loyalität mit der DDR nicht auf die Probe stellen zu müssen (Thürmer-Rohr 1992).

Zum anderen hatten Westfrauen ein Interesse, die Frauen kennenzulernen, die die „neue" ostdeutsche Frauenbewegung vertraten und die innerhalb kürzester Zeit eine gemeinsame politische Organisation geschaffen hatten – etwas, was in der Alt-BRD je nach Verortung Begeisterung bzw. Unverständnis hervorrief. Da war auch viel Hoffnung auf seiten der Westfrauen, ein wenig Schwung aus den eigenen Anfangsjahren im Kontakt mit der neuen Frauenbewegung im Osten wiederzuerlangen. Vereinzelt wird der Begriff der Frischzellenkur verwandt.
Auf seiten der Ostfrauen war es das Bedürfnis, mit den Frauen in Kontakt zu kommen, die sich seit zwanzig Jahren offen innerhalb eigenständiger Zusammenhänge für die Interessen von Frauen engagierten. Ostfrauen ging mit viel Offenheit in diese Kontakte, mit viel Hoffnung auf Gemeinsames, mit dem Wunsch nach gegenseitigem Geben und Nehmen. Und mit dem Gedanken, daß ein „Deutschland einig Vaterland" eine „einige" Frauenbewegung benötigt.

Das erste große Treffen von Ost- und Westfrauen während eines ersten gemeinsamen Kongresses im April 1990 in Berlin machte die Gegensätze in aller Schärfe sichtbar, hat Ost- und Westfrauen das Anderssein der jeweils Anderen drastisch vor Augen geführt. Die gegenseitige Fremdheit von Ossas und Wessas hat ihre Gründe in der jeweils unterschiedlichen Erfahrungswelt, die zu zum Teil deutlichen Unterschieden im Verhältnis zu solchen Aspekten führen, die im feministischen Diskurs eine Rolle spielen:

Das Verhältnis zu Strukturen
Für ostdeutsche Frauen war in der Wendezeit die Bildung eines Frauenverbandes ein ganz selbstverständlicher Schritt, um ihren Anliegen Geltung und Durchsetzungskraft zu verschaffen. Dies erklärt sich zum einen daraus, daß bei vielen ostdeutschen Frauen der Blick eher auf die gesamte Gesellschaft und nicht nur auf das überschaubare Nahfeld gerichtet (gewesen) ist. Dies ist ein Ergebnis der kollektivistischen politischen Sozialisation in der DDR. Sie messen nicht nur den Interessen des umgebenden personalen Kollektivs eine vorrangige Bedeutung zu, sondern die Gesellschaft bzw. die gesamte Welt werden als kollektive Subjekte begriffen, für die die Rangfolge der Wichtigkeit analog gilt. In der Wendezeit schien die Möglichkeit vorhanden gewesen zu sein, mittels einer politischen Organisation gesellschaftsverändernd eingreifen zu können.
Zum anderen entstand im Herbst '89 plötzlich die Möglichkeit und damit die Notwendigkeit, eine Entscheidung über einen unmittelbaren Zugriff auf institutionalisierte politische Macht zu treffen. Unserer Auffassung nach hat es für westdeutsche Frauen zu keinem Zeitpunkt eine vergleichbare Situation gegeben. Allerdings ist die Nichtexistenz derartiger Organisationsformen unter westdeutschen Feministinnen wohl auch zu erklären mit ihrer ausgeprägten Ablehnung von Strukturen und ihrer deutlichen Distanz zum Staat, die den Griff zu mit ihm verknüpften Formen von Macht konsequenterweise ausschließt.

Das *Verhältnis zum Ich*
Die Sozialisation in der DDR postulierte eine Vorrangstellung des „Gesellschaftlichen" gegenüber dem „Persönlichen". Die Wahrnehmung der eigenen Befindlichkeit hatte keinen Stellenwert und wurde nicht geübt – ebensowenig wie die Reflexion über gruppendynamische Prozesse im Arbeits- oder Freizeitkollektiv und deren Bedeutung für die beteiligten Individuen. Für ostdeutsche Frauen sind Fragen wie „Was macht das mit mir?" oder „Wie fühle ich mich dabei?" oder auch „Will ich das jetzt?", die ganz offensichtlich bei der Mehrheit der frauenbewegten Frauen in Westdeutschland zur Grundlage von Entscheidungen über das eigene Engagement gehören, noch fremd.
Für sie ist in sehr vielen Fällen das als „notwendig" Erkannte handlungsleitend. Die

These könnte lau[illegible] Ostfrauen sind eher sachbezogen, Westfrauen hingegen eher beziehungsbezogen; ost- und westdeutsche Frauen unterscheiden sich in ihrer jeweiligen Gewichtung von „Sachzwängen" und „Befindlichkeiten". In letzter Zeit scheint im Osten – nicht zuletzt aufgrund der insgesamt enttäuschenden Erfahrungen mit den Wirkungen der eigenen politischen Arbeit – der Stellenwert der Selbstwahrnehmung zuzunehmen.

Das Verhältnis gegenüber anderen und anderem

Bereits kurz nach dem Fall der Mauer gab es bei den ersten Kontakten zu Westfrauen widersprüchliche Erfahrungen. Großes Interesse und Offenheit auf der einen Seite, aber auch besserwisserische Arroganz, mit der einige uns erklären zu müssen glaubten, wie frau das alles zu machen hätte, auf der anderen Seite. Uns fiel auf, daß es in Westdeutschland zum Teil heftige Animositäten zwischen Frauengruppen und auch zwischen Frauen gibt, die eine Zusammenarbeit erschweren oder gar unmöglich machen. Aus unserer Sicht vergleichsweise harmlose Differenzen wurden zu Gründen, mit anderen auch politisch nichts mehr gemeinsam machen zu wollen (s. z.B. Paul 1990, S. 33, 49, 65, 66). Die Fähigkeit zu punktueller, sachbezogener Zusammenarbeit auch mit politisch etwas ferner Stehenden – wie es das Konzept der Runden Tische war und wie wir es zu praktizieren versuchen, wo immer es geht – scheint im Westen nicht ohne weiteres möglich zu sein. Symptomatisch hierfür erscheint uns in diesem Zusammenhang die Reaktion von Alice Schwarzer. Allein die Tatsache, daß der UFV mit Frauen vom Argument-Verlag zusammenarbeitete, veranlaßte sie zu der Frage, wie unabhängig er denn eigentlich sei, der „Unabhängige Frauenverband". Kurze Zeit später beendete sie ihre Zusammenarbeit mit uns. Nach bisheriger Erfahrung spielen derartige Abgrenzungen im Osten (noch?) nicht eine so große Rolle. Es drängt sich die These auf, daß dies u.a. mit dem unterschiedlichen Maß an Zerstörung weiblicher Identität in der BRD bzw. DDR im Zusammenhang steht.[4)]

Das Verhältnis zu Männern

Ostdeutsche Frauen haben anfangs die Radikalität vieler Westfrauen gegenüber Männern nicht verstanden – aufgrund ihrer Erfahrungen in der DDR, die nicht so extrem sexistisch geprägt waren wie die von Frauen in der BRD. Viele Ostfrauen hätten sich ohne das „Mitziehen" ihrer Partner nicht in dem Maße beruflich und/oder politisch, auch frauenpolitisch, engagieren können, wie sie es gewollt und getan haben. Es gibt eine weitverbreitete Übereinstimmung darüber, daß die sog. Frauenfrage nur als „Geschlechterfrage", d.h. als eine Frage des politischen, sozialen und mentalen Verhältnisses von Männern zu Frauen und umgekehrt diskutiert werden kann. Häufig äußern Ostfrauen, daß eine Veränderung dieser Gesellschaft oder auch dieser Welt nur mit den Männern geht, da vom Patriarchat beide Geschlechter, wenn auch in höchst unterschiedlicher Weise, betroffen seien.

Die Erfahrungen, die Frauen inzwischen mit dem anderen Patriarchat und in männerfreien Räumen gemacht haben, haben sie in ihrem Verhältnis zu Männern radikalisiert. Heute ist es beispielsweise unstrittig, daß Frauen Räume haben müssen, die frei sind von männlicher Dominanz.

Das Verhältnis zur Sprache

Der von ostdeutschen Frauen auch heute noch in der Regel praktizierte männliche Sprachgebrauch – insbesondere bei der Angabe eines Berufs, der zu den eher männertypischen zählt – ist nicht nur Folge des zwangsweise unterbliebenen Diskurses über die Bedeutung von Sprachformen, sondern hat seine Wurzeln auch in der nicht so krassen Gegensätzlichkeit der Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern in der DDR. Frauen haben keinen Grund gesehen, Frausein explizit zu bezeichnen. Inzwi-

schen ist jedoch für die meisten frauenbewegten Frauen eine frauenbenennende Sprache durchaus üblich geworden. Dazu hat das Erleben der Brutalität des bundesdeutschen Patriarchats sicher mit beigetragen.

Angesichts dieser vielfältigen und auch vielschichtigen kulturellen Verschiedenheiten, angefangen von der politischen Sehweise bis zum Verhalten, kann es im Grunde nicht überraschen, daß die deutsch-deutschen Begegnungen mit Verständigungsschwierigkeiten begannen. Die unhinterfragte und trivial scheinende Annahme, wir würden die gleiche Sprache sprechen, verzögerte die Erkenntnis, daß die simple These von der „Rückständigkeit der Ostschwestern" kaum etwas erklärte, sondern daß die Differenzen zum größeren Teil darin begründet sind, daß wir aus sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen mit einer sehr unterschiedlichen Kultur kommen.
Unter diesen Voraussetzungen erfüllte sich die Hoffnung der Ostfrauen, in ihrem Kampf um den Erhalt wichtiger rechtlicher und sozialer Standards von ihren Schwestern im Westen unterstützt zu werden, nicht. So entstand z.B. keine gesamtdeutsche Diskussion unter Frauen um gesellschaftliche Kinderbetreuungseinrichtungen, um das Thema „Frauen und Sozialstaat". Dies blieb wohl auch deshalb aus, weil die jeweilige ostdeutsche Version von der Politik und in den Medien in einer Weise diffamiert wurde, daß wir selbst zum Teil sprachlos wurden. Zum anderen waren wir Ostfrauen, bevor wir unsere Kritik am DDR-Patriarchat (z.B. Sozialstaat) in aller Fundiertheit ausformulieren konnten, bereits schon in eine vorrangig defensive, Bestände verteidigende Rolle gedrängt. Das machte den Verständigungsprozeß zwischen Ost- und Westfrauen noch schwieriger.
Die gemeinsame Diskussion dieser Themen blieb aber auch aus, weil die Vereinigung die Frauenbewegung West in einem Zustand antraf, als sie sich in ihren männerfreien Nischen und informellen Netzen eingerichtet hatte. Wir mußten erkennen, daß die Frauenbewegung in Westdeutschland nicht in der von uns projizierten Form als einflußreiche politische Kraft existierte.
Das einzige Thema, bei dem es zu einem gemeinsamen ost-westdeutschen Bündnis und zu gemeinsamen Aktionen kam, war das Thema § 218 – nicht zuletzt deswegen, weil es hierzu im Westen ein seit Jahren arbeitendes bundesweites Bündnis gab, das Ansprechpartnerin für die Ostfrauen war. In anderen Fragen verhinderte das Fehlen von Netzwerken mit politischem Anspruch die Kooperation zwischen Ost und West.

Nach zwei Jahren Mauerfall und einem Jahr Einheit waren sich die deutschen Schwestern fremder denn je. Auf beiden Seiten erfolgte ein Rückzug auf das jeweilige Gebiet, in die gewohnten Arbeits- und Lebenszusammenhänge. „Bei jeder Gelegenheit bestätigen wir uns gegenseitig, daß wir schwer miteinander können. Wir erneuern beständig unsere (Vor)Urteile übereinander: Westfrauen sind arrogant, wissen alles besser, sind kinder- und männerfeindlich, dogmatisch und intolerant. Ostfrauen sind angepaßt, biedere Muttis, männerfixiert und kein bißchen radikal. Die jeweils andere "drüben„halten wir für weniger emanzipiert und selbständig als uns" (Helwerth 1992).
Die Schwierigkeiten im Umgang miteinander haben auch dazu geführt, daß der UFV sich erst mit seinem Kongreß im September 1991 für Westfrauen öffnete. Seine bis dahin praktizierte Schließung begründete der Verband v.a. mit Selbstschutzinteressen gegenüber westdeutscher Hegemonie und Zerstrittenheit. Insofern ist die Abgrenzung auch Ausdruck des real existierenden Machtverhältnisses, das ein Machtgefälle von West nach Ost ist. Während die einen die jetzt allgemeingültigen Geschäftsbedingungen bereits kennen, wird von den anderen erwartet, daß sie sich diese gründlich und schnell aneignen.
Die Kommunikationsprobleme zwischen West und Ost und umgekehrt sind im Laufe

der Zeit als solche erkannt worden. Bemerkenswert ist allerdings, daß wir auch jetzt noch – wo die Kommunikation wieder in Gang gekommen ist – von Westfrauen oft „vergessen" oder einfach nicht mitgedacht werden. Der umgekehrte Fall tritt unserer Wahrnehmung nach weitaus seltener ein – vielleicht ist dies die Folge eines unterschiedlich starken Interesses aneinander. Es ist eine noch ungelöste Aufgabe, dieses Phänomen offen zu diskutieren, ihm auf den Grund zu gehen und zu lernen, anders miteinander umzugehen.

Ostfrauen und das fremde Land

Die Mehrheit der Frauen in der DDR hatte ganz sicher Illusionen über die „soziale Marktwirtschaft" westdeutscher Prägung und ihre Auswirkungen auf Frauen, obwohl westdeutsche Rundfunk- und Fernsehsender fast überall in der DDR empfangen werden konnten und diese durchaus auch kritische Beiträge ausgestrahlt haben. Die BRD war nicht zuletzt auch aufgrund der undifferenzierten Darstellungen in der SED-Propaganda zur Projektionsfläche unerfüllter Konsumwünsche und Demokratievorstellungen geworden. Der Anschluß mußte daher zwangsläufig zur Enttäuschung der hochgespannten Erwartungen führen.
Der Beitritt führte nicht nur dazu, daß sich für DDR-Bürgerinnen und -Bürger in nahezu allen Lebensbereichen in sehr kurzer Zeit tiefgreifende Umbrüche vollzogen, sondern er bedeutete auch die Einführung patriarchaler Verhältnisse gänzlich neuer Dimension. Die wichtigsten Facetten sind:

* Auf dem *Arbeitsmarkt* wurden sehr schnell rigide Ausgrenzungsmechanismen gegenüber Frauen deutlich. Es findet eine offene Diskrimierung von Frauen mit Kindern oder Kinderwunsch statt. Frauen werden zumeist in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen vermittelt, an deren Ende Abschlüsse stehen, die unter ihrer Ausgangsqualifikation liegen. Frauen mit gewerblich-technischer Ausbildung werden nahezu ausschließlich in sog. frauentypische Berufe umgeschult. Die Einstellung von Frauen erfolgt häufig unter Wert. Dies alles führt zu einer massenhaften Dequalifizierung von Frauen und zu ihrer Verdrängung aus Leitungspositionen sowie dem gewerblich-technischen Bereich.

* Bei der *Kinderbetreuung* ist zwar formal noch eine Bedarfsdeckung gegeben – jedoch das Angebot verschlechtert sich, indem die Öffnungszeiten verkürzt und die Gruppenstärken erhöht werden. Einrichtungen werden zusammengelegt, wodurch sich die Anfahrtswege verlängern. Die Arbeitslosigkeit von Frauen und die Höhe der Elternbeiträge reduzieren die Nachfrage, was von den Kommunen genutzt wird, um das Platzangebot weiter zu verringern. Die Art und Weise der Diskussion um die Finanzierbarkeit des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuungsplätze hatte verdeutlicht, daß die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft in der BRD nur einen sehr untergeordneten Stellenwert hat.

* Das im öffentlichen Raum dominierende *Frauenleitbild* beschreibt Frauen, wie die Diskussion um die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruches exemplarisch und überdeutlich gezeigt hat, als grundsätzlich unmündig, als potentiell verantwortungslos, als zu persönlichen Entscheidungen weitgehend unfähig und zudem im „Normalfall" in der Rolle der Hausfrau und Mutter, die ggf. „dazuverdient". Sexistische Darstellungen, nicht nur in den Medien, sondern auch in amtlichen Verlautbarungen (z.B. im Karlsruher Urteil zum § 218) werden ungehindert in der Öffentlichkeit verbreitet.

* Dem Rechtsinstitut der *Ehe* wird in der BRD eine illusionistische und gemessen an

der Realität völlig übersteigerte Bedeutung zugeschrieben, die jedoch in ihrer Funktionalität genau kalkuliert ist. Extrem patriarchales Rollenverhalten wird per Ehegattensplitting prämiert.

* Die Rolle der *Kirchen* in der BRD ist aus ostdeutschem Blickwinkel überraschend groß. Von einer Trennung von Staat und Kirche kann hier nicht die Rede sein. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Kirche die Allgemeingültigkeit ihrer Postulate reklamiert – ohne anzuerkennen, daß nur ein Teil der Bevölkerung christlichen Glaubens ist –, erinnert aus ostdeutscher Sicht in erschreckender Weise an den totalitären Anspruch der SED in der DDR.

Die Reaktion auf die Enttäuschung der Erwartungen bewegt sich bei sehr vielen Menschen in Ostdeutschland zwischen Ratlosigkeit, Resignation und diffuser Wut – allerdings ohne daß sich diese zum Teil aggressive Stimmung in politisches Handeln umsetzt und organisiert. Dies trifft auch auf Frauen zu. In der Wende waren sehr viele Frauen politisch aktiv. Ein starkes Motiv war ganz sicher die Antizipation tatsächlicher Veränderungsmöglichkeiten „von unten" her. Diese scheint es jetzt kaum noch zu geben – Politik wird wieder „oben" gemacht, ohne daß eigene Aktivitäten einen spürbaren Einfluß zu haben scheinen (§ 218, Verfassungsdiskussion). Die Folge ist, daß ein Rückzug aus den politischen Organisationen stattfindet.
Auch im UFV ging die Zahl der Mitfrauen zurück. Es gibt im einzelnen viele Gründe dafür, warum Frauen weggegangen bzw. nicht in den UFV gekommen sind – die aus unserer Sicht wesentlichsten sollen im folgenden benannt werden (Schenk 1993):

* Frauen sind enttäuscht darüber, daß *Basisdemokratie* in der jetzigen Gesellschaft nicht konsequent und kompromißlos gelebt werden kann, wenn auf der gesellschaftspolitischen Ebene mitgemischt werden soll. Die Geschwindigkeit politischer Prozesse ist unvereinbar mit dem für Basisdemokratie erforderlichen *Zeitrahmen* und zwingt zu Kompromissen bezüglich Struktur und Inhalt, die dann nicht mehr für alle akzeptabel sind
  Zum anderen erfordert Basisdemokratie – und sei es eine in Ansätzen – ein sehr hohes Maß an *Verantwortlichkeit, Engagement* und eine *Verläßlichkeit*, die bei widrigen Befindlichkeiten nicht einfach aufgekündigt wird. Notwendig sind auch Toleranz bei Abstimmungsniederlagen und die Fähigkeit, Konflikte auf der Sachebene (und nicht auf der Beziehungsebene) auszutragen bzw. auch auszuhalten. Dies ist nicht allen Frauen dauerhaft möglich.

* Der Wahlsieg der „Allianz für Deutschland" im März 1990 war gleichbdeutend mit dem Verlust der Vision einer feministischen Gestaltbarkeit der Gesellschaft. Er erzwang einen *Wechsel im politischen Selbstverständnis* und eine *inhaltliche Umorientierung* des UFV. Das hat dazu geführt, daß viele Frauen sich vom „großen" politischen Anspruch abwandten und sich in kleinerem Rahmen engagierten oder sich aber ganz in den privaten Raum zurückzogen.

* Für Feministinnen ist kein konstruktives, kein positives Verhältnis zum patriarchalen kapitalistischen Staat findbar. Feministisches Selbstverständnis bedeutet *Fremdsein* in diesem System. Hinzu kommt, daß Ziele sowie Politik- und Aktionsformen, die unter den neuen Verhältnissen Wirkung erzielen, noch nicht oder erst schemenhaft erkennbar sind. Der Ausstieg oder der Rückzug in Nischen, in denen noch etwas bewegbar ist, sind mögliche Wege, mit dieser Situation umzugehen.

* Der *Lustverlust* ist ein weiterer Grund. Das, worum es jetzt geht, sind aus DDR-Sicht banale Selbstverständlichkeiten (Frauenberufs- und auch -erwerbstätigkeit, Kitas mit ganztägiger Öffnungszeit zu angemessenen Preisen, bezahlbare Mieten, Recht auf Schwangerschaftsabbruch, Chancen für relativ freie Berufswahl auch für Mäd-

chen etc.). Das Einfordern dieser bereits gehabten Selbstverständlichkeiten ist für keine Frau im Osten stark motivierend.

* Die *Antizipation der Erfolglosigkeit* spielt vermutlich ebenfalls eine große Rolle. Die BRD scheint vergleichbar zu sein mit einer Gummizelle – die Strukturen dieser Gesellschaft sind äußerst stabil und dabei scheinbar unendlich elastisch. Jetzt ist alles erlaubt, was in der DDR verboten war (Demonstrationen, Gründung von Vereinen, Herausgabe von Zeitungen etc.), aber es erzielt in dieser Gesellschaft kaum Wirkung, jedenfalls keine, die in einem angemessenen Verhältnis zum Kraftaufwand stünde. Kaum jemand hört zu, es interessiert nur wenige, es ist völlig unklar, wie in dieser Gesellschaft etwas „von unten" bewegt werden kann, was über den örtlichen Bereich hinausgeht (s. 20 Jahre Kampf gegen § 218). Die Ohnmachtsgefühle jetzt sind u.U. stärker als in der DDR, wo selbst relativ bescheidene Aktivitäten Reaktionen auslösten – und sei es seitens der Stasi – und das Gefühl entstand, wenigstens wahrgenommen zu werden. Spürbare Erfolge, wie z.B. an den Runden Tischen, sind nicht mehr möglich. Es ist frustierend, nach der vergleichsweise ungeheuren Leichtigkeit des Anfangs entweder gar nicht oder nur wenig bzw. nur unter entwürdigenden Bedingungen weiterzukommen. Resignierter Abschied aus der Politik ist für manch eine die Konsequenz.

* Es ist auch anstrengend, in den meisten Punkten, genauer gesagt fast immer, gegen das zu sein, was die Herrschenden tun bzw. was die saturierte Mehrheit dieser Gesellschaft für gut und richtig hält. Es kostet Kraft und Nerven, fast *nie* zum *mainstream* zu gehören, und es entsteht dabei manchmal, oft unbemerkt, das Bedürfnis, auch mal auf seiten der Mehrheit zu sein. Die Mutation des feministischen Ansatzes zu einem ausschließlich „realpolitischen", der sich auf das vermeintlich Erreichbare beschränkt, ist dann nahe.

* Ein weiterer Grund ist die *Absorption durch Projektarbeit*. Der Arbeits- und Zeitaufwand für die Sicherung der Existenz des Projekts kann solche Ausmaße annehmen, daß schon die dort zu leistende inhaltliche Arbeit auf extreme Weise reduziert wird. Die Kraft reicht dann erst recht nicht mehr für die „große" Politik. Bei sehr vielen Projekten gibt es jedoch ein ausgeprägtes Bedürfnis nach einer feministischen „Denkfabrik". Von dieser werden Ausarbeitungen zu bestimmten, gerade in der öffentlichen Diskussion befindlichen Problemkreisen erwartet, die aufgrund fehlender Zeit, Kapazität und Information nicht in jedem Fall selbst erarbeitet werden können und auf die dann bei eigener Beschäftigung mit dem jeweiligen Problemkreis zurückgegriffen werden könnte. Dies beweist das nach wie vor starke Interesse an feministischer Politik.

* Der UFV ist eine Organisation mit bezahlten Mitarbeiterinnen. Einerseits kann die Arbeit dadurch „full-time" geleistet werden, andererseits ist wohl jede Form der *Institutionalisierung* der Frauenbewegung mit der Gefahr verbunden, daß Verantwortung und Aktivität delegiert werden an die Frauen, die dafür ja noch Geld bekommen. Die Folge ist nachlassendes Engagement.

* Die Entfaltung des politischen Spektrums einer pluralistischen Gesellschaft bringt ein entsprechendes Angebot an möglichen Verortungen mit sich. Parallel dazu findet eine *Ausdifferenzierung* politischer Ansätze statt, in deren Folge nicht alle dort bleiben, wo sie sich zur Zeit der Wende engagiert haben.

* Viele Frauen bestimmen jetzt für sich das Verhältnis von „Gesellschaftlichem" und „Persönlichem" neu. Die eigene *Befindlichkeit* wird in bisher unbekanntem und unerprobtem Maße wichtig und bedeutsam. Das führt bei einigen Frauen zu einem vorübergehenden oder dauerhaften Ausstieg aus dem politischen Engagement.

* Die Probleme der alltäglichen *Existenzsicherung* (Job, Mieten, Kita, Schule etc.) absorbieren viel Kraft und Zeit. Der Umgang mit ungewohnten Problemen, mit existentiellen Gefährdungen, Ängsten, Ungewißheiten etc. muß erst gefunden werden – da ist der Gedanke an ein politisches Engagement nicht unbedingt der naheliegendste.

* Die allgemeine *Verdrossenheit gegenüber politischen Organisationen* befällt auch Frauen. Die Lethargie ist allgemein und die Wut (noch?) diffus, ein konkreter Zielpunkt dafür ist nicht oder kaum auszumachen. Der Weg in eine politische Organisation ist für viele z.Zt. nicht akzeptabel.

* DDR-Frauen haben, von einigen wenigen abgesehen, das *Kämpfen* um eigene Interessen nicht praktiziert. Zum überwiegenden Teil haben sie nicht die Erfahrung machen können, daß sich mit politischem Engagement etwas erreichen und verändern läßt. Die Notwendigkeit des Selbst-Bewegens wird daher auch heute noch nicht von jeder an Veränderung interessierten Frau gesehen.

* Aufgrund des politischen Ansatzes, unserer Forderungen, Aktionen und Äußerungen ist der UFV im politischen Spektrum als *„links-feministisch"* verortet worden – nicht nur in den Medien, sondern auch durch andere politische Organisationen und staatliche Institutionen. Dieses Etikett, insbesondere aber wohl der feministische Anspruch, hat in seiner Radikalität sicher einige verschreckt. Die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 oder die Frage der Anwesenheit von Männern in Frauenräumen waren z. B. solche Knackpunkte.

Wider die Vereinzelung!

Dem Jahr 1993 könnte in der Rückschau der gesamtdeutschen Frauenbewegung einmal ein besonderer Stellenwert zugeschrieben werden. Zum einen fand im Juni 1993 nach mehr als zweijähriger Pause ein Ost-West-Frauenkongreß statt, auf dem die anwesenden Frauen beschlossen, mit der Erarbeitung einer Plattform für einen gemeinsamen bundesweiten feministischen Frauenzusammenhang zu beginnen. Zum anderen fällt in diesen Zeitraum die Initiative für einen bundesweiten FrauenStreikTag '94. Die sich hierin zeigende Bereitschaft, miteinander zu kommunizieren, zu agieren und sich zu organisieren ist unseres Erachtens durch folgendes begründet:
Erstens: Es wird von Tag zu Tag deutlicher, daß die „Vereinigung" zu einer grundlegenden Veränderung auch der Alt-BRD führen wird. Dies ist sowohl durch den Wegfall des sog. real existierenden Sozialismus als staatsgewordener Kritik des Kapitalismus als auch dadurch bedingt, daß der Anschluß der DDR an die BRD die Grenzen des westdeutschen Modells der Wachstums- und Konsumgesellschaft sichtbar macht. Auch die Frauen dieses Landes befinden sich inmitten der jetzt stattfindenden Verteilungskämpfe um Erwerbsarbeit und Einkommen, um politische Partizipation und demokratische Rechte. Der Anschluß wird benutzt, um gesamtdeutsch Frauenrechte abzubauen. Frauen werden mit einem patriarchalen *roll-back* konfrontiert, dessen Ausmaß und Ende noch nicht abzusehen sind.
Zweitens: Die Frauenbewegung in Ost und West ist in ihrer gegenwärtigen Verfaßtheit nicht in der Lage, dieser Entwicklung Frauenmacht wirksam entgegenzusetzen. Im Westen selbst mehren sich die Stimmen, die von einer Krise der Frauenbewegung sprechen und eine kritische Bestandsaufnahme und eine tiefgreifende Neuorientierung einfordern. Diese Erkenntnisse erzeugen unter den frauenbewegten Frauen sowohl im Osten als auch Westen den Wunsch nach Veränderung der jetzigen Situation.
Drittens: Die Grünen sind nach ihrer Fusion mit dem Bündnis 90 und mit ihrem immer

stärker werdenden Drang nach Regierungsbeteiligung kaum mehr bereit und geeignet, feministische Positionen in die Parlamente und in die Öffentlichkeit zu transportieren. Immer mehr Feministinnen verabschieden sich aus den Grünen, weil sie das Experiment „feministische Politik in einer mit alternativem Anspruch angetretenen Partei" als gescheitert ansehen.
Diese Bedingungen scheinen den notwendigen äußeren Druck zu erzeugen, der Frauen über neue Aktions- und Organisationsformen von Frauenbewegung nachdenken läßt.
Mit der Idee des Frauenstreiktages'94 ist der Anspruch verbunden, der Vereinzelung von Frauen in ihrem frauenpolitischen Engagement entgegenzuwirken, zu einer neuen Solidarität und zu einem anderen Miteinander von Frauen in Ost und West zu kommen, daß durch den Vorbereitungsprozeß selbst sich neue Arbeitsstrukturen und Bündnisse über den ab- und ausgrenzenden Rahmen bestehender Netze und Bündnisse hinaus bilden.

Es stellt sich für uns die Frage, was der Unabhängige Frauenverband politisch zur Weiterentwicklung der Frauenbewegung in Deutschland beitragen kann. Zuerst einmal bringen wir unsere bloße Existenz als überregionale politische Organisation und unsere in den knapp vier Jahren gemachten Erfahrungen auf den verschiedenen Ebenen von Politik und mit den unterschiedlichen Politikformen ein. Dazu gehören vor allem auch unsere bündnispolitischen Erfahrungen, die sich teils aus unserer parlamentarischen Präsenz, teils aus außerparlamentarischen Aktionen ergaben. Mit dem UFV existiert eine überregionale feministische Organisation in den ostdeutschen Bundesländern, mit einem – wenn auch lückenhaften – Netz von Frauen, mit Büros und damit auch einer personellen und materiellen Infrastruktur wider die Vereinzelung.
Der spezifische gesellschaftstheoretische Beitrag des UFV zu einer gesamtdeutschen Frauenbewegung kann in zweierlei bestehen: einerseits in dem kritischen Blick auf die BRD-Gesellschaft, der uns durch die unmittelbare Erfahrung des Erlebens zweier Gesellschaftssysteme in besonderer Weise möglich ist, und andererseits in der Kritik realsozialistischer Verhältnisse. Es bedarf der Aufdeckung der Mechanismen, die das Funktionieren der DDR als patriarchale Gesellschaft sicherten. Die öffentliche feministische Debatte zur Realität der DDR ist eine der Voraussetzungen, damit Frauen ihre persönliche Situation als gesellschaftliche problematisieren und bereit sind, sich zu engagieren. Während es Teil der Vereinnahmungsstrategie ist, 40 Jahre DDR als einzige Fehlentwicklung darzustellen, bietet die Analyse der Frauenpolitik die Möglichkeit einer differenzierenden Bewertung, die emanzipatorische Momente dieser Gesellschaft in gleicher Weise sichtbar macht wie die Ursachen und die Phasen ihres Verfalls. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte aus feministischer Sicht ist genauso wie die radikale feministische Kritik am kapitalistischen System notwendig, um zumindest Umrisse einer Alternative zur gegenwärtigen Gesellschaft zu entwickeln. Umrisse einer Vision sind auch deshalb notwendig, weil der zweifellos eingetretene Utopieverlust auch einen politischen Motivationsverlust hervorrufen und das gesellschaftliche Handeln von Frauen auf die Verbesserung ihrer unmittelbaren individuellen Lebens- und Existenzbedingungen begrenzen kann.

Welche konkrete Form ein künftiger bundesdeutscher feministischer Frauenzusammenhang auch immer haben wird – ob Netzwerk, stabiles, kontinuierlich arbeitendes Bündnis oder vielleicht auch Partei – ,in jedem Fall sollte er dazu führen, uns als Frauenbewegung auf die politische Bühne zurückzumelden. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß eine solche politische Kraft in diesem Land Bundesrepublik, das momentan frauenpolitisch dabei ist, sich zwischen Irland und Polen einzuordnen, bitter notwendig ist.

Anmerkungen

1) *Diese Aussage läßt sich u.a. durch folgende Fakten verdeutlichen (Winkler 1990 und 1990 a):*

* *über 90% der Frauen im erwerbsfähigen Alter übten einen Beruf aus oder befanden sich in der Ausbildung bzw. studierten und waren als solche ökonomisch selbständig,*
* *etwa 30% der Leitungspositionen waren von Frauen besetzt,*
* *das Einkommen von Frauen bewegte sich, je nach Branche, zwischen 75 und 90% des Einkommens von Männern,*
* *der Beitrag von Frauen zum Familieneinkommen lag bei ca. 40%, was einen erheblichen Einfluß auf ihre Position in der Partnerschaft hatte (die Höhe der Scheidungsrate von knapp 40% und die Tatsache, daß in 70% der Fälle die Frau die Scheidung begehrte, hatte ihre Ursache hauptsächlich im Selbstbewußtsein von Frauen und in den ihnen aufgrund ihrer ökonomischen Selbständigkeit sowohl materiell als auch mental zur Verfügung stehenden Handlungsspielräumen),*
* *die häusliche Gesamtarbeit, d.h. die im familialen Bereich notwendige Arbeit, war zwischen Frauen und Männern mehrheitlich gleichverteilt – wenn auch geschlechtstypische Zuordnungen dabei zwar abgeschwächt, aber nicht aufgehoben wurden (schon die Zwänge des Faktischen, die volle Berufstätigkeit beider Partner, machten das Beharren auf einer streng traditionellen Arbeitsteilung unmöglich),*
* *das Recht auf Schwangerschaftsabbruch war – wenigstens innerhalb der ersten drei Monate – gegeben (bei voller Kassenfinanzierung und ohne Zwangsberatung).*

2) *Die DDR war – ebenso wie die anderen sozialistischen Staaten – eine von einer Idee bzw. einem politisch-ideologischen Konzept her im tatsächlichen Sinne gestaltete Gesellschaft. Es gab keinen Bereich, für den nicht von „oben" festgelegt wurde, was dort wie und zu welchem Zeitpunkt geschehen sollte (ob es sich um die Herstellung von Schrauben, um eine Betriebsstillegung oder um die Einrichtung eines Kindergartens handelte). Raum für die Artikulation und das Austarieren von Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen gab es nicht. Nichts blieb dem „freien" Spiel der Kräfte überlassen. In diesem Sinne war in der DDR die institutionalisierte Politik die entscheidende Kraft der Gestaltung der Gesellschaft.*
Im bürgerlich-demokratischen Kapitalismus ist das völlig anders. Der zentrale Bereich der Gesellschaft, die Wirtschaft, exististiert nahezu autonom – die institutionalisierte Politik schafft hier nur wechselnde Rahmenbedingungen, greift jedoch nicht im gestaltenden Sinne (etwa im Interesse der bislang Benachteiligten) ein. Alles, was in dieser Gesellschaft geschieht, ist das Resultat eines Kampfes verschiedener Kräfte in der Gesellschaft um die Durchsetzung ihrer jeweiligen Interessen.
Die institutionalisierte Politik kann in einer so konstruierten Gesellschaft nicht den Anspruch haben, gesellschaftsgestaltend zu wirken.

3) *DA (Demokratischer Aufbruch) – gegründet im Dezember 1989*
DSU (Deutsch-soziale Union) – gegründet im Januar 1990, gebildet aus mehreren christlich-konservativen Gruppen und Parteien.

4) *Wer als Person und Persönlichkeit in seinem Leben permanent in Frage gestellt worden ist, wird später auf mögliche Angriffe auf die eigene Integrität oder auch auf eigene Auffassungen und Ansichten mit Abwehr reagieren. Die Rigidität von Ab- und Ausgrenzung in politischen Arbeitszusammenhängen ist somit u.E. nicht allein auf die Gegensätzlichkeit in politischen Anschauungen zurückführbar, sondern sie scheint auch ein Indiz zu sein für das Bedürfnis nach einem ich-schützenden ideologisch „reinen" und potentiell konfliktarmen Nahfeld, das Sicherheit und in gewissem Sinne auch Geborgenheit vermitteln kann. Das Bedürfnis danach ist um so stärker, je geringer infolge von sozialisationsbedingter Selbstunsicherheit Souveränität und Frustrationstoleranz sind.*

Literatur

GRANER, Claudia / Jäger, Susa M.: Von der ‚fröhlichen Revolution' zur Resignation? Einblicke und Ausblicke – die ostdeutsche Frauenbewegung aus westdeutscher Perspektive, in: Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen / Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin: Blick-Wechsel Ost-West, Tübingen 1992

HELWERTH, Ulrike: Abschied vom feministischen Paradies – Zu den Schwierigkeiten der Annäherung zwischen Ost- und Westfrauen, in: WeibBlick, Heft 2/92

DIES.: Kein einig Schwesternland, in: taz, 7.März 1992

KLÄSSNER, Bärbel: Leserinnenbrief zu: Abschied vom feministischen Paradies von Ulrike Helwerth, in: WeibBlick 3/93

PAUL, Chris (Hrsg.): Lesbenblicke von hier nach drüben. Hohenfels 1990

SCHENK, Christina: Experiment UFV, in: Das Argument 184, 32. Jahrgang, Heft 6, November/Dezember 1990, S. 847-857

DIES.: Lesbische Existenz in der DDR – ein Rückblick mit Aussichten, in: Agnes Joester, Insa Schöningh (Hrsg.), So nah beieinander und doch so fern, Pfaffenweiler 1992

DIES. Ein paar Gedanken zum UFV ... , in WeibBlick 12/93, Berlin 1993

SCHINDLER, Christ[illegible]LOTZ, Sibyll: *Angekommen in der Realität bundesdeutscher Verhältnisse, in: Klein/Vordenbäumen/Wiegrefe/Wolf (Hrsg.), Keine Opposition. Nirgends?, Berlin 1991*

SCHLEGEL, Uta: *Ostdeutsche Frauen, in: Die Frau in unserer Zeit, Ausgabe 2/93, 22. Jahrgang S. 15-23*

SOFI (Sozialistische Frauenini*tiative): Positionspapier zur Vereinigung beider deutscher Staaten, in: Feministische Studien, 8. Jahrgang, Mai 1990, Nr. 1, S. 143-147*

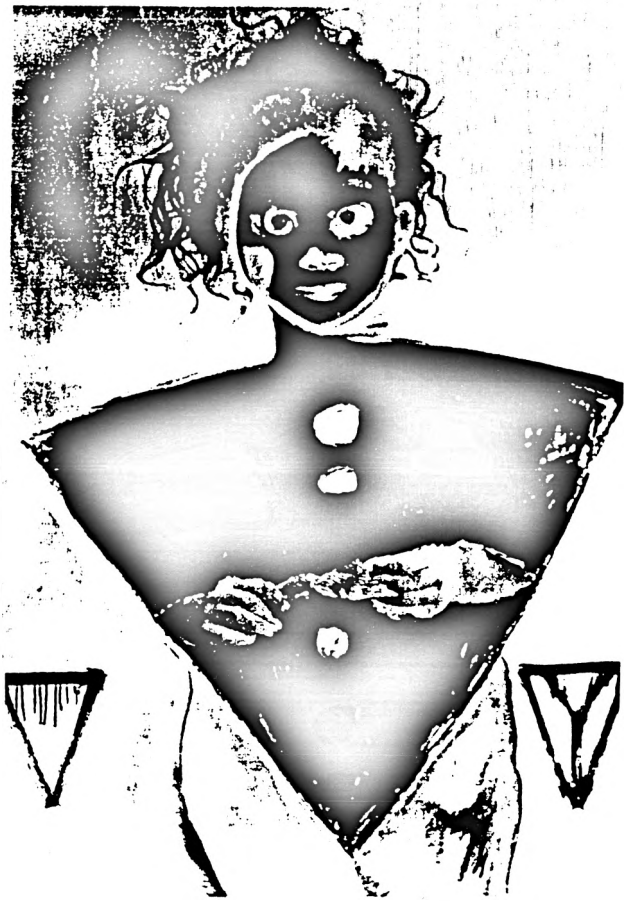
THÜRMER-ROHR, Christina : *Die Irritation der ewig Empörten, in: Freitag, Nr. 27 vom 26.6.1992*

UNABHÄNGIGER FRAUENVERBAND (UFV): *Programm und Statut, Februar 1990*

WINKLER, Gunnar (Hrsg.): *Frauenreport '90, Berlin 1990*

DERS. (Hrsg.): *Sozialreport '90, Berlin 1990*

DERS. (Gesamtred.): *Sozialreport '92, Berlin 1993*



Karin Meinel (kam): „Ohne Titel", 1993, Öl auf Plakat, 175 x 118 cm

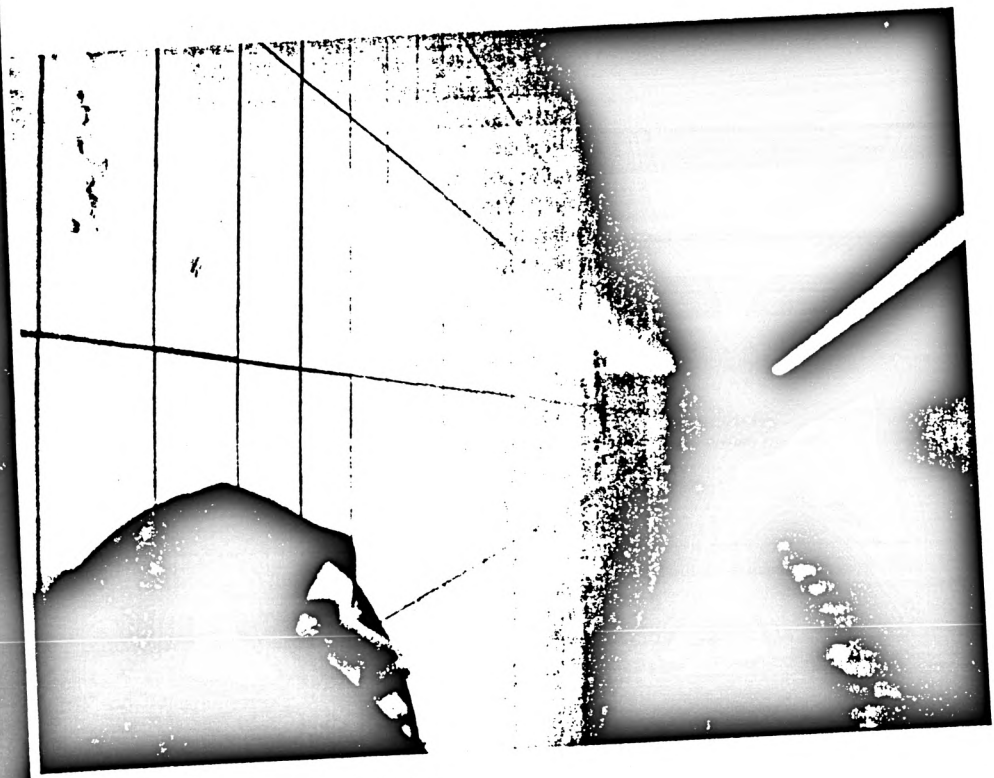


Foto: *Elife Elci und Idil Gülbalkan*

Marion Steffens

Frau macht Sprache – Sprache macht Macht

Als Sprechende, Hörende und Sehende bin und werde ich an dem herrschenden Sprachgebrauch beteiligt.
Über Sprache und Macht nachzudenken/zu schreiben hat meines Erachtens wenig Sinn, wenn nicht die eigenen „Eckdaten" der Sprachbildung zunächst entdeckt und benannt werden.
Ich bin Sprechende, Hörende und Sehende/Lesende – als solche nehme ich am herrschenden und herrschaftssichernden Sprachgebrauch als mich Äußernde und Angesprochene teil.
Ich bin 33 Jahre alt, ohne Behinderung, existenzsichernd berufstätig und christlich säkularisiert – bin insofern für Werbung und Wählerinnenfang Vertreterin einer begehrten Zielgruppe.
Ich bin Arbeitertochter – nachgebildet (2. Bildungsweg), sprachbegeistert und habe einerseits versucht, mich durch meine Sprache von meiner Herkunft zu unterscheiden, andererseits reagiere ich sehr empfindlich, wenn ich mich durch die Sprache anderer auf meine Herkunft zurückgeworfen fühle.
Ich bin weiße Deutsche – also fragt mich in der BRD niemand nach meiner Muttersprache oder redet lauter, weil er/sie denkt, ich könnte sie/ihn dann besser verstehen.
Ich bin Frau, Lesbe, radikale Feministin – setze mich deshalb mit den Zusammenhängen von Sprache und Herrschaft auseinander und habe den Anspruch, meine Sprache daraufhin zu überprüfen, ob sie die herrschenden Machtverhältnisse stabilisiert und reproduziert.
Da mein Hauptinteresse den Gewaltstrukturen unter FrauenLesben gilt, interessiert mich auch hier nicht so sehr die patriarchale Herrschaftssicherung durch Sprache von Männern gegenüber Frauen; hierzu gibt es bereits hervorragende Arbeiten, ohne die ich meine Fragestellung gar nicht hätte entwickeln können.
Aber wie gehen FrauenLesben, respektive Feministinnen mit ihrer Sprache im Hinblick auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse um? Die Frage ist also: macht Sprache Macht – auch unter uns?
Wer sind *wir*, wieviele *wirs* und wie wechseln die *wirs* sind dabei Fragen, die immer mitbedacht werden müssen.
Ich suche mir einige Aspekte aus, die mich gerade besonders beschäftigen und verstehe diesen Artikel als einen Beitrag zu einer notwendigen, umfassenden Diskussion der weiteren Entlarvung von Sprache als Herrschaftsinstrument.

Der postfeministische Diskurs

Seit „Das Unbehagen der Geschlechter" von Judith Butler 1991 in deutscher Sprache erschien, nehmen die Veröffentlichungen zum Thema „Kategorie Geschlecht"[1] kein Ende. Diese Veröffentlichungen dokumentieren eine kontrovers geführte Debatte zu der Fragestellung, ob die Unterscheidung in zwei Geschlechter an sich bereits eine kulturelle Konstruktion ist. Im Unterschied zur Sozialisationstheorie, die besagt, daß es zwei Geschlechter gibt, die Geschlechts*rollen* jedoch gesellschaftlich konstruiert sind, behauptet u.a. Judith Butler, daß bereits die Unterscheidung männlich/weiblich keineswegs biologischen Ursprungs sei. Vielmehr sei auch die scheinbar wissenschaftlich fundierte Differenzierung in zwei Geschlechter eine kulturelle Definition. Aus diesem Gedankengang ergibt sich wiederum scheinbar folgerichtig eine Infragestel-

lung der Geschlechtsidentitäten: Denn wenn „männlich" und „weiblich" lediglich „Erfindungen" sind, um das System der Zwangsheterosexualität zu etablieren, dann – so zumindest Butlers Schlußfolgerung – ist auch die feministische Diskussion einer weiblichen, geschweige denn lesbischen Identität bar jeder Grundlage.
Grundsätzlich ergibt sich aus solch einem Gedankengang eine Fülle von interessanten Fragestellungen, die die feministische Politik nachhaltig beinflussen dürften. Damit sind wir aber schon an einem wesentlichen Problem dieser Debatte angelangt:
Kaum eine feministische Theoretikerin, die nicht zu der hitzig geführten Debatte um die „Kategorie Geschlecht" Bezug nimmt. Kaum eine meiner theorieinteressierten Freundinnen, die nicht, wie ich, empört auf das Sprachniveau dieser Diskussionen reagiert. Es scheint, als ob jede feministische Auseinandersetzung zu den Themen: Klassenunterschiede, Bildungsunterschiede, Sprache, Wissenschaft, Wissenschaftsbetrieb mit der Infragestellung der „Kategorie Frau" an Relevanz verloren hätte. Alles, was an patriarchalem Sprachgebrauch im akademischen Betrieb aus radikalfeministischer Perspektive heraus je kritisiert wurde, wird hier par excellence von Feministinnen selbst vorgeführt.
So gehört zur Grundausstattung eines Leseversuches in diesem Themenbereich 1. viel Geduld, 2. ein philosophisches Wörterbuch und ein gutes Fremdwörterlexikon, 3. eine gewisse Leidenschaft für seitenlange Sätze und 4. eine gute Atemtechnik, um die grammatikalischen und sprachlichen Zumutungen ohne größere Folgeschäden zu überstehen.
Weiterhin empfiehlt es sich, den Texten mit Fragestellungen zu begegnen wie: Wer behauptet was? (manchmal behauptet sich vieles einfach selbst). Wer stellt eine sogenannte Tatsache fest? (na ja, niemand spezielles). Wo ist das Subjekt des Satzes und was tut das (manchmal überraschende) Subjekt?
Diese Fragestellungen führen vielleicht immer noch nicht unbedingt zum besseren Verständnis einiger Texte, aber sie verdeutlichen die (aus der patriarchalen Wissenschaft hinlänglich bekannte) Methode, mit der aus subjektiver Meinung scheinbar objektives Wissen gemacht wird.
Leider sind die möglichen politischen Auswirkungen dieser Debatte zu schwerwiegend, als daß es mir gelingen würde zu tun, was mir im Grunde am nächsten läge: Diese ganze Wortgewalt einfach zu ignorieren und mir die Zurschaustellung von Sprachakrobatik mit der einhergehenden Demonstration von Bildungs- und Definitionsmacht nicht weiter anzutun.

Im Grunde könnte die Frage, ob nicht die Zweigeschlechtlichkeit als solche bereits eine Erfindung des Patriarchats ist, für die politischen Perspektiven von Frauenbewegungen durchaus interessant sein. Die daraus folgenden Fragestellungen etwa nach Sinn, Zweck und Berechtigung von geschlechtsorientierten Identitäten, wie z.B. „Frau" oder „Lesbe", würden sicherlich alte Denkmuster herausfordern und möglicherweise zu differenzierten Antworten führen. Die Frage nach der politischen Wirksamkeit des Wechsels von Identitäten müßte dann auf dem Hintergrund der Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse diskutiert werden und würde so möglicherweise zu neuen politischen Perspektiven im Kampf gegen ein rassistisches und heterosexistisches Herrschaftsystem führen. Hierzu müßte allerdings eine Auseinandersetzung auf möglichst breiter Basis geführt werden. Leider werden in die derzeitigen Diskussionen die Erfahrungen und Gedanken der Mehrheit von FrauenLesben nicht einbezogen. Statt dessen *„diskursiert"* eine sprachlich elitäre, relativ kleine, dafür aber überproportional in der Öffentlichkeit vertretene Gruppe quasi unter sich und schließt, so unterstelle ich, bewußt diese Mehrheit aus. Ich gehe davon aus, daß sich diejenigen Feministinnen, die sich an der postfeministischen, -strukturalistischen Debatte beteiligen, der hierarchisierenden Wirkung ihrer Sprache durchaus bewußt sind.

Über diesen systemkonformen Einsatz von Sprache bin ich zutiefst verärgert. Ich halte es für antifeministisch, eine Diskussion über ein für feministische Politik so wichtiges Thema wie das der „weiblichen Identität" unter Bezugnahme auf zahlreiche männliche Theoretiker (wobei gleichzeitig viele feministische Theoretikerinnen „unter den Tisch fallen") zu führen und dabei über das Machtmittel der Sprache die Mehrheit von FrauenLesben von der Debatte auszuschließen. Desweiteren stellt sich mir die Frage, in welchem Verhältnis die besondere politische Relevanz, die ja von den postmodernen Theoretikerinnen unermüdlich behauptet wird, zur aktuellen politischen Situation steht. Auffallend ist jedenfalls, daß die elitäre Art und Weise der postfeministischen Theoriebildung in die Verstärkung der Herrschaftsstrukturen zwischen den Klassen paßt, und daß manche Inhalte, wie z.B. die Methode der Travestie[2)], den individualistischen Zeitgeist deutlich widerspiegeln.

Sprache und Zeitgeist

Eine Veränderung des Zeitgeistes (wes Geistes Kind ist der eigentlich?) läßt sich unschwer an der trendmäßigen Veränderung kultureller Ausdrucksmöglichkeiten erkennen.
So hat z.B. die aktuelle Mode mehr verändert als nur Kragenform, Ärmelweite und Modefarbe. Es läßt sich besonders in der Mode für Frauen eine wesentliche Veränderung hin (zurück!?) zu hohen Absätzen, tiefen Decolletés, Röcken und Kleidern in besonders bewegungseinschränkenden Formen, etc. beobachten. In erster Linie werden hierbei die Klischees der erotischen Verführerin einerseits und der verspielten Romantikerin andererseits bedient. Eine weitere auffällige Veränderung ist der Trend zum Multikultichic. Vom Kugelschreiber mit „afrikanischem" Bildaufdruck, über südamerikanischen Schmuck, Rastafrisuren (vorzugsweise blond), „afrikanischer" Kunst für's Wohnzimmer bis hin zu Karibik-Drinks, Taco-chips statt Popcorn im Kino und sogenannter Ethnomusik ist alles „in", was den Eindruck einer multikulturellen Gesellschaft vermittelt.
Eine gleichzeitige Abnahme rassistischer Übergriffe und besonders der rassistischen Politik ist, welche wundert's, nicht zu verzeichnen.
Komplettiert wird der Wertemix der Neunziger mit den Schlagworten Liberalismus und Individualismus – bei gleichzeitiger Verschärfung des sogenannten sozialen Klimas (für das wie beim richtigen Wetter ja niemand so richtig was kann).
Nun verschärft sich die soziale Situation in der BRD für die Mehrheit der hier lebenden Menschen seit Jahren kontinuierlich, woran FrauenLesben (auch Feministinnen) bekanntermaßen nicht unbeteiligt sind. Das ist den Leserinnen natürlich längst bekannt, und unter anderem die „beiträge" boten ja auch seit den achtziger Jahren ein Forum für die Auseinandersetzung um die Kritik an den FrauenLesben der Dominanzkultur im Hinblick auf den von uns praktizierten Rassismus. Die Auseinandersetzung um Antisemitismus fand dagegen schon in geringerem Ausmaß statt, und die Frage der „Behindertenfeindlichkeit" wurde in schriftlichen Diskussionen fast völlig ausgeblendet, obwohl z.B auf der Lesbenwoche 1986 in Berlin bereits heftigste Kritik von den Krüppel-Lesben an den Organisatorinnen und Teilnehmerinnen ohne Behinderung geübt wurde.

Trotz dieser Auseinandersetzungen und andererseits – so vermute ich – nicht unbeeinflußt von den Auswirkungen einer zunehmenden Therapeutisierung in der FrauenLesbenbewegung[3)], machen sich auch Feministinnen die individualistischen und liberalen Werte zu eigen. Bezog sich die eben skizzierte Kritik der Schwarzen, jüdischen und KrüppelFrauenLesben noch darauf, daß die Angehörigen der Dominanz-

kultur die Differenz zwischen ihnen und den „Anderen" zur Ausübung von Hierarchie und Unterdrückung benutzten, so läßt sich heute ein gänzlich anderer Umgang mit dem Begriff der Differenz feststellen.

Der Zusammenhang zwischen „Anderssein" und Unterdrückung wird heute auch von einigen Feministinnen weitgehend ausgeblendet. „Anderssein" wird nur noch als ein Recht im Sinne eines Anspruchs auf Selbstverwirklichung definiert. Aus dem Vorwurf an die weißen Frauen der Frauenbewegung: „Ihr seid privilegiert und nutzt eure Privilegien in erster Linie zu Sicherung eurer gesellschaftlichen Position. *Wir Frauen* sind nicht alle gleich!" wird heute das „*Wir* sind nicht gleich" zur Rechtfertigung der eigenen Vorstellungen von Selbstverwirklichung herangezogen.
Nun ist auch Selbstverwirklichung nicht mehr das, was sie mal war, so daß es heute nicht mehr um den Rückzug in die Subsistenzwirtschaft oder das Leben in der Landlesben-WG geht, sondern vielmehr um ziemlich konsumfreudige Vorstellungen von Spaß, Erotik, Sex, Unterhaltung und dem Recht darauf, keine politischen Auseinandersetzungen führen zu müssen.
Dies reicht von den „queers", die so erfrischend anders sein wollen als die dogmatischen, verknöcherten feministischen Lesben, die überdies mit ihrer auf Frauen bezogenen Identität absolut nicht up to date sind (s.o. und vgl. Hark 1994), über die stets trend-gekleidete „don't talk, have fun"-FrauLesbe, bis hin zu den Vertreterinnen der lesbian? sex liberation. Hierunter zähle ich sowohl die Konsumentinnen eines immer abgefahrener werdenden sextoy-Marktes und/oder lesbischer Pornographie (inklusive darkrooms) als auch die unermüdlich ihre Rechte einfordernden S/M – Praktikantinnen.
War also vor wenigen Jahren (und selbstverständlich seitens der Schwarzen, Jüdinnen, KrüppelFrauenLesben u.a. auch heute noch) das zentrale Thema der Auseinandersetzungen um Differenz die Kritik an Herrschaftsstrukturen, verkommt der Begriff heute zum Argument zur Sicherung individualistischer Eigeninteressen nach dem Motto, erlaubt ist, was (mir!) gefällt.
Anschauliches Beispiel für den veränderten Umgang mit dem Begriff Differenz war das Motto des diesjährigen Lesbenfrühlings „coming home – agree to differ" (noch dazu auf englisch!). Unangenehm berührt von der irritierenden Einladung, ich solle nun (wahrscheinlich auch noch zusammen mit tausenden anderer Lesben) in ein wie auch immer geartetes „home" (Heimat? Zuhause?) kommen, hat mich der zweite Imperativ („agree to differ") vollends verwirrt. Eine solche Herausforderung an meine etwas anti*queer*ten Denkvorstellungen, mehr noch, das Einläuten eines neuen Zeitalters, hätte ich in Hamburg gar nicht erwartet. Hatte sich vielleicht während meines gerade beendeten 4-tägigen Urlaubes auf einer kleinen nordfriesischen Insel alles verändert, was meinen Blick auf Differenzen bisher zu einer dauernden Auseinandersetzung um Macht und Unterdrückung und somit auch einem Ort ständiger Selbstreflexion machte? Nein – wie zu erwarten kam alles ganz anders, und so haben die Organisatorinnen sicher nicht nur mich mit dem Versprechen, „keine Lesben ausgrenzen (zu wollen), es sei denn, sie überschreiten die Grenzen anderer" (Zitat Programmheft) ordentlich geleimt. Beim Weiterlesen des Programmheftes erfuhr ich dann, daß die Orga-Lesben meinten, „daß jede Lesbe auf einem LFT für ihr eigenes Wohlergehen letztlich auch selbst verantwortlich ist. Somit ist es *Deine* (also meine, M.ST.) Entscheidung, Dich in eine Situation zu begeben oder nicht".

Leider begab sich entgegen dieser Absprache die „Situation" dann doch zu mir, in Form einer – meine Grenzen überschreitenden – Freiluft- S/M-Veranstaltung, der ich eben nicht entfliehen konnte, da ich in unmittelbarer Nähe mit dem Verkauf einer radikalfeministischen Lesbenzeitung beschäftigt war. Andererseits war z.B. die Ent-

scheidung von rollstuhlfahrenden Lesben, sich *in* eine „Situation" (nämlich eine Veranstaltung) zu begeben, auch nicht immer von Erfolg gekrönt, da die Räumlichkeiten nur in begrenztem Umfang „rolligerecht" waren. Nun, soweit zur Frage der individuellen Entscheidungen.
Zurück zum Umgang mit Unterschieden. Wie auf Lesbentreffen seit einigen Jahren üblich, gab es auch dieses Mal wieder eine im Vergleich zum letzten Jahr gewachsene Anzahl „eigener" Räume für verschiedene Gruppen von Lesben. Vorgesehen waren Räume für „schwarze, jüdische, behinderte (Rolli-, Krüppel-,gehandicapte)/gehörlose Lesben, lesbische Migrantinnen, lebische Mütter, SM- und transsexuelle Lesben" – und „nichtgenannte" Lesben: Decide your difference.
Diese Vermischung zwischen der Zurverfügungstellung von eigenen Räumen für diejenigen Lesben, die einen sicheren Schutzraum vor Rassismus, Antisemitismus, Behindertenfeindlichkeit brauchen, mit Räumen, in denen ungehindert Gewalt ausgeübt werden kann (SM-Raum), befremdet mich nach wie vor.
Außerdem wehre ich mich gegen die Aufforderung, unterschiedslos alle Unterschiede zu akzeptieren und gegen den moralischen Druck, keine moralischen Beurteilungen und Einschätzungen abgeben zu dürfen. So ist für mich Sadomasochismus nicht einfach nur eine „andere (spannendere, prickelndere?) Form der Sexualität", sondern eine sexualisierte Form von Gewalt. Ich bin nicht bereit, dem moralischen Druck, das Praktizieren oder Propagieren von S/M in meiner Umgebung zu akzeptieren, da ich sonst vermeintlich ausgrenze und unterdrücke, nachzugeben. Dagegen halte ich es für zwingend notwendig, den Begriff „Unterschied" zu repolitisieren und dabei auch moralisch/ethische Werte zugrunde zu legen. Dies bedeutet auch die Weigerung, die Erotisierung des hierarchischen Unterschieds, wie im Sadomasochismus praktiziert, als etwas positives oder als Privatangelegenheit zu interpretieren.

„Häusliche Gewalt"

Einem alten Begriff eine neue Bedeutung zu geben, wie soeben geschildert, ist ein Beispiel für den Zusammenhang von Sprache und Macht. Ein weiteres, nicht minder aktuelles Beispiel ist die Prägung eines neuen Begriffs für eine alte Realität.
Welche kennt nicht das Erstaunen darüber, daß das, was wir jahrzehntelang als *Entlassung* bezeichnet haben, weil es die Entlassung von Menschen aus der lohnabhängigen Arbeit benennt und damit auch oft implizit die Entlassung aus der gesellschaftlichen Wertschätzung, aus ökonomischer Sicherheit etc., daß also dieser uns so vertraute Begriff aus dem öffentlichem Sprachgebrauch mehr und mehr verdrängt und statt dessen von „Freisetzung" gesprochen wird. *Frei*setzung?
Nun ist dies ein Beispiel kapitalistisch-liberaler Neusprache. Aber auch im feministischen Sprachgebrauch finden sich ähnlich bedeutsame Neuschöpfungen. Zum Beispiel der Begriff „häusliche Gewalt".

FrauenLesben, die in Projekten gegen Gewalt gegen Frauen arbeiten, werden in zunehmenden Maße mit dieser neuen Wortschöpfung gerade in den eigenen feministischen Zusammenhängen konfrontiert. Der Begriff „häusliche Gewalt" ist die Übersetzung des in den USA üblichen Begriffes „domestic violence". In Anlehnung an die in den USA praktizierte Arbeit zu „domestic violence", die sich z.B. in der Frage der Zusammenarbeit mit Behörden ganz wesentlich von der bisherigen Arbeit etwa der Autonomen Frauenhäuser in der BRD unterscheidet, haben einige Feministinnen nun den Begriff „häusliche Gewalt" in die öffentliche Diskussion eingeführt. Begründet wurde diese Abkehr von dem in der westdeutschen Fraunbewegung seit über 20 Jahren geprägten Begriff der Gewalt gegen Frauen u.a. damit, daß auch sprachlich die

Gewalt unter Schwulen, unter Lesben und die Gewalt von Erwachsenen gegenüber Mädchen und Jungen einbezogen werden soll.
Nun ist die Tatsache, daß Feministinnen einen Begriff wie „häusliche Gewalt" mehr und mehr auch in der Öffentlichkeit benutzen, leider von weitaus größerer gesellschaftlicher Akzeptanz begleitet, als dies dem Begriff Gewalt gegen Frauen jemals wiederfuhr.

Untrennbar verbunden ist die Rede von der „häuslichen Gewalt" mit in Vorbereitung befindlichen „Interventionsprojekten gegen häusliche Gewalt", wovon eines gerade als Pilotprojekt in Berlin installiert wird. Im Gegensatz zu den immer stärker von Kürzungen betroffenen Projekten gegen Gewalt gegen Frauen wie den Frauenhäusern und deren Beratungsstellen, aber auch z.B. Wildwasser, wurden dem „Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt", kurz BIG, überraschend hohe Haushaltsmittel zur Verfügung bzw. in Aussicht gestellt. Besonders großes Augenmerk richten Bundesregierung und Senatsverwaltung hier auf die Einrichtung täterorientierter Beratung. Dieser Aspekt, der auch in den USA im Rahmen sog. Trainingsprogramme praktiziert wird, wird von vielen Feministinnen scharf kritisiert. Hinter der Idee solcher Trainingsprogramme steht für die Regierenden die Verlockung, die bisher von Feministinnen ständig konstatierten gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt gegen Frauen endlich ignorieren zu können und über die Finanzierung von Trainingsprogrammen für Täter den Eindruck entstehen zu lassen, die Täter seien einzig individuell schuld und somit durch Programme auch therapierbar.
Dies entspricht genau der Ideologie der von der Bundesregierung 1994 durchgeführten Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen und wäre überdies eine äußerst bequeme Antwort[4)] auf den immer stärker werdenden Druck, sich endlich zum Thema Gewalt verhalten zu müssen.
Die Tatsache, daß der Begriff der „häuslichen Gewalt" sowohl die zumeist weiblichen Opfer der Gewalt als auch die in der überwältigenden Mehrheit männlichen Täter unbenannt läßt und zudem auch noch suggeriert, die Gewalt fände ausschließlich in den „eigenen vier Wänden" statt, kann nur als politischer Rückschritt gewertet werden.
Nicht zufällig hat sich dieser Begriff und die damit verbundene Betonung der „Täterarbeit" in Windeseile in den offiziellen Verlautbarungen etabliert.
Der Ansatz von Interventionsprojekten in Zusammenarbeit mit Verwaltung, Politik, Polizei, Gerichten etc., die Situation der von Gewalt betroffenen Menschen zu verbessern, ist nun nicht gerade originär feministisch, wäre aber m.E. in seinen einzelnen Aspekten zu diskutieren. Hingegen zeigt die Erfahrung der vergangenen zwei Jahrzehnte, daß Feministinnen immer dann aufmerksam die eigenen Strategien hinterfragen sollten, wenn eine ungeahnte Zustimmung (ja, teilweise Begeisterung) seitens Politik und Verwaltung auch vor der Hürde der Finanzierung nicht zurückschreckt. Der politische Schaden, der jedenfalls schon jetzt durch die Etablierung des Begriffes „häusliche Gewalt" entstanden ist, ist von Feministinnen, die der Arbeit gegen Gewalt gegen Frauen eine umfassende radikalfeministische Analyse zugrunde legen, immer deutlicher festzustellen.
Dem Vorwurf, durch die Benutzung des Begriffes der „häuslichen Gewalt" zur Verschleierung der Herrschaftsverhältnisse beizutragen, müssen sich die Vertreterinnen und Unterstützerinnen von „Interventionsprojekten gegen häusliche Gewalt" stellen.

Sprache und Gewalt

Neben dem Zusammenhang von Sprache und Macht existiert auch unter FrauenLesben der Zusammenhang zwischen Sprache und Gewalt. Gemeint ist hier sowohl die Sprache, die Lesben direkt in Mißhandlungsbeziehungen als Gewaltmittel einsetzen

als auch die Sprache, in der in weiteren Zusammenhängen (z.B. im Freundinnen- oder Bekanntinnenkreis, in der Familie etc.) über die Beziehungsgewalt gesprochen wird. Sprache dient einerseits der Unterstützung der hierarchischen Positionen innerhalb eines Unterdrückungsverhältnisses zwischen Lesben. So hat Claire Renzetti (1992) festgestellt, daß Herabwürdigung durch Beschimpfungen und negative Bewertungen – etwa des Aussehens der Partnerin – auch in lesbischen Beziehungen Teil der Mißhandlungstaten der Täterinnen ist. Andererseits verweist die Sprachlosigkeit der Mißhandlungsopfer nicht nur auf Scham über die Mißhandlung, sondern darüber hinaus auch auf das Sprechtabu zumindest innerhalb der feministisch-lesbischen Szene.
Es gibt hier zwar mittlerweile eine relative Bereitschaft, über einige Gewaltformen, wie z.B. Ohrfeigen, festhalten oder schütteln der Partnerin/Freundin o.ä. zu sprechen, doch bleibt in den allermeisten Fällen der Bereich der sexuellen Gewalt unter Lesben unbenannt[5].
In den Diskussionen um Gewalt in lesbischen Beziehungen wird versucht, mit den Begriffen Täterin und Opfer die Dimension von Mißhandlung klarzumachen (vgl. hierzu auch Janz, Steffens, Kosche 1994; Ohms 1993), aber wo findet die – auch sprachliche – Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt statt? Ist eine Frau, die gegen eine andere sexuelle Gewalt ausübt, eine *Vergewaltigerin*? Wie füllen wir den Begriff einer Vergewaltigung unter LesbenFrauen? Ein Vergleich mit dem juristischen Begriff der Vergewaltigung in der BRD, der ja gerade wegen der aktuellen Diskussion um den „Vergewaltigungsparagraphen" wieder ins Bewußtsein rückt, wäre sicherlich sinnvoll.
So sind also sowohl Diskussionen um Sprache als Gewaltmittel unter FrauenLesben (wo ist z.B. die Grenze zwischen sog. „diskriminierender" Sprache und Sprache als Gewaltmittel im Zusammenhang mit Behindertenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus?) als auch über unseren sprachlichen Umgang mit Gewalt dringend nötig. Unterscheidet sich die Sprache als Gewaltmittel, die FrauenLesben untereinander anwenden von der Sprache, mit der Männer Gewalt gegen Frauen ausüben, oder benutzen Frauen im Grunde die gleiche Sprache? Müssen wir andererseits Bezeichnungen wie z.B. „Vergewaltiger" auch mit der Anfügung „In" versehen oder wäre das nur ein weiterer Beitrag zur Verschleierung patriarchaler Herrschaftsverhältnisse?
Dies sind nur einige Fragen, zu denen ich mir eine breitere Diskussion im Zusammenhang von Sprache und Gewalt wünsche.

Resümee

Bereits die wenigen von mir angeführten Beispiele zeigen, daß es vielfältige und komplexe Zusammenhänge zwischen Sprache und Macht, Sprache und Gewalt auch unter FrauenLesben gibt.
Sprache wird benutzt, um Hierarchien untereinander zu verstärken und Exklusivdiskussionen in kleinem Kreis zu führen, wie am Beispiel des postfeministischen Diskurses aufgezeigt.
Die Überlegungen zum veränderten Umgang mit dem Wort Unterschied/Differenz machen deutlich, daß der inflationäre Gebrauch eines Begriffes entpolitisierend wirken kann.
Das Beispiel „häusliche Gewalt" sollte verdeutlichen, daß die neue Benennung einer alten Wirklichkeit Herrschaftsverhältnisse stabilisieren kann, was hier durch die Nicht-Benennung von Täter oder Opfer erreicht wird.
Im letzten Teil wollte ich auf den Gebrauch von Sprache als Gewaltmittel durch FrauenLesbenFeministinnen aufmerksam machen und zum Sprechen über diese Gewalt anregen.

In allen Bereichen zeigt sich meines Erachtens, daß Feministinnen bereit sind, zur Durchsetzung ihrer Interessen sich des am schnellsten verfügbaren Machtinstrumentes dieses Herrschaftssystems zu bedienen: der Sprache. Dieses Machtinstrument wirkt in vielen Fällen allerdings nicht etwa gegen die Herrschenden, sondern gegen andere FrauenLesben, Feministinnen.
Sprache wird so nicht zur Ermächtigung gegen den Staat/das Herrschaftssystem genutzt, sondern sie schwächt, entpolitisiert, entsolidarisiert uns und wirkt insofern systemimmanent.
Hierbei darf nicht die Tatsache übersehen werden, daß FrauenLesben offensichtlich in unterschiedlichen Zusammenhängen auch an der „Oberseite der Macht" teilhaben wollen. Diese Entscheidung zur Herrschaft, die u.a. durch Sprache ihren Ausdruck findet, gilt es zu benennen, zu kritisieren und ihren Einfluß auf die feministische und lesbisch-feministische Bewegung zu „dekonstruieren".

Anmerkungen

1) *Eine interessante Auswahl unterschiedlicher Einschätzungen zum Thema findet sich z.B. in den Anthologien „Denkachsen" (Wobbe, Lindemann 1994) und „Geschlechterverhältnisse und Politik" (Institut für Sozialforschung 1994), die ebenso wie „Das Unbehagen der Geschlechter" (Butler 1991) in der Suhrkamp-Reihe „Gender studies" erschienen sind.*

2) *Die in der Travestie stattfindende spielerische Imitation des anderen Geschlechts kann laut Butler zu einer subversiven Politik der Dekonstruktion der Geschlechter genutzt werden.*

3) *Mit dem Begriff der „Therapeutisierung" benenne ich die Entwicklung von kollektiven politischen Auseinandersetzungsformen unter Frauen hin zum durchgängig induvidualistischen Bezug auf Psychologie und Therapie, wie sie ausführlich von Autorinnen wie Janice Raymond (1989), Sheila Jeffreys (1994), Celia Kitzinger und Rachel Perkins (1993) analysiert wird.*

4) *„Bequem" meint sowohl finanziell günstig etwa im Vergleich zu einer Politik, die Frauen effektiven Schutz im Falle bereits eingetretener Gewalt wie auch die ökonomische Unabhängigkeit jeder Frau als effektive Gewaltprävention garantiert; gemeint ist aber auch die direkte politische Bequemlichkeit, die Täterprogramme gegenüber tatsächlichen eingreifenden gesellschaftlichen Veränderungen scheinbar bieten.*

5) *Ergänzend muß gesagt werden, daß auch schwerwiegende bis lebensgefährliche körperliche Mißhandlungen tabuisiert sind.*

Literatur

BUTLER, Judith: Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt 1991

HARK, Sabine: Queer Interventionen, in: Madeleine Marti, u.a.(Hrsg.): Querfeldein – Beiträge zur Lesbenforschung, Bern/Dortmund/Zürich 1994, S. 210-220

INSTITUT FÜR SOZIALFORSCHUNG FRANKFURT: Geschlechterverhältnisse und Politik (Hrsg.), Frankfurt 1994

JANZ, Ulrike/STEFFENS, Marion, unter Mitarbeit von KOSCHE, Andrea: Macht und Gewalt in lesbischen Beziehungen/Bezügen, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 37, Köln 1994, S. 77-91

JEFFREYS, Sheila: Ketzerinnen, München 1994

KITZINGER, Celia/ PERKINS, Rachel: Changing Our Minds – Lesbian Feminism and Psychology, London 1993

OHMS, Constanze (Hrsg.): Mehr als das Herz gebrochen. Gewalt in lesbischen Beziehungen, Berlin 1993

RAYMOND, Janice: Zurück zur Politisierung des Lesbianismus, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 25/26, 1989, S. 75-85

RENZETTI, Claire: Violent Betrayal. Partner Abuse in Lesbian Relationships, London 1992

WOBBE, Theresa/LINDEMANN, Gesa (Hrsg.): Denkachsen – zur theoretischen und institutionellen Rede vom Geschlecht, Frankfurt 1994

Zeitschrift für Frauenforschung

Herausgegeben vom Forschungsinstitut
Frau und Gesellschaft

12. Jahrgang, 1994, Heft 1+2

Angelika Wetterer

Rhetorische Präsenz – faktische Marginalität. Zur Situation von Wissenschaftlerinnen in Zeiten der Frauenförderung

1. 10 Jahre Frauenförderdebatte: Viel passiert und nichts bewegt?

Die Diskussion um Frauenfördermaßnahmen im Hochschulbereich begann Anfang der 80er Jahre, also vor gut 10 Jahren. Wenn man auf diese zehn Jahre zurückblickt und sich um ein erstes Fazit bemüht, scheint mir eine etwas paradoxe Aussage am zutreffendsten zu sein: Es ist unheimlich viel passiert, aber geändert hat sich eigentlich so gut wie gar nichts.

Passiert ist: daß sehr viele Frauen sehr viel Energie und Engagement in die Konzipierung und Durchsetzung von Frauenförderplänen investiert haben und daß es an zunehmend mehr Hochschulen und in zunehmend mehr Bundesländern inzwischen auch in der Tat Frauenförderpläne, Frauenbeauftragte, Frauen- und Frauenforschungskommissionen, Frauenräte und dergleichen mehr gibt. Wirft man einen Blick auf die Stellenanzeigen im Bereich „Lehre und Forschung", so könnte man gar zu dem Schluß gelangen, daß Frauen es nie so leicht hatten, in der Universität zu Amt und Würden zu kommen, wie gegenwärtig: Da werden Professorinnen-Schrägstrich-Professoren gesucht und im Nachspann mit schöner Regelmäßigkeit betont, daß die Hochschule XY bestrebt ist, den Frauenanteil zu erhöhen und sich deshalb über eine Bewerbung von Frauen ganz besonders freuen würde. Nur mit der Realisierung dieses Wunsches scheint es noch etwas zu hapern, denn was sich trotz der vielfältigen und auf den ersten Blick sogar überaus erfolgreichen Frauenförder-Aktivitäten so gut wie gar nicht geändert hat, ist die faktische Marginalität von Frauen insbesondere in den oberen Rängen der Hochschulhierarchie. Dort, wo es um Einfluß und Prestige in der Institution Universität, um Zugang zu materiellen Ressourcen und nicht zuletzt um die vielbegehrten Dauerstellen geht, sind Frauen immer noch eine Seltenheit.

Angesichts dieser auf den ersten Blick erfreulichen, bei genauerem Hinsehen jedoch nach wie vor mißlichen Lage neigen optimistischere Beobachterinnen zu der Einschätzung, die Frauenfördermaßnahmen bräuchten einfach mehr Zeit, bevor sie ihre Wirksamkeit auch wirklich entfalten können. Es gibt aber auch Skeptikerinnen. Und sie befürchten, daß selbst bei einem längeren Beobachtungszeitraum nicht viel anderes herauskommen wird, als sich jetzt schon absehen läßt: Daß die ganze Richtung nicht stimmt. Daß Frauenfördermaßnahmen, so wie sie bislang konzipiert waren und sich als durchsetzbar erwiesen haben, kaum geeignet sind, mehr zu bewirken, als daß die „Frauenfrage" zu einer leidigen Verwaltungsangelegenheit wird, die schließlich allen auf die Nerven geht, Zeit und Energie verschlingt - und ansonsten bleibt alles weitgehend beim Alten.

Ich selbst neige der skeptischen zweiten Position zu und möchte sie sogar noch erheblich zuspitzen (vgl. dazu auch: Wetterer 1992). Ich denke, wir haben einigen Grund zu der Befürchtung, daß eine ganze Reihe der Maßnahmen, die inzwischen gewohnheitsmäßig der Frauenför-

derung zugerechnet werden, eher kontraproduktiv sind, also eher das Gegenteil dessen bewirken, was viele sich von ihnen erhofft haben. Und ich denke, daß das nicht ausschließlich darauf zurückzuführen ist, daß auf der Ebene der praktisch-politischen Durchsetzung manche Kompromisse geschlossen werden mußten, die eigentlich erfolgversprechenden Maßnahmen gewissermaßen die 'revolutionäre Spitze' abgebrochen haben. Ganz im Gegenteil: Die Debatte um Frauenförderung scheint mir an einigen grundsätzlichen Defiziten zu kranken, die eher zur Vernebelung als zur Klärung der Frage geführt haben, wo wir die Ursachen der anhaltend mißlichen Lage von Wissenschaftlerinnen zu sehen haben und wo also Frauenförderung - wenn sie denn unbedingt auch weiterhin so heißen soll - sinnvollerweise anzusetzen hätte.

2. Faktische Marginalität: Minimale Fortschritte

Bevor ich mich daran mache, diese Befürchtung zu begründen, zunächst einige wenige Informationen zur faktischen Lage. Alle Untersuchungen zur Präsenz von Frauen in den verschiedenen Statusgruppen des wissenschaftlichen Personals, die in den letzten Jahren durchgeführt worden sind, kommen übereinstimmend zu dem immer gleichen Ergebnis: Je höher der Status und je gesicherter des Beschäftigungsverhältnis, desto geringer ist der Frauenanteil (Bochow & Joas 1987; Holtkamp, Fischer-Bluhm & Huber 1986; Mohr 1987; Wetterer 1990; Onnen-Isemann/ Oßwald 1991; Wermuth 1992). Die Frauen konnten zwar im Mittelbau zunehmend an Terrain gewinnen, aber noch immer ist ihr Anteil dort nur etwa halb so hoch wie bei den erfolgreich abgeschlossenen Prüfungen, die die formale Zugangsvoraussetzung für diese Stellen darstellen. Und darüber hinaus gilt für den gesamten Mittelbau immer noch, daß der Frauenanteil abnimmt, wenn die Karriereträchtigkeit der Stellen zunimmt, daß hingegen der Frauenanteil wächst, wenn es sich um befristete Stellen, um Teilzeitstellen oder gar um befristete Teilzeitstellen handelt. Selbst dort, wo die Frauen an Boden gewinnen konnten, taten sie es also unter Inkaufnahme einer höchst ungewissen Zukunftsperspektive.

Diese geschlechtshierarchische Struktur ist im übrigen, wie vor kurzem eine sehr differenzierte Analyse der Hochschulstatistik für die Jahre 1980 bis 1988 gezeigt hat, relativ unabhängig davon, ob man die Frauen- und Männeranteile quer über alle Fachbereiche hinweg betrachtet oder ob man nach Unterschieden zwischen Fächergruppen fragt, die - auf der Ebene der Studentenschaft - eher als Frauen- oder eher als Männerdomänen zu bezeichen sind (Wermuth 1992). Angefangen bei den Hilfskraftstellen, die zu Recht als erster Einstieg in die Wissenschaft als Beruf gelten, konnte Nanny Wermuth allenfalls einen Sachverhalt feststellen, der die Partizipationsmöglichkeiten von Frauen merklich verbessert: Wenn relativ viele Stellen zu vergeben sind, haben Frauen - und zwar auch in den sogenannten Männerdomänen der Technik- und Naturwissenschaften - eher eine Chance, auch eine Stelle zu ergattern. Sind hingegen wenig Stellen zu vergeben, dann sind ihre Chancen auch in den sogenannnten Frauendomänen z.B. der neueren Sprachen besonders gering. Einen ähnlichen Zusammenhang - und das unterstreicht dessen Bedeutung - hat auch die von mir selbst durchgeführte Soziologinnen-Enquête ergeben: Frauen in der Soziologie, in einem Fach also, das von der Struktur der Studentenschaft her als weitgehend geschlechtsparitätisch zu bezeichnen ist, haben vergleichsweise bessere Chancen, im Wissenschaftsbetrieb beruflich Fuß zu fassen, wenn die soziologischen Fachbereiche oder Institute über viele Stellen verfügen. Bei den in der Soziologie nicht seltenen kleineren oder kleinsten Instituten hingegen war - und zwar quer über alle Statusgruppen hinweg - zu konstatieren, daß die „Grundausstattung" fest in Männerhand ist (Wetterer 1990).

Kann schon im Mittelbau nur sehr begrenzt davon die Rede sein, daß die seit der Bildungsexpansion zunehmenden Qualififizierungs-Erfolge der Frauen einen Niederschlag auf der Ebene von Stellenbesetzungen gefunden haben, so sieht die Lage bei den Professorenstellen noch finsterer aus. Die Veränderungen auf dieser Ebene der Hochschulhierarchie sind während der gesamten 80er Jahre in langsamstem Schneckentempo vor sich gegangen, und das gilt insbesondere für die statushöchste Gruppe: die Lehrstuhlinhaber. Die Prozentstellen hinter dem Komma, auf die sich hier der „Wandel" beschränkte, wiesen in den vergangenen zehn Jahren noch nicht einmal eine einheitliche Richtung auf: Mal ging es mit dem Frauenanteil 0.2 Prozent 'bergauf', dann wieder 0.1 Prozent 'bergab; und auch wenn die 1990 zu konstatierenden 5.3 Prozent Frauen in der Professorenschaft (insgesamt) schon etwas mehr waren, als die 4.9 Prozent aus dem Jahre 1980, ist gegenwärtig keineswegs als gesichert anzunehmen, daß dieser schleichende Aufwärtstrend in den nächsten Jahren anhalten wird (zu den Zahlenangaben vgl. die Tabellen im Anhang).

Betrachtet man die Entwicklung in etwas größeren Zeiträumen, so ist nämlich festzuhalten, daß eine vergleichsweise merkliche Bewegung bei der Frauenbeteiligung in der Professorenschaft ausschließlich in der Zeit der Bildunsgexpansion zu beobachten war, zu einer Zeit also, als der Ausbau der Hochschulen und damit die Zunahme von Professorenstellen teilweise schneller vonstatten ging, als Männer mit dem Nachweis ihrer entsprechenden Qualifikation nachkommen konnten. In den 60er und frühen 70er Jahren sind nicht nur viele nicht-habilitierte Männer auf Professuren berufen worden, sondern hatten habilitierte Frauen eine weitaus größere Chance auf eine qualifikationsadäquate Beschäftigung als je zuvor und je danach. Für die Entwicklung in den kommenden Jahren läßt dies nicht Gutes erwarten: Da die Stellen wegen der prekären Haushaltlage in den öffentlichen Kassen eher weniger als mehr werden dürften, ist überaus fraglich, ob der Frauenanteil in der Professorenschaft überhaupt auf dem gegenwärtigen Level gehalten werden kann. Die Befürchtung, die z.B. im Editorial der FU:Nachrichten im November 1992 geäußert worden ist, scheint mir jedenfalls - leider - mehr als realistisch:

„Die Zahl der Professorinnen an der FU wird in den nächsten Jahren eher abnehmen als zunehmen. Während nämlich auf der einen Seite einige Frauen der ersten Stunde der Emeritierung entgegensehen, fällt der Ausgleich durch Neuberufungen angesichts verschärfter Konkurrenz und ausgedünnter Stellenpläne eher dürftig aus." (FU:N 11/92, S.4)

Angesichts dieser Zukunftsperspektive und angesichts des in der Vergangenheit zu konstatierenden schleichenden Entwicklungstempos, das nicht zuletzt zu immer größeren Diskrepanzen zwischen dem Frauenanteil in der Studentenschaft und ihrer Präsenz in der Professorenschaft geführt hat, sind ganz offensichtlich gegensteuerende Maßnahmen dringend geboten. Daß sich die faktische Marginalität von Frauen durch das allmähliche Nachwachsen hochqualifizierter Frauengenerationen gewissermaßen naturwüchsig und wie von selbst erledigen wird, kann heute jedenfalls niemand mehr behaupten, der sich mit den statistischen Daten zum wissenschaftlichen Personal an Hochschulen in der BRD auch nur annähernd vertraut gemacht hat.

3. Rhetorische Präsenz: Neue Stigmatisierungen und mühsame Lernprozesse

Der Beginn einer intensiven Diskussion der „Frauenfrage" auch im Hochschulbereich war Anfang der 80er Jahre also mehr als überfällig. Aber was hat uns diese Diskussion bislang gebracht? Auch wenn sich an den Zahlen und damit an den sogenannten „harten facts" wenig geändert hat, wäre es

zweifellos verfehlt, die Frauenförderdiskussion im Wissenschaftsbetrieb als völlig wirkungslos zu bezeichnen. Wie ich eingangs schon feststellte, ist ja eine ganze Menge passiert - allerdings möglicherweise etwas anderes als erwartet.

Die Frauenfrage ist auf der rhetorischen Ebene mehr als präsent: Universitätsgremien müssen sich mit Frauenförderplänen auseinandersetzen und dabei auch die Zahlen zur Kenntnis nehmen, die zeigen, daß sich von selbst kaum etwas bewegt. Berufungskommissionen sind mit Frauenbeauftragten konfrontiert, die bohrende Fragen stellen, warum denn keine Frau zum Hearing eingeladen werden soll. In manchen Bundesländern droht sogar die Gefahr, daß Berufungslisten vom Wissenschaftsministerium zurückgeschickt werden, wenn die Begründung für deren eingeschlechtliche Besetzung nicht ausreichend erscheint. Und das evoziert - mindestens - Lernprozesse auf beiden Seiten: Auf Seiten der mehrheitlich mit Männern besetzten Universitätsgremien und auf Seiten der Frauen, die z.B. als Frauenbeauftragte ganz neue Erfahrungen mit dem Gremienalltag in unseren Hochschulen machen können oder müssen.

Die erste Seite hat, soweit ich sehe, sehr schnell und durchaus mit Erfolg gelernt, mit der neuen Situation umzugehen. Die rhetorische Kunstfertigkeit etwa, mit der dargelegt wird, warum man(n) ja so gerne eine Frau auf der Liste berücksichtigt hätte - aber leider, es fand sich keine qualifizierte Bewerberin, hat merkliche Fortschritte gemacht. Und wenn verfeinerte Kunstfertigkeit nicht ausreicht, gibt es auch die etwas rauhere Gangart. Dann wird, durchaus im Einklang übrigens mit manchen Kolleginnen, das neu kreierte Phantom der Quotenfrau beschworen, die - wie bespielhaft vom Leiter der Abteilung Forschungsförderung der FU Berlin zu hören ist - allenfalls „in der 2. Liga spielt" (Timmermann in: FU:N 11/92, S. 21), die also alle objektiven und damit selbstverständlich auch geschlechtsneutralen Qualifikationsstandards zunichte macht. Und von der Quotenfrau, die verständlicherweise auch frau nicht gerne sein will, gelangt man(n) schnell zu der in jüngster Zeit von stellenlosen Kollegen immer wieder gehörten Vermutung, als Frau wären sie schon längt in Amt und Würden. Auf diese Weise wird die rhetorische Präsenz der Frauenfrage unter der Hand zum überlebensgroßen Phantom der im Konkurrenzscharmützel bevorzugten Wissenschaftlerin, die inzwischen auch ohne ausreichende Qualifikation mit Leichtigkeit alle Hürden nimmt. Und erstaunlicherweise schrumpft dieses Phantom auch dann nicht, wenn man es mit der nüchternen Realität der Universitatsstatistik konfrontiert. Fatalerweise funktioniert die neue Stigmatisierung der Wissenschaftlerin als Quotenfrau sogar so nachhaltig, daß selbst Frauen, die ihre Stellen lange vor jeder Frauenförderdebatte bekommen haben, sich zur Abgrenzung genötigt sehen. Wie wir daran ablesen können, ist die Situation von Wissenschaftlerinnen in Zeiten der Frauenförderung in manchem also eher schwieriger geworden - ganz entgegen dem Anschein, den die bereits erwähnten Stellenanzeigen der Öffentlichkeit präsentieren.

Damit bin ich eigentlich bei den Lernprozessen angelangt, die auf der anderen Seite, bei uns Frauen also hätten stattfinden müssen, es bislang aber noch eher zäh und langsam tun. Statt auf neue Einsichten in die Funktionsweise universitärer Entscheidungsprozesse trifft man bei Frauen häufig auf eine Mischung aus moralischer Empörung und großer Verwunderung, wenn sie mit der Erfahrung konfrontiert werden, daß die besten Argumente und die schönsten Statistiken oft völlig wirkungslos sind, wenn es um materielle und personelle Ressourcen geht. Ich will gar nicht abstreiten, daß die moralische Empörung durchaus gerechtfertig ist. Aber mir scheint, daß moralische Empörung und große Verwunderung schlechte Instrumentarien sind, wenn es darum geht, in einer eher nüchternen Weise eine Erfahrung zu verarbeiten, die Edith Kirsch-Auwärter sehr zutreffend beschrieben hat:

„... daß die Aufdeckung diskriminierender Umstände und Mechanismen, zumindest aus der Position der Benachteiligten heraus, in der Regel nicht zu ihrer Beseitigung beiträgt, sondern eher zum Auslöser für neue Ausgrenzungsbestrebungen wird, d.h. Legitimationsversuche und Rechtfertigungsstrategien nach sich zieht, die ihre eigene destruktive Wirkung entfalten können." (Kirsch-Auwärter 1992, S. 28)

In genau diese Situation hat uns die bisherige Diskussion um Frauenförderung im Hochschulbereich inzwischen geführt und mißlich daran scheint mir vor allem zu sein, daß auch die Frauenförderkonzepte selbst nicht ganz unbeteiligt daran waren, sie herbeizuführen. Sie haben, zumindest zum Teil, einige der Legitimationsversuche und Rechtfertigungsstrategien, mit denen wir uns jetzt auseinanderzusetzen haben, auch selbst bereitgestellt. Und das macht es nun in der zweiten Runde nicht eben einfacher, damit umzugehen.

4. Der läßliche Umgang mit kulturellen Deutungsmustern: Frauenförderung als Bestätigung tradierter Zuschreibungen

Die Problematik beginnt bereits mit dem inzwischen gut eingebürgerten Terminus „Frauenförderung" selbst. Er definiert unter der Hand ein Strukturproblem des Geschlechterverhältnisses - die auf allen Ebenen der Berufsstruktur anzutreffende Hierarchie zwischen den Geschlechtern - als Frauenproblem und suggeriert zugleich, daß Frauen eben das sind, was sie auf der Ebene von Geschlechterstereotypen schon immer waren: Anders und defizitär. Der patriachale Gestus dieser Begriffsbildung - „den Frauen muß geholfen, sie müssen eben besonders gefördert werden" - ist kaum zu übersehen. Und er findet seine Fortsetzung in zwei Frauenförderstrategien, die in kaum einem der Frauenförderpläne fehlen. Frauenförderung wird schwerpunktmäßig immer auch definiert und konzipiert als Strategie der Qualifizierung von Frauen und als Strategie der Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Es sind übrigens nicht zufällig diese beiden Bereiche der Frauenförderung, die auch bei männlichen Kollegen auf breite Zustimmung stoßen. So wenig sie sich öffentlich gegen eine Gleichstellungspolitik wenden mögen, die als Frauenförderung nicht nur benannt, sondern auch konzipiert ist, so wenig haben sie dagegen, daß die Frauen bei ihren Qualifizierungsbemühungen unterstützt werden und bei den Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Kindern und Karriere Hilfe erhalten (Höying, Puchert & Raschke 1992). Der Grund für diese Zustimmung wird sehr schnell deutlich, wenn man zunächst einmal nur auf der sprachlichen Ebene etwas genauer betrachtet, welche Vorannahmen und Unterstellungen hier unausgesprochenen mittransportiert werden.

Frauenförderung als „Qualifizierungsoffensive" knüpft an die vertraute Vorstellung an, das durchweg festzustellende Verharren der Frauen auf den statusniedrigeren Positionen der universitären Hierarchie sei die Folge von deren mangelnder, eben defizitärer Qualifikation. Diese Vorstellung hat nicht nur den zweifelhaften „Vorzug", tradierte Vorurteile über die Ursachen der geschlechtshierarchischen Struktur des Hochschulpersonals zu verstärken, statt sie abzubauen, was doch eigentlich die Aufgabe von Gleichstellungsmaßnahmen sein sollte. Sie hat auch den - nicht minder zweifelhalten - „Vorzug", daß man den eigentlich anstehenden Verteilungskampf um die einschlägigen, die statushöheren Positionen erst einmal in eine beruhigend weit entfernte Zukunft verschieben kann. Sollen die Frauen erstmal sehen, daß sie sich qualifizieren, sug-geriert jedenfalls die Rhetorik der Frauenförderung, dann können wir über ihre Berufung immer noch entscheiden.

Eine ähnlich mißliche Mixtur aus Bestätigung tradierter Zuschreibungen an Frauen und Verschiebung des eigentlichen Problems in eine eher ferne Zukunft stellt auch die Zuordnung der

leidigen Vereinbarkeitsproblematik zur Frauenförderung dar. Wiedereinstiegsstipendien für Frauen, Kindergartenplätze an der Hochschule, flexible Arbeitszeiten für Personen, die Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu betreuen haben - all diese Maßnahmen, auch wenn sie unter der Überschrift „Maßnahmen zur Vereinbarkeit für ***beide*** Geschlechter" firmieren, bleiben zugleich als Bestandteil eines Frauenförderplanes weiterhin in der Hauptsache denjenigen zugeordnet, die dafür schon immer zuständig waren: den Frauen. Und das hat unter Umständen Konsequenzen, die über die Problematik eines mehr als fahrlässigen Umgangs mit kulturellen Deutungsmustern und mit Fragen der Definitionsmacht weit hinausreichen. Das Fazit einer umfassenden Untersuchung von Frauenförderplänen in der Privatwirtschaft, die sich fast ausschließlich auf besagte Vereinbarkeitsfragen beschränken, sollte jedenfalls zumindest zur Vorsicht mahnen:

„Betriebliche Frauenpolitik in ihrer gegenwärtigen Form scheint kaum geeignet, bisherige starre, männlich geprägte Strukturen der Arbeits- und Berufswelt aufzubrechen. Im Gegenteil: Frauen, die sich nicht in die männlich geprägten Muster ununterbrochener kontinuierlicher Vollzeitberufsarbeit einfügen, haben nach wie vor kaum Chancen für einen relevanten Aufstieg im Betrieb. Frauen, die der trügerischen Propaganda einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie aufsitzen, gehen das Risiko ein, sich durch Inanspruchnahme bestehender Elternurlaubsregelungen selbst herauszukatapultieren (...)." (Brumlop/Hornung 1992, S. 17)

Ähnliche Konsequenzen dürften auch im Hochschulbereich kaum von der Hand zu weisen sein. Und so liegt auch für den Wissenschaftsbetrieb die Vermutung nahe, daß Frauenförderung häufig nichts anderes darstellt als eine kurz- bis mittelfristige „Befriedungsstrategie". Auch eine Institution wie die Universität kann damit ihr Image pflegen, kann der Öffentlichkeit gegenüber ihren guten Willen demonstrieren und nicht zuletzt den fortgesetzt nörgelnden Frauen entgegenhalten, daß ja schon eine ganze Menge getan wird.

Leider ist damit aber nicht nur wenig gewonnen, sondern weit eher das Gegenteil dessen geschehen, was eigentlich angestrebt war: Ein ebenso dringendes wie drängendes Problem, die Diskriminierung von Wissenschaftlerinnen, ist in einer Weise instrumentalisiert worden, die zur Bestätigung tradierter Vorurteile und Zuschreibungen beiträgt. Und der Zugang zu der Frage, wo die Ursachen dieser Diskriminierung denn eigentlich zu suchen seien, ist eher verschüttet als freigelegt worden.*

• • •

10. „So what?"

Bleibt die Frage: So what? Ich will mich hier auf einige wenige Bemerkungen beschränken. Was Not tut, wäre ***erstens*** eine kritische Revision der bisher entwickelten Frauenförderkonzepte, die der Frage nachgeht, wo Frauenförderung gängige Vorurteile und tradierte Zuschreibungen verstärkt, statt sie abzubauen. Bereits bei dieser ersten Prüfung müßten wir uns von dem Terminus Frauenförderung selbst verabschieden, was angesichts von dessen allseitiger Beliebtheit schon schwierig genug sein dürfte.

Was Not tut, wäre ***zweitens*** eine kritische Revision der bisher entwickelten Frauenförderkonzepte, die der Frage nachgeht, wo gerade auch durch Frauenförderung gängige, aber deshalb ja keineswegs richtige Alltagshypothesen über die Ursachen geschlechtsspezifischer Diskriminierung bestätigt, statt revidiert werden. Bei diesem zweiten Schritt müßten wir uns von einem Kurzschluß verabschieden, der im Falle der verschiedensten Formen sozialer Ungleichheit sofort als naiv durchschaut wird, aber sobald das Geschlechterverhältnis betroffen ist, offensichtlich sehr schwer als solcher zu erkennen ist: Ich meine den Kurzschluß, Hierarchien seien tatsächlich durch ***die*** Defizite der jeweils 'unterlegenen' sozialen Gruppe verursacht, die zu Legitimationszwecken stets als Grund für ihren Fortbestand ins Feld geführt werden...

Was Not tut, wäre ***drittens*** ein Nachdenken über die Möglichkeiten, Prozesse sozialer Schließung zu konterkarieren. Dabei kann die Quotierung ein unter Umständen nützliches Hilfsmittel sein. Aber sie ist auch ein äußerst zweischneidiges, und zwar keineswegs deshalb, weil sie 'neue Ungerechtigkeiten' schafft, sondern deshalb, weil sie wegen ihrer engen Verquickung mit der Qualifikationsfrage die tradierten und eingespielten Mechanismen einer meritokratisch gewandeten sozialen Schließung gerade nicht außer Kraft setzt. Weit erfolgversprechender schiene es mir, hier an Überlegungen anknüpfen, die unseren männlichen Kollegen noch mehr Anlaß geben werden, die Wahrung wissenschaftlicher Standards bedroht und die Gerechtigkeit in Gefahr zu sehen. Ich denke da etwa an die Überlegungen aus der Bildungsökonomie, die darauf hinauslaufen, daß eine Institution wie die Universität wenn überhaupt, dann nur durch die Schaffung „künstlicher Märkte" von eingefahrenen Pfaden abzubringen ist. Ein künstlicher Markt wäre in diesem Fall die Bereitstellung von Stellen und Geldern, die ausschließlich den Hochschulen zugewiesen werden, die Frauen dafür einstellen.

Wünschen würde ich mir ***viertens***, daß wir uns nur noch aus strategischen Gründen darüber wundern, wenn vieles in der Institution Universität gerade nicht so abläuft, wie es die Selbstpräsentation der Wissenschaft vermuten läßt. Ich könnte auch sagen, daß ich mir einen etwas souveräneren Umgang mit den Spielregeln des Hase-und-Igel-Spiels wünsche, doch um den instrumentellen Wert dieses Verfahrens nicht zu unterminieren, will ich dazu weiter gar nichts mehr sagen. Außer daß ich vielleicht, wenn ich noch einen Wunsch frei hätte, es auch ganz schön fände, wenn in den Debatten um Frauenförderung (die dann ja nicht mehr so heißen würde) etwas mehr Widerständigkeit und Renitenz zu Wort käme. Schließlich hätten wir - wenn wir an die historischen Beispiele denken, die ich ausgeführt habe - ja mehr als gute Gründe, nicht immer weiter Frauenförderpläne, sondern Männerförderpläne zu beantragen; nicht dafür zu streiten, daß Frauen, sondern dafür, daß Männer endlich qualifikationsadäquat beschäftigt werden, oder dem Beispiel einer Kollegin zu folgen, die aus ihren Erfahrungen als Frauenbeauftragte in Berufungskommissionen den scharfsinnigen Schluß gezogen hat: Wenn es da derart irrational zugeht, dann kann ich mich genausogut auch selbst habilitieren.

Anmerkung

* Um nicht mißverstanden zu werden: Sicherlich stellen die Probleme der Vereinbarkeit von Kindern und Karrriere für vielen Frauen ein mehr als sperriges Hindernis auf dem Weg in die Wissenschaft als Beruf dar; und selbstverständlich haben Frauen (u.a. deshalb) z.T. auch größere Widerstände zu überwinden, um die für eine akademische Laufbahn notwendigen Qualifizierungsschritte erfolgreich zu absolvieren. Aber das liegt ja nicht zuletzt daran, daß Männer sich in der Regel immer noch weigern, sich an der sogenannten privaten Alltagsarbeit zu beteiligen; und es liegt auch daran, daß die Karrieremuster in der Wissenschaft die ganze Person plus einen Hausmann im Hintergrund erfordern. Wenn diese Analyse richtig ist, wäre es aber wohl eher angezeigt, über Männerförderung nachzudenken und über Strukturpolitik, statt das tradierte Koordinatensystem geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung einmal mehr zu bekräftigen.